DER RABE RALF

Berlin sagt Nein!

Kein neues Kohlekraftwerk in Lichtenberg

Seite 7

Bio ist wichtig

Zusammenhang von Tierhaltung und Lebensmitteln

Seite 8/9

Öko-Lifestyle

Mehr vom Richtigen kaufen oder Konsumverzicht

Seite 16/17

Die Berliner Umweltzeitung **Februar / März 09**

Herausgegeben seit 1990 von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. - Netzwerk ökologischer Bewegungen

100 Prozent Ökostrom für Berlin

Debatte zur Stromausschreibung für öffentliche Einrichtungen von 2010 bis 2012

Der Deutsche Bundestag und das Bundesumweltministerium haben es getan. Bremen, Mannheim und Esslingen auch, und andere überlegen noch: Wollen wir Ökostrom oder normalen? So lautet auch die Frage, die sich jetzt in Berlin stellt. Denn zurzeit wird die Ausschreibung der Stromlieferungen für die Landeseinrichtungen in den nächsten drei Jahren vorbereitet.

Krankenhäuser, Straßenbeleuchtungen, Schulen und auch das Abgeordnetenhaus werden in Berlin mit Strom von Vattenfall versorgt. Der stammt teilweise aus Kohlekraftwerken, der mit Abstand klimaschädlichsten Energieerzeugung. Doch der Konzern hatte bei der letzten Stromausschreibung 2006 das wirtschaftlichste Angebot vorgelegt. Für die neue Ausschreibung der Stromversorgung öffentlicher Einrichtungen für 2010-2012 sollen auf Druck von Umweltverbänden und Grünen dagegen auch ökologische Kriterien eine Rolle spielen. Es geht immerhin um eine Stromrechnung von voraussichtlich knapp 100 Millionen Euro pro Jahr.

Die Strommenge für öffentliche Einrichtungen in Berlin entspricht etwa 925 Gigawattstunden pro Jahr. Das sind ungefähr 900 Millionen Waschmaschinenladungen. Werden diese mit ganz normalem Strom erledigt, blasen die Kraftwerke dafür rund 500. 000 Tonnen

Fortsetzung auf Seite 4

PVSt - DPAG - A 14194 - I (2009) - Entgelt bezahlt • DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. (030) 44 33 91-47/-0, Fax -33 • ISSN 1438-8065 • 20. Jahrgang, Nr. 148

Editorial

Liebe RABE RALF Leser/-innen,

der Jahresbeginn 2009 wird vom Thema Weltwirtschaftskrise dominiert. Für Umwelt- und Naturschützer/-innen stellt sich dabei die Frage, ob es einen ökologischen Ausweg aus dieser Krise gibt. Deshalb haben wir in dieser Ausgabe zwei Diskussionsbeiträge zum „Grünen New Deal“ und einen Artikel zu den Kosten der Wirtschaftskrise im Angebot.

Der Berliner Senat, die Parteien im Abgeordnetenhaus und Umweltverbände diskutieren zur Zeit intensiv über die Stromversorgung für öffentliche Einrichtungen der Stadt. Lesen Sie dazu unser Titelthema - 100 Prozent Ökostrom für Berlin.

Obwohl Vattenfall immer noch nicht seine Pläne für ein neues Kohlekraftwerk veröffentlicht hat, wurde der Widerstand bereits gestartet. Alle unsere Leser/-innen können dabei auch selbst im Internet unter www.berlin-sagt-nein.de aktiv werden.

Weitere Themen in dieser Ausgabe sind unter anderem: Klimakonferenz in Polen, Kritik am Berliner Wasserversorgungskonzept, Bio ist wichtig - Zusammenhang von Tierhaltung und Lebensmitteln, ein Interview zu den Prozessen gegen Gentechnik-Feldbefreier/-innen, pro und contra Öko-Lifestyle, kontroverse Diskussion zum Biosprit und Anmerkungen zum Thema Naturschutzgeschichte.

Die RABE RALF Redaktion wünscht viel Spaß bei der Lektüre der neuen Ausgabe.

Für Anregungen, Kritik und Lob sind wir immer dankbar - schreiben Sie uns!

Jochen Mühlbauer

Aus dem Inhalt

Klimakonferenz in Polen 3
Wasserversorgungskonzept 5
Berlin sagt Nein zur Kohlekraft . . .7
Tierhaltung und Bio-Essen 8/9
Interview Gentechnik 10
Bundeswehr in Afghanistan . . . 15
Diskussionsthema Biosprit . . 18/19
Naturschutzgeschichte 20/21
Ökofilmtour 2009 23

Ralf kocht 24
For kids only 25
Umweltbibliothek 26/27
Termine/Kleinanzeigen. . . . 28/29
Impressum/Leserbriefe 30
Umwelt-Adressen 31

Berliner Hofgärten

Das Projekt „Gärten für Generationen“ der GRÜNEN LIGA Berlin

Eine gute Nachbarschaft, in der Junge und Alte zusammenleben und die jeweils andere Generation achten, voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen, ist der Traum vieler Menschen. Der Zukunftsforscher Prof. Opaschowski von der Stiftung für Zukunftsfragen in Hamburg beschreibt eine eigene Wohnung in einer gemeinschaftlichen Wohnanlage, in der mehrere Generationen zusammenleben, noch als einen Trend der Zukunft.

In Berlin sind diese Wohnanlagen für einige Menschen schon Wirklichkeit geworden. Obwohl die Anzahl der Projekte noch überschaubar ist, werden es immer mehr. Der fortschreitende demografische Wandel fordert eine Veränderung in der Wohnraumstruktur, um lange möglichst selbstbestimmt wohnen und in sozialer Interaktion mit alten und jungen Menschen leben zu können.

Generationsübergreifende Wohnprojekte haben mehr zu bieten, als nur den eigenen Bedürfnissen angepasste Wohn- und Gemeinschaftsräume und barrierefreie Zugänge.

Zum Haus gehörende Gärten oder Hinterhöfe bieten Raum für Begegnung, Spiel und gemeinsames Gärtnern oder einfach einen Ort, an dem Nachbarn Zeit miteinander verbringen können. Die Möglichkeiten der Gestaltung von Grünflächen für alle Generationen sind vielfältig und die Ansprüche der Beteiligten unterschiedlich: Barrierefreie Wegführungen, Räume zum Abgrenzen und Begegnen, Beete zum Gärtnern und Spiel- und Sportangebote für junge und alte Menschen. Nicht selten werden auch Orte zum Feiern und für die Nachbarschaftshilfe oder ein Hasenstall für die Kinder und eine gemeinsame Werkstatt gewünscht.

Der Anfang ist oft schnell getan. Ein Treffen mit den Nachbarn und die

Layout: Britta Richter

Ideenfindung in einem Nachmittagsworkshop können schon der Anfang der Neuentdeckung des Hofes sein. Über dem Pflanzen von ein paar Blumen oder Kräutern und dem Aufhängen einer Hängematte oder Schaukel kommt man der bisher fremden älteren Dame aus dem Parterre näher, lernt das vielbeschäftigte Pärchen aus der Dachetage oft näher kennen oder findet vielleicht sogar neue Freunde gleich eine Treppe drüber.

Plötzlich ist vieles möglich: vom Bau einer Sandkiste über das Aufstellen eines Planschbeckens (zum Beispiel eine alte Badewanne) oder dem Anmalen der grauen Mauer zum Nachbarhof.

Das Projekt „Berliner Hofgärten - Gärten für Generationen“ der GRÜNEN LIGA will zukünftig auch verstärkt Baugruppen, Mietergemeinschaften, Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften beraten, die den Garten oder Hinterhof so gestalten möchten, dass er zu einem Begegnungsort für alle Generationen wird. Dazu werden sowohl Gestaltungstipps gegeben als auch Kontakte zu anderen Projekten vermittelt und Beispielprojekte genannt.

Weitere Tipps zur Begrünung des Hinterhofes oder zukünftigen Kiezgartens:

- Gemeinsame Planung des Hofes.
- Auswahl der Pflanzen für Fassaden und Beete.
- Auswahl von versickerungsfähigen Pflasterungen und Wegebelägen.
- Anlage von Pergolen für Müll- und Fahrradstellplätze.
- Anlage von Spielplätzen.
- Auswahl von Nistmöglichkeiten für Vögel, Fledermäuse und Insekten.

Der Musterhof der GRÜNEN LIGA in Berlin-Prenzlauer Berg (Prenzlauer Allee 230) veranschaulicht, wie aus einer grauen Betonwüste eine grüne Oase inmitten der Großstadt entstehen kann. Nach vorheriger Anmeldung werden auch Führungen durchgeführt.

Clemens Pfeiffer

GRÜNE LIGA Berlin
Karen Thormeyer
Tel.: 44339149
hofberatung.berlin@grueneliga.de
www.gaerten-fuer-generationen.de

WICHTIG!

Ehrenamtliche Verteiler/-innen für den RABEN RALF im Stadtgebiet Berlin gesucht. Interessent/-innen bitte bei der Redaktion melden.
Tel.: 44339147 oder raberalf@grueneliga.de

Anzeige

Der gordische Klimaknoten

Mehr als 9.000 Teilnehmer diskutierten in Polen über die Rettung des Klimas

Schnell füllten sich die langen Gänge des Tagungszentrums am 1. Dezember 2008 in Poznan, dem Beginn der Klimakonferenz. Politiker in dunklen Anzügen, gefolgt von ihrem Mitarbeitertross, eilten zu den Tagungssälen. Journalisten mit gezückten Mikrofonen warteten auf Interviewgelegenheiten. Mitarbeiter der Hilfs- und Umweltorganisationen bauten ihre Stände auf, klebten Poster und legten Broschüren aus. Für zwei Wochen war Poznan ihr Arbeitsplatz, und die internationale Aufmerksamkeit aller Klimakämpfer und Umweltaktivisten konzentrierte sich auf das polnische Städtchen. Hier trafen Politiker winziger Südseestaaten auf ihre europäischen Gegenparts, Schadstoff ausstoßende Industrienationen diskutierten mit wirtschaftsschwachen Entwicklungsländern. Sie alle hatten ein Ziel: Ihre unterschiedlichen Interessen durchsetzen bei der Rettung des Klimas.

Dr. Wolfgang Jamann, Hauptgeschäftsführer CARE Deutschland-Luxemburg

Foto: Sandra Bulling

In Poznan, während der 14. Konferenz der Parteien (COP 14), wollten sich die Länder auf eine Agenda einigen, die bis Dezember 2009 zu einem neuen Klimaabkommen führen soll. Nach zwei Wochen zähen Ringens um Formulierungen und heißen Diskutierens um Paragraphen war eines klar: Ein gerechtes Klimaabkommen zu verfassen, das unsere Umwelt schützt und dass Menschen hilft, sich der neuen Realität des Klimawandels anzupassen, ist wie den gordischen Knoten mit einer Stecknadel zu lösen.

Auf der einen Seite stehen die großen Industriestaaten, die hauptsächlich für den Ausstoß an Treibhausgasen verantwortlich sind. Sie wollen vor allem ihre Wirtschaft in Zeiten der Finanzkrise nicht gefährden. Auf der anderen Seite gruppieren sich die Entwicklungsländer, die kaum eine Industrielandschaft besitzen und deren Beitrag am Klimawandel somit gering ist. Dennoch: Diese Länder sind am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, ihnen fehlt das Geld, um ihre Bürger vor stärkeren Fluten, Dürren oder Wirbelstürmen zu retten. Kleinere Inselstaaten, wie die Malediven oder Tuvalu, stehen sogar vor dem Zukunftsdilemma, ihr Land dem Anstieg des Meeresspiegels opfern zu müssen. Zwischen diesen beiden Parteien stehen die Zwitter China, Indien und Brasilien, die zwar historisch nicht am Klimawandel Schuld tragen, die aber mit ihrer erstarkenden Wirtschaftskraft mittlerweile ganz vorn in der Riege der Klimasünder stehen. Und die nicht einsehen, warum sie nun Auflagen erfüllen müssen, die den Industrieländern bei ihrer Entwicklung erspart blieben.

Gänse statt Hühner

Damit die Bedürfnisse bestimmter Gruppen im Treibsand der Klimadiskussionen nicht ersticken, waren Organisationen wie CARE ebenfalls in Poznan vertreten. CARE engagiert sich dabei für die Menschen in den Entwicklungsländern, in denen diese Organisation arbeitet. Denn die Menschen dort tragen die größte Bürde des Klimawandels, sind beispielsweise von immer häufiger auftretenden Dürren oder Überschwemmungen betroffen. Sie müssen ihr Leben ändern, sich an die neue Realität anpassen. Wie in Bangladesch. In den starken Fluten sind regelmäßig die Hühner der Bauern ertrunken, eine wichtige Einkommens- und Nahrungsquelle wurde vernichtet. CARE hat die Bewohner angeregt, Gänse statt Hühner zu züchten - denn diese können schwimmen. Der Schutz der Umwelt spielt in den CARE-Projekten eine immer größere Rolle. Beispielsweise haben Mitarbeiter im Tschad Holz sparende Öfen verteilt oder in Vietnam Mangroven zum Erosionsschutz der Küsten aufgeforstet.

Überflutungen in Bangladesch

Foto: CARA/Josh Esttey

„Solche Anpassungsideen müssen weiter entwickelt und vor allem finanziert werden“, meint Dr. Wolfgang Jamann, Hauptgeschäftsführer von CARE Deutschland-Luxemburg. Vor zwei Jahren wurde bei der Klimakonferenz in Bali ein so genannter Anpassungsfonds ins Leben gerufen, der solche Projekte unterstützen und den Entwicklungsländern finanziell beistehen soll. „Doch noch ist unklar, wie viel Geld dafür zur Verfügung stehen wird. Schätzungsweise 50 Milliarden Dollar werden jährlich benötigt“, erklärt Jamann, der in Poznan mit einem internationalen CARE-Klimateam teilnahm. „In Zeiten der Finanzkrise verpflichten sich die Staaten nur ungern zu großzügigen Zusagen. Dabei sind Investitionen in den Klimawandel Investitionen in unsere Zukunft“, so Jamann weiter. Klimaflüchtlinge aus Afrika, auf deren Feldern die Ernte vertrocknet, deren Brunnen versiegen und deren Dörfer sich zu Kriegsschauplätzen um die schwindenden Ressourcen wandeln, sind schon heute Normalität. „Darfur und Tschad sind nur zwei Beispiele, in denen der Wassermangel einer der gravierenden Konfliktfaktoren ist“, erklärt Jamann.

Um gegen die Ungerechtigkeit des Klimawandels zu kämpfen, sind nicht immer nur große Summen notwendig. CARE Deutschland-Luxemburg hat ein Green-Team aufgestellt, welches den Klimaschutz im eigenen Büro durchsetzt. So subventioniert CARE das Jobticket für kostenlose S-Bahnfahrten, druckt auf ökologischem Papier und verzichtet auf unnötige Flugreisen. Ein Energieberater hat Tipps zum Strom- und Energiesparen aufgezeigt. „So können wir selber einen ökologischen Fußabdruck hinterlassen“, ist Hauptgeschäftsführer Jamann überzeugt. Dieses Jahr in Kopenhagen, wenn dort ein neues Klimaabkommen verabschiedet wird, ist Jamann und sein CARE-Team wieder vor Ort: „Wir müssen sichergehen, dass bei den Konferenzen die Stimmen der Armen gehört werden.“ Wenn sich im Dezember in Kopenhagen die Gänge des Konferenzzentrums füllen werden und Tausende Diplomaten aus allen Ländern über die Rettung des Klimas diskutieren, dann wird auch CARE wieder seinen Stand aufbauen, seine Plakate kleben und für Menschen aus Afrika, Asien und Lateinamerika sprechen.

Sandra Bulling

Fortsetzung von Seite 1: 100 Prozent Ökostrom für Berlin

klimaschädliches Kohlendioxid (CO_2) in die Luft. Die Vattenfall-Kraftwerke stoßen sogar rund 600 000 Tonnen CO_2 aus.

Angesichts dieser riesigen Menge könnte das Land Berlin ein bedeutendes Signal geben, wenn es Ökostrom ausschreiben würde, meinen Umweltverbände und die Grünen. Sie haben den Senat aufgefordert, nur solchen Strom zuzulassen, der nahezu keinen CO_2-Ausstoß verursacht. Nichtregierungsorganisationen wie WEED und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) sowie die Studenteninitiative „Studieren ohne Kohle“ fordern eine Versorgung mit 100 Prozent Ökostrom. Vorbild ist dabei das Bundesland Bremen. Berlin könnte mit einer Entscheidung für 100 Prozent Ökostrom viel bewegen, appellieren die Umweltschützer. Insgesamt sei es möglich, pro Jahr bis zu 400.000 Tonnen CO_2 einzusparen.

Aus Sicht des SPD-Umweltexperten Daniel Buchholz „hört sich die Forderung nach Ökostrom gut an, ist aber unrealistisch“. Zum einen sei die riesige Menge kurzfristig kaum zu bekommen, zum anderen habe man sich bereits selbst ökologische Kriterien auferlegt: Atomstrom sei seit Jahren tabu. Der jetzt ausgeschriebene Strom-Mix müsse mindestens 20 Prozent Ökostrom enthalten. Weitere 50 Prozent müssten aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) stammen. Diese Technik ist in den Berliner Vattenfall-Kraftwerken Standard. Sie spart Brennstoff, weil die Abwärme der Stromerzeugung als Heizenergie genutzt wird. Für die gleiche Energieausbeute muss also weniger Kohle oder Gas verbrannt werden.

Der Grünen-Energiefachmann Michael Schäfer fürchtet, „dass die Ausschreibung auf Vattenfall zugeschnitten wird, weil sonst niemand in Berlin so günstig KWK-Strom anbieten kann“. Und die 20-prozentige Öko-Quote sei kaum besser als der gesetzlich vorgeschriebene Anteil von zurzeit gut 16 Prozent, der schrittweise steigen soll. Ein kompletter Umstieg Berlins auf Ökostrom dagegen würde nach Schäfers Ansicht den Ausbau erneuerbarer Energien und damit den Klimaschutz massiv voranbringen. Voraussetzung wäre, dass der Strom aus neuen Anlagen stammt. Sonst könnten die Energiekonzerne einfach durch interne Umbuchungen den Berliner Strom als „öko“ deklarieren, indem er beispielsweise einem jahrzehntealten Wasserkraftwerk zugerechnet wird.

Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) setzte bei der anstehenden Ausschreibung des Stroms für die Berliner Verwaltung zunächst nur auf Mindeststandards - und zwar ziemlich geringe. Der Strom sollte zu 20 Prozent aus Ökostrom bestehen und zu 50 Prozent aus Kohle- oder Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung kommen. Atomstrom darf nicht dabei sein, der Rest ist egal. Das Entscheidungskriterium sollte dann allein der Preis sein. Der Abgeordnetenhausbeschluss von 2008, wonach auch Ökokriterien wie der CO_2-Ausstoß ein Zuschlagskriterium sein müssen, sei hier nicht relevant: „Wir haben doch bereits Umwelt-Mindeststandards definiert, dadurch erübrigen sich weitere Zuschlagskriterien“, erklärte Sarrazins Sprecherin Kristina Tschenett.

Grafik: www.atomausstiegselbermachen.de

Konflikte im Berliner Senat

Finanzsenator Sarrazin bekommt in der weiteren Auseinandersetzung um die Öko-Kriterien bei der Ausschreibung des Landes-Stroms Schelte vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD): Selbstverständlich sei der Beschluss des Abgeordnetenhauses, bei der Vergabe nicht nur preisliche Aspekte, sondern auch die Frage des Ökostroms mit in die Gewichtung bei der Entscheidung einzubeziehen, vom Finanzsenator auch zu berücksichtigen, so Wowereit am 15.Januar im Abgeordnetenhaus.

Das Landesparlament hatte im vergangenen Jahr beschlossen: Bei der Entscheidung, welcher Anbieter ein Produkt an das Land verkauft, darf der Preis nicht die alleinige Rolle spielen. Öko-Kriterien wie etwa der CO_2-Ausstoß müssen mit einer Gewichtung von 33 Prozent in die Entscheidung einfließen. Auch die CDU ist auf Seiten der Umweltschützer. Der Senat solle sich „schon aufgrund der Vorbildfunktion“ für Ökostrom entscheiden, fordert der umweltpolitische Sprecher der Fraktion, Carsten Wilke. Seine Fraktion hatte zusammen mit SPD, Linken und Grünen den Beschluss über die Berücksichtigung von Öko-Kriterien gefasst. Michael Schäfer, Klimaschutzpolitiker der Grünen, findet es „unglaublich, dass die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses derart ignoriert werden“. Dabei wäre Ökostrom „ein so einfaches Mittel, einen relevanten Beitrag zu leisten und damit auch ein Symbol in die Stadt hinein zu senden“.

Ende Januar musste dann Finanzsenator Sarrazin schließlich doch dem Druck, den die Grünen, Umweltverbände und die CDU aufgebaut haben, aber auch der Kritik aus der rot-roten Koalition, nachgeben. Der Senat gab die Zusage, dass bei der neuen Stromausschreibung die Verringerung der CO_2-Emissionen bei den ausschlaggebenden Kriterien mit einem Drittel zählen soll.

Jetzt entscheidet nicht mehr der Preis allein, wer der neue Stromlieferant des Landes wird. Das bedeutet, dass nur 100 Prozent Ökostromangebote eine Chance haben werden. Denn die Ausschreibungen in Bremen und anderen Bundesländern haben gezeigt, dass Ökostrom nur ein bis zwei Prozent teurer ist als Kohle- und Atomstrom. Wenn der Senat in den nächsten Wochen nicht noch an der Ausschreibung herumtrickst, wird ab 1. Januar 2010 hoffentlich Ökostrom im Roten Rathaus, in allen öffentlichen Gebäuden und Schulen Berlins fließen. Das wäre ein wichtiger Erfolg für den Klimaschutz der Stadt.

Aktiver Klimaschutz durch Wechsel zum Ökostrom

Aber das allein reicht nicht aus: Alle Berliner/-innen können aktiv werden für den Klimaschutz, wenn sie als Verbraucher/-innen durch Wechsel zu einem Ökostromanbieter aus der Atom- und Kohlestromwirtschaft aussteigen. Denn Ökostrom ist ein klares Statement für den Klimaschutz. Jede Kilowattstunde Wind-, Wasser-, Solar- oder Biomassestrom, die zusätzlich ins Netz fließt und damit eine schmutzige Kilowattstunde verdrängt, bringt hier einen wirklichen Fortschritt. Außerdem ist Ökostrom nur unwesentlich teurer, ein Preisvergleich lohnt sich auf jeden Fall.

Verbessern Sie die eigene Klimabilanz und zeigen Sie den multinationalen Energiekonzernen mit ihren Milliardenüberschüssen und ihrer Preispolitik die Rote Karte.

Machen Sie alle mit beim Ökostromwechsel – Es ist ganz einfach!

Jochen Mühlbauer

www.atomausstiegselbermachen.de

Energieversorgung in Berlin

- Die Stromliefermenge für die vom Land Berlin betriebenen Einrichtungen beträgt jährlich 925 Gigawattstunden. Dies entspricht einem jährlichen Durchschnittsverbrauch von 330 000 Haushalten.
- Das Land Berlin hat rund 6000 Gebäude mit einer Fläche von rund zehn Millionen Quadratmetern. Der jährliche CO_2-Ausstoß liegt bei rund 20 Millionen Tonnen. Mit einer 100 prozentigen Ökostromversorgung der öffentlichen Einrichtungen könnte dieser um 400 000 Tonnen jährlich verringert werden.
- Die letzte europaweite Ausschreibung im Jahr 2006 erfolgte zugunsten von Vattenfall. Von 2004 bis 2006 hingegen gelang es dem Ökostromanbieter LichtBlick in geringem Umfang an der Stromlieferung teilzuhaben.

Ökostrom-Anbieter, von der GRÜNEN LIGA empfohlen

EWS - Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 53 - 55
79677 Schönau
info@ews-schoenau.de
www.ews-schoenau.de

Greenpeace energy eG
Schulterblatt 120
20357 Hamburg
info@greenpeace-energy.de
www.greenpeace-energy.de

LichtBlick - die Zukunft der Energie GmbH & Co. KG
Max-Brauer-Allee 44
22765 Hamburg
info@lichtblick.de
www.lichtblick.de

Naturstrom AG/ NaturStrom-Handel GmbH
Mindener Straße 12
40227 Düsseldorf
info@naturstrom.de
www.naturstrom.de

Umweltpolitik mit nassen Füßen

Die Aufhebung von drei Wasserschutzgebieten in Berlin ist ein schwerer Fehler

Trotz der Proteste von Umweltverbänden treibt Umweltsenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) die Aufhebung der drei Wasserschutzgebiete Jungfernheide, Buch und Alt-Glienicke voran. In einem Gebiet, das rund drei Prozent der Stadtfläche Berlins umfasst, entfallen damit wichtige Regeln der Vorsorge, die dem Grundwasserschutz dienen. In Kleingärten dürfen nunmehr Pestizide verwendet werden, Tankstellen gebaut und weitere Flächen versiegelt werden; Straßen in Nähe der Brunnen müssen nicht mehr mit einem Schutz gegen auslaufendes Benzin und Öl versehen sein. Die Umweltqualität verschlechtert sich eindeutig; zugleich können die endgültig stillgelegten Wasserwerke nicht mehr die Wasserförderung in ökologisch empfindlichen Gebieten der Stadt entlasten.

Den Grundwasserschutz hat Senatorin Lompscher per Sofortvollzug aufgehoben, sodass bereits ab Mai in den betroffenen Gärten fröhlich gespritzt, Boden versiegelt und mit Mineralöl sorgloser umgegangen werden kann. Begründet wird die Eilfertigkeit durch den Hinweis auf die Rechte der Privateigentümer. So verteidigte Frau Lompscher im Umweltausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses am 6. Oktober 2008 den Sofortvollzug der Aufhebung der (drei genannten) Wasserschutzgebiete: „Wenn der Verwaltung Tatsachen bekannt sind, aufgrund derer absehbar ist, dass es dieses Vollzuges nicht mehr bedarf, dann ist sie gehalten, unmittelbar zu handeln, weil wir hier ansonsten starke Eingriffe in die Rechte der Grundstückseigentümer vornehmen. Das ist eine verfassungsrechtliche Frage und hat etwas mit dem erheblichen Eingriff in Eigentumsrechte zu tun.“ (Wortprotokoll)

Feuchtgebiete und Moore in Gefahr

Nicht nur für eine parteipolitische Sozialistin ist diese „Argumentation“ bemerkenswert. Mit den „Tatsachen“, die sie zum Handeln zwingen, ist ein ohne jede Bürger- und Verbände-Beteiligung erstelltes „Wasserversorgungskonzept“ vom Frühjahr 2008 gemeint, das mögliche Entwicklungen der Wasserversorgung bis in das Jahr 2040 abschätzt. Diese erste offizielle Analyse dient den erst jetzt anlaufenden Umweltverträglichkeitsstudien zur Orientierung. Diese Studien sollen Auswirkungen der Wasserförderung an den einzelnen Standorten in Berlin genauer untersuchen. Unstrittige „Tatsachen“ dazu gibt es bisher nicht. Niemand kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicher sagen, in welchem Ausmaß die Wasserförderung in Köpenick, Spandau oder im Grunewald den Naturräumen

Altes Pumpwerk Prenzlauer Berg

Foto: Marlies Heyer

und der Artenvielfalt schadet.

Mit allerdings hoher Wahrscheinlichkeit wird an den genannten Orten die Wasserförderung reduziert werden müssen, wenn nicht wertvolle Moore und andere Feuchtgebiete verloren gehen sollen. Berlin wird die jetzt stillgelegten Wasserwerke dann dringend benötigen, um den Schaden für Natur und Landschaft zu begrenzen. Sich dieser Option jetzt zu verschließen, indem drei Standorte der Wasserförderung definitiv aufgegeben werden, ist aus ökologischer Sicht verantwortungslos.

Privateigentum vor Gemeinwohl

Die Schließung des Wasserwerks Jungfernheide hat obendrein eine absurde Konsequenz: Seit dort 1999 die Förderung eingestellt wurde, steigt das Grundwasser, sodass die Keller der Anwohner und Anlagen der Firma Siemens vernässen. Als Notmaßnahme dagegen wird nun Grundwasser abgepumpt, um es anschließend ungenutzt in die Spree zu leiten. Pumpenergie und trinkbares Wasser werden verpulvert, damit das geschätzte und „wirksam“ geschützte Privateigentum nicht nasse Füße bekommt. Für die Kosten diese Murkserei kommt vorläufig der Steuerzahler auf.

So wacht Berlins Umweltverwaltung über die Rechte des Privateigentums, während die Belange des Naturschutzes und des Gemeinwohls zurückstehen müssen. Die Lurche oder der Sonnentau, die mit den austrocknenden Mooren am Pechsee im Grunewald oder an der Pelzlaake in Köpenick zugrunde gehen, haben Pech gehabt. Vielleicht finden sie ja in den nassen Kellern in der Nähe von sinnlos stillgelegten Wasserwerken neue Biotope.

Hartwig Berger

Protest der Umweltverbände

Auszüge aus dem Offenen Brief zum Berliner Wasserversorgungskonzept an Umweltsenatorin Katrin Lompscher

Wir, die unterzeichnenden Umweltverbände, wenden uns an Sie mit diesem offenen Brief, weil wir befürchten müssen, dass in der zukünftigen, von Ihnen zu verantwortenden Planung der Wasserversorgung Berlins die Umweltbelange Schaden erleiden. Sie haben im Mai 2008 ein Wasserversorgungskonzept für Berlin bis zum Jahr 2040 beschlossen, im Übrigen ohne uns oder andere Vertreter öffentlicher Belange zuvor zu informieren, geschweige denn um inhaltliche Stellungnahmen zu bitten. So haben wir unsere, wie Sie wissen, deutliche Kritik an Teilen dieses Konzepts nur im Nachhinein äußern können. Schon seinerzeit haben wir Ihre Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass die Verabschiedung eines solchen Konzepts, zumal unter diesen wenig bürgerfreundlichen Umständen, die zugleich laufenden Bewilligungsverfahren für die einzelnen Wasserwerke in bedenklicher Weise einschränkt. […]

Die Stadt Berlin, insbesondere das für Umwelt zuständige Ressort, hat daher die Pflicht dafür zu sorgen, dass die Wasserentnahme die Ökologie nicht oder zumindest nicht unzumutbar schädigt. Dies verlangt auch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie. […]

Wir appellieren an Sie:

– Betrachten Sie das Wasserversorgungskonzept Berlin 2040 nicht als verbindlichen Beschluss, sondern als zweifellos zentrale Orientierungsgrundlage für die im Jahr 2011 abzuschließenden Bewilligungsverfahren für die einzelnen Wasserwerke. Erst die genaue Analyse der Umweltverhältnisse vor Ort kann deutlich machen, was das betroffene Gebiet an Wasserförderung verträgt. Ein Wasserversorgungskonzept 2040, das auch in ökologischer Sicht hieb- und stichfest ist, kann und sollte erst nach Abschluss und als Ergebnis dieser Verfahren festgesetzt werden.

– Veranlassen Sie, dass die Bewilligungen nicht pauschal für die Wasserwerke, sondern differenziert für die einzelnen Brunnengalerien der Werke erteilt werden. Die Verhältnisse vor Ort sind so unterschiedlich, dass eine pauschale Bewilligung dem nicht Rechnung tragen kann.

Handpumpe im Bötzowviertel

Foto: Marlis Heyer

– Veranlassen Sie weiterhin, dass es keine „Sicherheitszuschläge“ gibt, mit denen die Berliner Wasserbetriebe die Förderung vor Ort pauschal um jeweils rund 20 Prozent erhöhen können. Es ist weit sinnvoller und im Übrigen durchaus praktikabel, dass solche Zuschläge bei konkretem Bedarf durch die Verwaltung und in Beachtung auch der ökologischen Belastbarkeit des jeweiligen Gebiets erteilt werden.

– Stellen Sie die Verfahren zur Aufhebung der Wasserschutzgebiete Buch, Jungfernheide und Altglienicke zurück, um für die laufenden Bewilligungsverfahren der Wasserförderung keine negativen vollendeten Tatsachen zu schaffen. Eine Entscheidung darüber, ob diese Wasserwerke in Zukunft gebraucht werden oder nicht, kann erst getroffen werden, wenn klar ist, wie viel Wasser an den verbleibenden Standorten verantwortlich gefördert werden kann.

Hartwig Berger, Vorsitzender Ökowerk Berlin
Torsten Hauschild, Vorsitzender der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz (BLN) und des NABU Berlin
Andreas Jarfe, Geschäftsführer BUND Berlin
Stefan Richter, Geschäftsführer GRÜNE LIGA Berlin

Für einen „Grünen New Deal“

Zusammen mit der Finanzkrise muss die Klimakrise gelöst werden

Der Grüne New Deal ist noch keine Praxis. Er ist eine Idee, die Hoffnung macht: Es ist vorteilhaft und möglich, eine starke Antwort auf die Finanz-und Wirtschaftskrise mit einer nachhaltigen Antwort auf die Klimakrise zu verbinden. Damit das gelingt, müssen mehrere Elemente zusammengefügt werden, die in der aktuellen deutschen Diskussion oft gegeneinander ausgespielt werden. Wie beim historischen Vorbild in den 30er Jahren geht es um eine Re-Regulierung der Märkte, um eine aktive Investitionspolitik des Staates, um Kampf gegen die Armut. Dazu kommen muss die ökologische Dimension, in deren Zentrum das Klimaproblem und damit die Energie- und Rohstoffeffizienz steht. Wir brauchen zudem, vor allem innerhalb der EU, eine starke Koordinierung der internationalen Anstrengungen.

„Der Kampf gegen die Erderwärmung darf nicht der Finanzkrise zum Opfer fallen.“ Dieser fordernde Satz stammt von Peter Löscher, dem Siemens-Chef. Recht hat er. Immerhin, vom Klimawandel wird gesprochen, während es um die Welternährungskrise, im Sommer noch großes Thema, heute recht still ist. Dabei ist der Getreidepreis global immer noch viel höher als 2005 - und die weltweite Armut steigt wieder. Die systemische Krise unserer Finanzmärkte verschärft diese Katastrophe. Helfen wir, etwa durch Technologietransfer? Es wäre in unserem eigenen Interesse. Wir sollten zugeben, dass wir bei der Energieeffizienz nicht wirklich gut sind und darunter ökonomisch ebenso leiden wie mit Blick auf die Klimapolitik. Bei den öffentlichen Liegenschaften mit Energiekosten von einer Milliarde Euro pro Jahr lassen sich durch verfügbare Technologien 300 Millionen Euro sparen. Das heißt doch: Bund und Länder sollen Schulen und Hochschulen und Kasernen und Krankenhäuser energetisch sanieren! Binnen vier Jahren alle öffentlichen Gebäude!

Zusätzlich fehlt eine Vorschrift für Energieversorger, dass sie ihren Stromabsatz jährlich um ein Prozent senken müssen. Wärmedämmung im Mietwohnungsbau muss nicht nur finanziell unterstützt werden, sondern auch ordnungspolitisch. Das schafft Arbeit nicht nur fürs Handwerk! Dem Ausbau von Offshore-Windparks droht ohne sichere Finanzierung Stillstand. Die Deutsche Bank versprach Minister Gabriel, die Kreditbedingungen sollten nicht schlechter werden als vor Beginn der Finanzkrise. Doch die waren schon zuvor extrem restriktiv. Es braucht daher angemessene Risikobewertungen und staatliche Ausfallbürgschaften.

Und sonst? Förderung ökologischerer Lebensstile hilft. Ökologisch gestaltete Kfz-Steuer und eine Kennzeichnung effizienter Autos wären besser als eine Auto-Verschrottungsprämie. Investitionen ins Bahnnetz, Stromnetz, Breitband-Netz brauchen Priorität gegenüber Straßenbau. Der Bau eines europäischen Hochleistungsstromverbundes wäre übrigens eine zentrale Zukunftsinvestition. All das schafft Arbeit. Natürlich geht‘s nicht nur um Öko-Investitionen. Bildung und Wissenschaft ist die andere Front beim nachhaltigen Investieren, von der Kinderkrippe bis zur Helmholtz-Gesellschaft. Auch da entsteht Arbeit. Der Grüne New Deal zaubert die Krise nicht weg, gewiss. Er wäre aber für 2009 der beste Ansatz, um sie zu überwinden. Die Bundesregierung streitet ums Falsche. Sie orientiert nicht. Sie ist drauf und dran, eine große Krise zu vergeuden, weil sie keinen Aufbruch daraus macht. *Reinhard Bütikofer*
Bündnis 90/DieGrünen

www.facebook.com/group.php?gid=52438855147

Gegen den grünen Kapitalismus

Keine falschen Lösungen! – Klimagerechtigkeit jetzt!

[…] Von all den Vorschlägen, welche die globalen Eliten bisher gemacht haben, gibt es nur einen, der alle diese Krisen anzugehen verspricht: der „Grüne New Deal“. Dieser ist aber nicht der kuschelige „Grüne Kapitalismus 1.0“ mit organischem Ackerbau und do-it-yourself-Windrädern, sondern ein Vorschlag für eine „grüne“ Phase des Kapitalismus, der Gewinne aus der allmählichen ökologischen Modernisierung bestimmter Schlüsselproduktionen (Autos, Energie usw.) zu erzielen sucht.

Der grüne Kapitalismus 2.0 kann die Biokrise (also die Klimakrise und andere ökologische Probleme, wie die gefährliche Vernichtung von Biodiversität) nicht lösen, sondern versucht vielmehr, davon zu profitieren. Deshalb ändert er nicht grundsätzlich den Kollisionskurs mit der Biosphäre, auf den jede marktgetriebene Wirtschaftsordnung die Menschheit bringt. **[…]**

Der grüne Kapitalismus wird nicht die Macht derjenigen herausfordern, die gegenwärtig die meisten Treibhausgase produzieren: die Energiekonzerne, Fluglinien, Autoproduzenten, die industrielle Landwirtschaft. Stattdessen wird sie diesen Geld zuschanzen, um ihnen zu helfen, durch kleine ökologische Anpassungen ihre Profitraten aufrecht zu erhalten. Zur Lösung ökologischer Probleme werden diese Anpassungen aber zu marginal sein, und zu spät kommen.

Weil ArbeiterInnen weltweit ihre Macht verloren haben, höhere Löhne und Rechte am Arbeitsplatz durchzusetzen, werden in einem grün-kapitalistischen Projekt die Löhne wahrscheinlich stagnieren oder sogar sinken, um die steigenden Kosten „ökologischer Modernisierung“ aufzufangen.

Der „grün-kapitalistische Staat“ wird ein autoritärer sein. Er wird die sozialen Unruhen „managen“ müssen, die angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten (Nahrung, Energie usw.) bei gleichzeitig sinkenden Löhnen zu erwarten sind, und diese Politik dabei mit der Bedrohung durch die ökologische Krise rechtfertigen.

Im grünen Kapitalismus müssen die Armen vom Konsum ausgeschlossen und an die Ränder gedrückt werden, während die Wohlhabenden ihr weiterhin umweltschädigendes Verhalten „kompensieren“ können: einkaufen und gleichzeitig den Planeten retten.

Ein autoritärer Staat, massive Klassenungleichheiten, öffentliche Gelder, die an Konzerne umverteilt werden: vom Standpunkt sozialer und ökologischer Emanzipation wird der grüne Kapitalismus eine Katastrophe sein, von der wir uns nie wieder werden erholen können. Heute haben wir eine Chance, über den selbstmörderischen Irrsinn kontinuierlichen Wachstums hinaus zu kommen. Morgen, wenn wir uns alle erst einmal an das neue grüne Regime gewöhnt haben, könnte diese Chance vorbei sein.

Im grünen Kapitalismus besteht die Gefahr, dass Mainstream-Umweltorganisationen die gleiche Rolle spielen werden, welche die Gewerkschaften in der fordistischen Ära gespielt haben: als Sicherheitsventile zu agieren, die sicherstellen, dass die Forderungen nach sozialem Wandel, dass unser gemeinsamer Zorn innerhalb der Grenzen bleiben, die den Bedürfnissen des Kapitals und der Regierungen entsprechen.

Nach Albert Einstein ist die Definition von Wahnsinn, immer wieder das Gleiche zu tun, und dabei andere Ergebnisse zu erwarten. Während der letzten zehn Jahre ist, trotz Kyoto, nicht nur die Menge der Treibhausgase in der Atmosphäre angestiegen, sondern sogar deren Anstiegsrate. Wollen wir einfach immer wieder das Gleiche tun? Wäre das nicht Wahnsinn?

Internationale Klimaabkommen fördern falsche Lösungen, die mehr der Energiesicherheit dienen als dem Klimawandel. Weit entfernt davon, die Krise zu lösen, schaffen Emissionshandel, Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI), $C0_2$-Kompensation und so weiter einen politischen Schutzschild für die fortgesetzte Produktion von Treibhausgasen. Für viele Gesellschaften des globalen Südens sind diese falschen Lösungen (Biosprit, „grüne Wüsten“, CDM-Projekte) inzwischen eine größere Bedrohung als der Klimawandel selbst.

Tatsächliche Lösungen für die Klimakrise werden nicht von Regierungen oder Konzernen entwickelt werden. Sie können nur von unten kommen, von weltweit vernetzten sozialen Bewegungen für Klimagerechtigkeit. Solche Lösungen beinhalten: Nein zum Freihandel, Nein zur Privatisierung, Nein zu den „flexiblen Mechanismen“ des Kyoto-Protokolls, Ja zur Ernährungssouveränität, Ja zu einer Ökonomie ohne Wachstum, Ja zu radikaler Demokratie und dazu, die Ressourcen im Boden zu lassen.

Als entstehende weltweite Bewegung für Klimagerechtigkeit müssen wir gegen zwei Gegner kämpfen: auf der einen Seite gegen den Klimawandel und den fossilistischen Kapitalismus, der ihn verursacht, und auf der anderen gegen einen neuen grünen Kapitalismus, der den Klimawandel nicht einschränken wird, wohl aber unsere Fähigkeit, dies zu tun.

Natürlich sind Klimawandel und Freihandel nicht das Gleiche, aber: Das Kopenhagen-Protokoll wird eine zentrale Regulierungsinstanz des grünen Kapitalismus werden, genauso wie die WTO für den neoliberalen Kapitalismus zentral war. Wie sollen wir uns also dazu verhalten? Die dänische Gruppe KlimaX argumentiert: ein gutes Abkommen ist besser als kein Abkommen - aber kein Abkommen ist erheblich besser als ein schlechtes. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierungen in Kopenhagen ein gutes Abkommen beschließen werden, ist extrem gering. Unser Ziel muss daher sein, tatsächliche Lösungen einzufordern. Wenn uns das nicht gelingt: Forget Kyoto, and shut down Copenhagen! - mit welcher Taktik auch immer.

Alexis Passadakis, Attac,
Tadzio Müller, Turbulence-Kollektiv

Der vollständige Text:

Berlin sagt Nein!

Klare Absage für Kohlekraftwerkspläne von Vattenfall - Heftige Debatten in Lichtenberg und Online-Protestaktion

Obwohl Vattenfall seine überarbeiteten Pläne für ein neues Kohlekraftwerk noch nicht vorgelegt hat, wird in Lichtenberg weiter darüber debattiert. Man will kein großes Kraftwerk, das die Gegend verschandelt und die Luft belastet. Die Bezirksverordneten haben Ende Januar das Bezirksamt aufgefordert dafür zu sorgen, dass ein neues Kraftwerk nicht höher als 35 Meter gebaut werden darf. Das soll ein Bebauungsplan festschreiben, an den sich der Bauherr halten muss.

Auch der Feinstaub- und Schadstoff-Ausstoß müsse im Vergleich zum jetzigen Kraftwerk Klingenberg deutlich reduziert werden. Die Fraktionschefs von Linkspartei und Grünen in Lichtenberg, Christian Petermann und Michael Heinisch, glauben, dass „damit städtebauliche und ökologische Rahmenbedingungen für ein modernes, umweltgerechtes Wärmekraftwerk“ geschaffen würden.

Der Beschluss in der BVV-Lichtenberg wurde mit den Stimmen der Linken, Bündnisgrünen und CDU gefasst. Die SPD-Fraktion enthielt sich fast vollständig. „Wir wollen nicht, dass Vattenfall einen 140 Meter hohen Kühlturm baut“, sagte Michael Grunst (Linkspartei), Vorsitzender des Umweltausschusses. Am besten wäre es, wenn nur ein Heizkraftwerk entstünde - dann sei auch kein Kühlturm nötig. „Wir wollen einen Ersatzbau für das alte Werk, aber kein überdimensioniertes neues Werk.“

„Es wäre gut, wenn sich Vattenfall endlich äußert“, so Baustadtrat Andreas Geisel (SPD). Erst wenn er die Vorstellungen des Energiekonzerns kenne, könne der Bezirk erklären, was machbar sei und was nicht. Geisel forderte Vattenfall auf, endlich die überarbeiteten Pläne vorzulegen. Umweltausschuss-Vorsitzender Grunst kritisierte den Stadtrat. Der Bezirk hätte längst entscheiden können, was Vattenfall bauen darf.

Vattenfall-Sprecher Olaf Weidner erklärte, sein Unternehmen werde sich im März äußern. Dass in Rummelsburg neu gebaut wird, sei keineswegs beschlossen. „Auch von einem 140 Meter hohen Kühlturm war von unserer Seite nie die Rede.“

Grafik: DIE PROJEKTOREN

Der Lichtenberger Baustadtrat Andreas Geisel (SPD) lud im Zuge der Planaufstellung zu einer Diskussion ein. Es müsse auch zu einer gemeinsamen Haltung mit dem Senat und den angrenzenden Bezirken gegenüber Vattenfall kommen. Die Bürgerinitiative „Kein Kohlekraftwerk in Lichtenberg“ verzichtet vorerst auf die Einleitung eines Bürgerbegehrens.

Senat hat kein Energiekonzept

Ein großes Problem in der Debatte über ein neues Kohlekraftwerk ist, dass der Berliner Senat sein seit 2007 angekündigtes Gutachten über den realen Strom- und Heizungsbedarf in der Hauptstadt nie vergeben hat. Dabei sollte das Gutachten dem Senat einen Überblick über den realen Strom- und Heizungsbedarf der Stadt verschaffen. Die Folge: Die Landesregierung kann Vattenfalls Pläne für den Neubau des Kohlekraftwerks Klingenberg nicht einmal fundiert bewerten.

Denn wenn Vattenfall sein Konzept vorlegt, „dann wird wegen der Schlamperei des Senats also der Energiekonzern die Agenda bestimmen“, sagt Michael Schäfer (Energieexperte der Grünen im Abgeordnetenhaus). Er kann sich die bisherige Untätigkeit des Senats nur mit internem Dissens erklären: Während Umweltsenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) klar gegen ein Kohlekraftwerk sei, habe der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) stets betont, dass man sich verschiedene Optionen - also auch ein Steinkohlekraftwerk - offen halten müsse.

Online-Protest mit Forderungen an Wowereit

Genau in dieser Situation haben sich Mitte Januar zahlreiche Berliner Initiativen und Organisationen gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Berlin ausgesprochen - darunter die Bürgerinitiative „Nein zum Kohlekraftwerk“ in Lichtenberg, die Deutsche Umwelthilfe, das bundesweite Bündnis „Die Klima-Allianz“, die GRÜNE LIGA Berlin, die Entwicklungsorganisation WEED sowie der BUND Berlin. Die Verbände fordern eine breite öffentliche Diskussion und stellten eine neue Online-Unterschriftenaktion vor, die Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) zu einer klaren Absage an entsprechende Pläne des Energiekonzerns Vattenfall auffordert.

„Die Zeit sollte auch für Vattenfall reif sein, das Stein(-kohle-)zeitalter zu verlassen […] Vattenfall soll die Diskussion um die Energieversorgung mit den Berlinerinnen und Berlinern führen, und nicht hinter verschlossenen Türen“, so Mike Kess, Sprecher der Bürgerinitiative „Nein zum Kohlekraftwerk“.

Peter Fuchs von der Entwicklungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) betont: „Der Klimawandel ist schon heute brutale Realität. Mehr Kohlestrom in Berlin trägt bei zu mehr Wetterextremen, Wassermangel und Hungerkrisen in Entwicklungsländern. Ein weiteres Kohlekraftwerk wäre daher global unverantwortlich und widerspräche internationaler Klimagerechtigkeit“.

Jürgen Quentin, Projektmanager der Deutschen Umwelthilfe, ergänzt, die Berliner Politik müsse die vorhandenen politischen Spielräume nutzen und „die Weichen für eine klimafreundliche und nachhaltige Wärme- und Energieversorgung der Zukunft jetzt richtig stellen.“

Alle Berlinerinnen und Berliner können ab sofort im Internet unter www.berlin-sagt-nein.de den Regierenden Bürgermeister Wowereit auffordern, den Plänen von Vattenfall einen Riegel vorzuschieben und ein neues Kohlekraftwerk zu verhindern. „Wir können gemeinsam ein wichtiges Zeichen für eine andere Energiepolitik in der Hauptstadt setzen“, so Daniela Setton von der Anti-Kohle-Kampagne der Klima-Allianz.

Die GRÜNE LIGA Berlin ruft zur aktiven Teilnahme an dieser Online-Protestaktion auf

Jochen Mühlbauer

www.berlin-sagt-nein.de

Pankower Umweltpreis 2009 „Wasser ist Leben“

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin lobt gemeinsam mit dem Bezirksamt Pankow den diesjährigen Umweltpreis aus. Das Thema ist dieses Mal Wasser – Quell des Lebens und der Vielfalt. Egal, von welcher Seite man das kühle Nass betrachtet, für jeden neugierigen, kreativen, wissbegierigen oder kritischen Kopf wird etwas zum Denken und zum Entdecken geboten. Wie kein anderer Stoff begegnet, berührt und nützt uns das Wasser täglich, stündlich, sekündlich. Ohne Wasser wäre unsere Existenz undenkbar!

Wasser, das kann etwas religiöses und mystisches sein oder etwas chemisches. Wasser ist Lebensraum und Experimentierkasten – für den Menschen genauso wie für die Natur selbst. Wasser fasziniert manchen durch seine Wandlungsfähigkeit, seinen Facettenreichtum, andere sehen es als Rohstoff, als Wirtschaftsfaktor und Transportmittel. Badesee, Gletscher, Ozean, Geysir, Stausee, Pfütze – was ist Wasser für Sie? Eiswürfel, die rauschende Toilettenspülung, der Regenbogen? Oder das, was allzu vielen Menschen zum Leben fehlt?

Wasser ist seit Jahrtausenden Inspirationsquell – machen auch Sie sich das zu Nutze und bewerben Sie sich mit Ihrer Idee zum Thema für den Umweltpreis 2009! Setzen Sie Ihren liebsten, schönsten, wichtigsten, spannendsten, kritischsten oder ernsthaftesten Wasseraspekt kreativ um und lassen Sie eine gespannte Jury an Ihren Einfällen teilhaben.

Bewerbungen, Projektdokumentationen, Entwürfe, Skizzen sind bis zum 12. Mai 2009, 12 Uhr einzureichen an das:

Büro der Bezirksverordneten versammlung Pankow
Fröbelstr. 17
Haus 7, R 104-106
10405 Berlin

Tel.: 902955002
Fax. 902956515
bvvb10@ba-pankow.verwalt-berlin.de

Warum Bio manchmal nervt

...und warum es trotzdem so wichtig ist

Massentierhaltung, Tierversuche, Vegetarier, Veganer.

Schlagworte aus Medienberichten und dem täglichen Leben. Wir schnappen sie im Supermarkt auf, beim Gespräch mit unseren Freunden, lesen tausend Artikel, die uns die Köpfe schwirren lassen. Fast schon aggressiv fordern uns manche Medien dazu auf, auf Tierprodukte zu verzichten. Der Bioladen lädt dazu ein, uns ökologisch sowie moralisch korrekt zu ernähren. Soja, Freilandhaltung, Ersatzprodukte, schadstoffarm, zusatzstoff-und geschmacksverstärkerfrei. Der Hype beginnt zu nerven.

Er nervt vor allem diejenigen, die sich schon vor Jahren bewusst für eine solche Ernährung entschieden haben, als es fast noch kompliziert war, „ökologisch wertvolle“ Waren überhaupt zu bekommen. Diejenigen, die nicht auf einer Trendwelle mitschwimmen und „bio“ sind, weil es zur Zeit eben hip und irgendwie angesagt ist.

Solche, die von all der bio-, öko- und Super-mega-gesund- Werbung an jeder Ecke fast erschlagen werden, obwohl es doch seit Jahren für sie selbstverständlich ist, den eigenen Organismus nicht mit Zusatzstoffen wie E 355 oder E 622 zu vergiften.

Doch egal, ob Neu-Interessent oder „Altöko“, die Gründe, ins Bioregal zu greifen oder den Naturkostladen zu betreten, entspringen letztendlich dem gleichen Gedanken: unserem eigenen Körper und unserer Umwelt etwas Gutes zu tun.

Und mag es eine reine Information für „New Veggies“ sein, so sprechen doch zahlreiche Fakten dafür, ein weiteres Mal die Entwicklungen und Zustände der deutschen und internationalen Massenviehzuchtbetriebe und Großlandwirte zu betrachten. Lieber einmal zu viel als zu wenig.

Glückliche Ferkel...

...und Kühe im Stroh anstatt auf Lattenrostboden

Fotos: Laura Sophie Glienke

Qualvolle Hühnerhaltung

Beginnen wir bei dem gerade sonntags so beliebten Frühstücksei der Deutschen. Nicht nur der im November 2008 bekannt gewordene Skandal mit falsch deklarierten Produkten sollte einen in diesem Falle aufhorchen lassen. In Berlin stammt jedes zweite verkaufte Ei von der Firma Landkost, zu haben zum Beispiel bei Kaiser‘s. Die Stempel auf den verkauften Eiern wiesen eine Eins für Freilandhaltung vor, das DE für Deutschland und einen Zahlencode für Land, Betrieb und Stall.Im Falle von Landkost wies dies die Tierschutz-Aktivisten von Peta (People for ethical treatment of animals) auf den Betrieb „Farm B7 - Spreenhagener Abteil Fünf“ östlich von Berlin hin. Hier wurden zwar glückliche Hühner und Freilandhaltung suggeriert, jedoch stammten die Eier von Hühnern, die auf diesem Hof nirgendwo auf freier Wiese oder unter blauem Himmel gackern. Vielmehr sind die Tierscharen in 30 Hallen in einer Freilaufhaltung untergebracht. In der Halle selbst stehen die Tiere dicht an dicht, wirken apathisch und gestresst. Tausende Hühner hocken weiter hinten in der Halle zusammengepfercht, vereint in ihrem gemeinsam Schicksal, „Freilandhaltungseier“ zu legen. Viel schlimmer noch: im Mülleimer finden sich Medikamente. Ursovit und ND Lasota, beides verabreicht über das Trinkwasser, damit die Tiere diese Strapazen überhaupt durchhalten, so berichten die Peta-Aktivisten. In diesem Fall haben sie Strafanzeige eingereicht.

Allerdings ist dieser Skandal nur die Spitze des Eisbergs. Seit Jahren ist bekannt, wie Tiere aller Art in regelrechten Schlachtungsfabriken gehalten und getötet werden. Bleiben wir einmal bei den „Freilandhühnern“. Die meisten Massenzuchtanlagen sind ohne Atemschutzgerät kaum zu betreten. Der Ammoniakkgeruch überall in der Luft ist für die menschliche Nase kaum zu ertragen. Er treibt einem nach wenigen Minuten die Tränen in die Augen und verursacht Atemnot. Die Hühner müssen diese Belastung fünf Wochen aushalten, da während der gesamten Mastperiode nicht ausgemistet wird.

Da die Hennen so extrem beengt stehen, hält man sie im Halbdunkeln und schneidet ihnen im Alter von ein bis dreizehn Tagen ohne Betäubung die Schnabelspitzen ab, damit sie sich nicht gegenseitig totpicken.

Mehr als 24 Hühner auf einem Quadratmeter zusammengepfercht, das ist weitaus enger als in Legebatteriekäfigen, die in Deutschland höchstrichterlich als Tierquälerei bezeichnet und von der EU verboten wurden.

Die völlig überzüchteten Hühner, deren zartes Brustfleisch später zu „Chicken Wings“ verwertet werden soll, können sich kaum bewegen. Ihre überdimensionierten Brustpartien lassen sie immer wieder umfallen, hinken und an hochgradiger Atemnot leiden. Ihr Herz-Kreislauf- System ist ständig dem Kollaps nah. Die hohe tägliche Gewichtszunahme ist für das Skelett der Tiere untragbar, und so sitzen sie fast die gesamte Zeit ihres etwa fünfwöchigen Lebens auf der stark ammoniakhaltigen, feuchten Einstreu, die während der Mastperiode nicht gewechselt wird.

Besonders dem amerikanischen Fast-Food-Riesen Kentucky Fried Chicken wird diese Art der Massentierhaltung vorgeworfen. Und mal ehrlich, wer hat nach solchen Vorstellungen noch Lust auf einen Broiler?

Doch nicht nur unsere gefiederten Freunde trifft dieses Schicksal. Aus Kinderbüchern erfahren wir von den saftigen grünen Wiesen auf Bauernhöfen und riesigen Schlammpfützen, an denen sich Schweine erfreuen können. Diese Idylle ist in der heutigen Zeit größtenteils fensterlosen Metallhallen und Drahtkäfigen gewichen.

Die Herstellung von sogenannten Tierprodukten geschieht in Deutschland etwa nach folgender Rechnung: Ein minimaler Einsatz an Platz und Geld soll eine maximale Menge an Fleisch, Milch und Eiern so schnell wie möglich produzieren. Dies betrifft sämtliche Tierarten: Kühe, Kälber, Schweine, Hühner, Puten, Enten, Gänse und Kaninchen.

Geburten im Akkord

Kühe und Kälber beispielsweise werden in so kleinen Käfigen oder Ställen gehalten, dass sie sich nicht einmal umdrehen können. Man beraubt sie jeglicher Bewegungsmöglichkeit, damit ihre ganze Körperenergie in das Fleisch übergeht, das der Mensch später verzehrt.

Außerdem werden die sanftmütigen Tiere mit einer überaus unnatürlichen Mischung aus großvolumigen Körnern und anderen „Füllstoffen“ (einschließlich Sägemehl !) ernährt, bis sie etwa 500 kg wiegen. Auch werden diese dann dann ohne Betäubung kastriert und enthornt. Dies ist bei fast jeder Tierart eine gängige Methode in der industriellen Massentierhaltung.

Junge männliche Kälber werden ihren Müttern schon Stunden nach der Geburt entrissen. So kann das junge Kalb anschließend für die Fleischgewinnung auf Lattenrostboden eingepfercht werden, wo es dann mit hormonangereicherter Ersatzmilch gefüttert wird, was zur Blutarmut führt und das Kalb extrem schwächt. Allerdings macht die Blutarmut das Fleisch zart und saftig, so wie es der Verbraucher gern hat. Wenn das Kalb ein Alter von etwa 16 Wochen

erreicht hat, kommt es auf altbekannten Wegen des Massentiertransports zum Schlachthof. Die Muttermilch der Kuh wiederum wird mit Melkmaschinen

Die leidenden Tiere erfahren kein Mitleid

Fotos: www.peta.de

abgemolken. Dies verursacht oft Verletzungen und schwere Infektionen am Euter der Kuh, außerdem können von ihnen ebenfalls unkontrollierbare Elektroschocks ausgehen. Innerhalb von 60 Tagen wird die Kuh wieder geschwängert. Die Prozedur beginnt von vorne. Ist ihr ausgemergelter Körper irgendwann zu schwach um Milch zu geben und Kälber zu gebären, wird auch diese Kuh zum Schlachthof transportiert und zu Bulette oder Wurst verarbeitet. Wer denkt schon bei einem saftigen Klops an Sägemehl?

„Richtig“ leben - aber wie?

Und so standen auch an den weihnachtlichen Feiertagen wieder einige von uns vor dem Tiefkühlregal und grübelten über der Entscheidung, eine Weihnachtsgans für 22 Euro aus dem Supermarkt zu kaufen, oder doch lieber mit bestem Gewissen den Lieben eine Bioweihnachtsgans für stolze 96 Euro zu kredenzen.

Es scheint so, als könnten es sich Familien mit durchschnittlichem bis unterdurchschnittlichem Einkommen kaum leisten, sich ein gutes Gewissen zu erkaufen. Stattdessen gilt es, sich mit vollem Bewusstsein von Eiern aus Massentierhaltung und Fleisch aus moralisch absolut verwerflichen Haltungsmethoden zu ernähren, einfach weil der Geldbeutel nichts Anderes zulässt. So mag es zwar Einkaufsgemeinschaften und Mitgliedschaften bei Bio-Supermärkten geben, die die oft horrenden Preise noch ein wenig bezahlbarer machen, doch für all diejenigen, die ihre fünfköpfige Familie von 50 Euro in der Woche ernähren müssen, rücken auch solche Möglichkeiten in weite Ferne, wenn erst Miete, Strom, Kleidung und Schulbedarf bezahlt wurden. Eine gesunde und bewusst -ökologische Ernährung scheint also nicht nur eine Frage der Moral und des eigenen Willens, des Verständnisses und der Information zu sein, sondern hängt gerade in Deutschland vom Sozialstatus des Verbrauchers ab. Wer „Öko“ sein will, muss teilweise tief in die Tasche greifen. Außen vor lassen möchte ich in diesem Falle Bioprodukte vom Discounter, deren tatsächliche Herkunft oft fragwürdig ist. Allerdings ist der Preisunterschied oft berechtigt, denn die Herstellung von Bioprodukten ist meist zeit- platz- und -kostenintensiver, als die ihrer konventionell hergestellten Zwillinge. Dabei wäre es wünschenswert, dass ethisch und biologisch korrekte Lebensmittel und Produkte irgendwann der Normalfall sind und nicht nur in speziellen Supermärkten angeboten werden, sondern zu fairen Preisen ohne Qualitätsabstriche überall erhältlich sind.

Bis dahin gilt es, der Industrie im Kleinen ein klares Zeichen zu setzen- und sei es nur durch den Verzicht auf die tägliche Wurststulle: Tierquälerei und Genmanipulation- nein danke!

Laura Sophie Glienke

www.peta.de

Tierqual auch in der Unterhaltungsbranche

Doch nicht nur bei unserer täglichen Ernährung stehen wir vor der Frage, ob wir das Tierhaltungsdebakel in Deutschland unterstützen - oder eben nicht.

Ein aktuell heiß diskutiertes Thema ist auch die Unterbringung der Tiere im Zirkus. Zoos, in denen Tiere meist unter ebenso unwürdigen Bedingungen gehalten werden kann man immerhin noch den Aufklärungsaspekt zu gute halten, unter dem besonders Kinder durch das erleben der exotischen Tiere für Tierschutz begeistert werden können. Im Zirkus jedoch lassen sich keine ähnlichen Begründungen für die qualvolle Dressur und Haltung der Exoten und Haustiere finden. Zwar gibt es für die Größe der Käfige, in denen die Tiere gehalten werden, Richtlinien, allerdings verlangen diese nur so viel Platz für ein Tier, dass es sich umdrehen kann. Und auch diese Vorschriften werden meist nicht eingehalten.

Ein grundlegendes Problem der meisten Zirkusse ist Geldmangel, und so fehlt es den Tieren (und auch den Menschen) hier oft am Nötigsten. Die großen und meist auch sehr aktiven Tiere wie Löwen, Bären und Pferde, die in freier Wildbahn ihr Leben lang rastlos sind, werden hier fast ganztägig in kleinen Transportkäfigen gehalten. Verlassen dürfen sie diese meist nur, um sich in der Manege vor lauten Zuschauern, unter dem Knallen von Peitschen und unter gleißendem Licht zu Schau stellen zu lassen. Außerdem sind Zirkusse zeitweise nicht einmal in der Lage, den Tieren ausreichend Wasser zur Verfügung zu stellen. Wanderzirkusse besuchen im Frühjahr, Sommer und Herbst etwa 150 Städte und eine Frischwasserversorgung ist nicht unbedingt überall gewährleistet. Folglich wird das Trinkwasser rationiert, das Reinigen der Tiere und ihrer Käfige teilweise ganz unterlassen. Die Nahrung wird häufig gleichermaßen rationiert, zumal die großen Mengen Fleisch die von Tiger und Co. vertilgt werden, oft schon für große Zoos ein finanzielles Problem darstellen.

Ganz abgesehen von den klimatischen Bedingungen. Manche Wanderzirkusse bereisen ganz Europa und muten ihren Tieren so Temperaturschwankungen zu, die selbst für Menschen nicht leicht erträglich sind. Kein Hundebesitzer würde seinen Liebling in Spanienurlaub im Auto verharren lassen- für die kälteliebenden Zirkusbären ist dies der Alltag. Auch mangelt es oft an der Verfügbarkeit von qualifizierten Tierärzten, die sich mit der Versorgung von Exoten auskennen, weshalb die medizinische Versorgung der Tierartisten im „Normal“- oder Notfall meist nicht gewährleistet ist. Und wer von uns kennt nicht den ärmlich aussehenden Mann, der im Winter mit einer Spendenbox und einen traurig und ungepflegt aussehenden Pony vor dem örtlichen Supermarkt steht? Auch das ist Alltag im Leben der Zirkustiere. Außerhalb der Saison fehlt meist ebenfalls das Geld, um angemessene Winterquartiere anzulegen, die ohnehin nur einen Monat lang benötigt werden. So ist es durchaus einfacher, die Tiere für diese Zeit in minimalistischen Verschlägen oder Lkws zu halten.

Die „Verwendung“ von Tieren in der Unterhaltungsbranche wurde bereits in mehreren Ländern stark eingeschränkt oder gar verboten, so zum Beispiel in Österreich, Dänemark und Schweden. In England verweigert man Zirkussen, die Darbietungen mit Tieren bringen wollen, oft öffentliche Plätze. In Deutschland sind wir noch weit davon entfernt.

Aber sollen wir unserem Kind etwa die glitzernden Augen verwehren, wenn es die bunt geschmückten Ponys durch die Manege traben sieht?

Glücklicherweise ist der Zirkuseintritt mit bis zu 10 Euro pro Kind inzwischen so teuer dass sich oft die Gewissensfrage nicht stellt und wir uns galant aus der Affäre ziehen können.

Einschüchtern lassen, das geht nicht!

Interview mit Christiana Schuler von „Gendreck weg“

Im April 2008 wurde in Sachsen-Anhalt ein Versuchsfeld für Genweizen zerstört (siehe RABE RALF Juni/Juli 08). Das Feld befand sich auf dem Gelände des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben, das auch eine Genbank beherbergt. Dort wird das Saatgut von mehr als 60.000 Getreidesorten gelagert und auch regelmäßig ausgesät. Diese Saaten liefen durch den Versuch Gefahr, kontaminiert zu werden - ein uraltes Erbe wäre zerstört worden. Angesichts dieses Risikos beschlossen sechs Aktivisten der Gruppe „Gendreck weg“ zu handeln. Sie gingen mit Rübenhacken gegen die genmanipulierten Weizenpflänzchen vor und „befreiten“ das Feld.
Jetzt beginnt der Prozess gegen die freiwilligen Feldbefreier von „Gendreck weg“. DER RABE RALF traf sich in diesem Zusammenhang erneut mit Christiana Schuler, Mitglied der Gruppe, zu einem Interview. Sie ist zuständig für die Pressearbeit rund um die Gaterslebener Feldbefreiung.

Christiana, nun folgen auf die mutige Aktion rechtliche Konsequenzen. Wann ist der erste Prozesstag und wie lautet die Anklage?

Der Prozess beginnt voraussichtlich am 26. Februar in Magdeburg, kann aber auch noch verschoben werden. Es handelt sich um ein Zivilverfahren, das IPK ist der Kläger. Das Institut erhebt eine Schadensersatzforderung über 170.000 Euro. Später wird dann noch ein Strafverfahren wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch folgen.

Ein Gerichtsprozess kann im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden. Was wollt ihr erreichen?

Wir haben die Feldbefreiung durchgeführt, um den in der Genbank gelagerten Schatz zu retten. Das IPK ist der Meinung, dass es mit den in der Genbank gelagerten Samen willkürlich umgehen kann. Dabei handelt es sich hier um ein Archiv, das im öffentlichen Auftrag und Interesse besteht, und es verwaltet nicht Privateigentum, sondern Kulturgut. Das IPK hat kein Recht, mit diesem Erbe verantwortungslos umzugehen. Diesen Aspekt wollen wir während des Prozesses unterstreichen.

Außerdem ist es uns wichtig zu betonen, dass sowohl die Zulassungsbehörde als auch das IPK selbst das hohe Risiko des Versuchs eingestanden haben. Die Kontaminierung anderer Weizenpflanzen konnte nicht ausgeschlossen werden, doch die Freisetzung des manipulierten Weizens wurde trotzdem gestartet. Wir wollen diese Fahrlässigkeit anprangern und den Prozess zu einer öffentlichen Anklage gegen die Gentechnikindustrie werden lassen.

Das IPK kriegt mutigen Besuch

Fotos: www.gendreck-weg.de

Werdet ihr der Schadensersatzforderung nachkommen?

170.000 Euro sind für uns eine unerreichbare Summe. Die Angeklagten werden sich also für zahlungsunfähig erklären. Doch selbst wenn wir das Geld zur Verfügung hätten, würden wir nicht zahlen wollen: schließlich käme das der Finanzierung neuer Versuche entgegen.

Bisher fielen Verurteilungen von Feldbesetzungs- und -befreiungsaktivisten eher milde aus. Doch derzeit wird vor dem Gießener Amtsgericht ein Exempel statuiert: Zwei Feldbefreier wurden zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Macht euch diese neue Taktik Angst?

Ja, tut sie. Wir wissen nicht, ob die Justiz noch weitere Abschreckungsprozesse geplant hat. Doch gegen ungerechte Repressionen hilft nur eine Solidaritätskampagne im großen Maßstab. Schließlich handelten die sechs Angeklagten nicht bloß im eigenen Interesse, sondern stellvertretend für breite Teile der Bevölkerung. Einschüchtern lassen, das geht nicht! Deshalb brauchen wir Unterstützung.

Bisher arbeitet ihr sehr transparent. Auf eurer Internetseite stellen sich einige der Feldbefreier mit Namen und Gesicht vor und nennen ihre Gründe für die Aktion. Werdet ihr auch nach dem Prozess an dieser Taktik festhalten?

Wir als freiwillige Feldbefreier werden auch weiterhin mit unseren Gesichtern und Persönlichkeiten arbeiten. Wir verstecken uns nicht in der Anonymität, und dieses Aktionskonzept hat sich bewährt. Unser Mitbegründer Michael Grolm wurde 2008 für sein Engagement bei „Gendreck weg“ mit dem taz Panter-Preis für HeldInnen des Alltags ausgezeichnet. So etwas ist nur durch Offenheit möglich.

Wird sich an dem bisher starken Rückhalt in der Bevölkerung etwas verändern, wenn die Prozesse anlaufen und ihr mehr oder weniger kriminalisiert werdet?

Die Erfahrung hat uns gezeigt, dass die Unterstützung gerade während laufender Verfahren besonders stark ist. Das ist allerdings auch nötig, denn wir sind auf moralische und finanzielle Hilfe angewiesen: für die Anwälte, die Revision, Fahrtkosten und Organisation. Die schwere Last, die wir mit der Feldbefreiung und den rechtlichen Konsequenzen auf uns genommen haben, muss auf möglichst viele Schultern verteilt werden.

Da kommt noch ein großes Stück Arbeit auf euch zu. Wenn du heute nach Gatersleben schaust, hat es sich dann gelohnt?

Die Feldbefreiung im April letzten Jahres war auf jeden Fall ein Riesenerfolg. Das IPK wird laut eigener Angabe in Gatersleben keine weiteren Versuche mehr durchführen, dafür fehlen nach unserer Aktion die Geldgeber. Auch darüber hinaus war 2008 ein erfolgreiches Jahr für Gentechnikgegner, doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Es gibt an viel zu vielen anderen Orten nach wie vor Versuche mit genetisch manipulierten Pflanzen, eine breite Antigentechnikbewegung ist so nötig wie zuvor.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg beim Prozess! Verrätst du uns zum Schluss, was der geneigte Leser tun kann, um euch zu unterstützen?

Dieser RABE RALF-Ausgabe liegt eine Solidaritäts-Postkarte bei. Die auszufüllen und an uns zu schicken, wäre schon mal ein großer Schritt für uns, der nicht mit viel Aufwand verbunden ist. Ansonsten freuen wir uns natürlich über Spenden, die es uns zum Beispiel ermöglichen, bei Verurteilung in Berufung zu gehen oder gute Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Und zum Prozessauftakt wollen wir vor Ort demonstrieren, um die Angeklagten unsere Unterstützung fühlen zu lassen. Zeit und Ort dafür werden auf unserer Internetseite www.gendreck-weg.de bekannt gegeben.

Das Interview führte Marlis Heyer.

Gentech-News

Österreich: Genmais verringert Fruchtbarkeit

Gentechnisch veränderter Mais senkt die Fruchtbarkeit von Mäusen und das Geburtsgewicht ihrer Nachkommen. So lautet das Ergebnis einer an der Universität Wien durchgeführten Langzeitstudie, die vom österreichischen Gesundheitsministerium in Auftrag gegeben wurde. In einem 20-wöchigen Fütterungsversuch haben die Forschenden festgestellt, dass bereits ab dem dritten Wurf weniger und schwächlichere Junge zur Welt kamen. Die Studie ist eine der ersten Langzeitstudien überhaupt.

(Forschungsbericht 3/08)

Mexiko: Lokale Maissorten kontaminiert

Eine neue Studie belegt, dass traditionelle Mais-Landsorten in Mexiko weitflächig – bis in entlegene Täler – mit Transgenen kontaminiert sind. Dies bestätigen Resultate von 2001, die damals heftig umstritten waren. Erstaunlich ist, wie leicht sich Transgene in einem Land ausgebreitet haben, in dem es etliche Jahre keinen Anbau von Gentech-Mais gab.

(Nature, 12.11.08)

Wer besitzt die Natur?

Der neue Bericht der renommierten Organisation ETC Group dokumentiert die zunehmende Konzentration des weltweiten Nahrungsmittelmarktes. So gab es vor drei Jahrzehnten noch tausende Saatgutfirmen und öffentliche Züchtungs-Institute. Heute kontrollieren 10 Konzerne mehr als zwei Drittel des globalen Saatgutmarkts.

(ETC Group, 13.11.08)

Hawaii: Verbot für Gentech-Pflanzen

Die Regierung Hawaiis verbietet den Anbau von genmanipuliertem Kaffee und Taro (einem traditionellen Wurzelgemüse).

(KGMB9 News, 13.11.08)

Nigeria: Cassava ohne Gentechnik

Die von einem internationalen Forschungsinstitut gezüchtete Cassava-Sorte TMS92/0067 hat sich in vielen afrikanischen Ländern bewährt und wird nun vermarktet. Sie erträgt Trockenheit und ist auch noch resistent gegen wichtige Schädlinge, wie den Cassava Bacterial Blight CBB und den Cassava Mosaic Disease CMD. Bauern erzielen bei richtigem Anbau sechs- bis zehnmal mehr Ertrag als mit ihren herkömmlichen Sorten. *(IITA, 3.11.08)*

Italien: Genmais hat Folgen für Immunsystem

Forschende des italienischen Instituts für Ernährung und Lebensmittel (Inran) haben gerade nicht mehr gesäugte und ältere Mäuse mit dem Gentech-Mais Mon810 gefüttert. Die Mäuse zeigten Ergebnisse, die häufig im Zusammenhang mit Allergien und Unverträglichkeiten stehen.

(J. Agric. Food Chem., 21.11.08)

Polen: gentechnikfrei?

Polen verbietet den kommerziellen Anbau von genmanipulierten Pflanzen. Trotzdem seien 3.000 Hektar Gentech-Mais angebaut worden, meldet Europa-Bio. Die Agroindustrie sucht Wege, das Gesetz zu umgehen; Monsanto bietet auf seiner Webseite technische Hilfe für den (illegalen) Anbau von Gentech-Mais an.

(InfOGM, Oktober 2008)

Deutschland: Mehr Tierversuche

Die Zahl der Tierversuche in Deutschland ist 2007 um etwa 91.000 auf über 2,6 Millionen angestiegen – zu einem großen Teil wegen genveränderter Labortiere. Der Anteil genmanipulierter Mäuse stieg gegenüber dem Vorjahr um 32 Prozent.

(Neue Presse, 21.11.08)

Tasmanien - Südaustralien bleiben gentechnikfrei

Tasmanien wird bis 2014 gentechnikfrei bleiben, das sei ein exzellentes Potenzial für die Lebensmittelindustrie. Auch Südaustralien behält das Moratorium bei. *(The Examiner, 24.11.08)*

Tagpfauenauge - Gefahr durch Genmais

Der BUND kürte das Tagpfauenauge zum Schmetterling des Jahres 2009. Eine besondere Gefahr droht diesem prächtigen Tier vom genmanipulierten Bt-Mais. Einer Studie zufolge starben rund 20 Prozent der Schmetterlingsraupen, nachdem sie Brennnesselblätter mit Gentech-Maispollen in typischer Konzentration, wie sie an Feldrändern auftritt, gefressen hatten.

(BUND, 18.12.08)

Niederlande: Keine salztoleranten Genpflanzen

Man hat über 30 Jahre versucht, Kulturpflanzen wie Reis oder Weizen gentechnisch salztolerant zu machen – ohne Erfolg. Nach Ansicht holländischer Forscher scheint das unmöglich zu sein: Die genetischen Manipulationen, um dies zu erreichen, könnten zu komplex sein. *(BBC, 4.12.08)*

Brasilien: Garantiert gentechfreies Soja

Der brasilianische Industrie-Komplex ABRANGE - ein Zusammenschluss von Produzenten, verarbeitender Industrie und Zertifizierungslabors - bietet garantiert gentechfreies Soja an. ABRANGE meldet, heute seien immer noch über 40 Prozent der gesamten Sojaernte Brasiliens zu Beginn gentechfrei. 10 Prozent dieser Menge wird von ABRANGE als garantiert gentechfrei zertifiziert. Bei Bedarf könne der Export nach Europa ohne weiteres erhöht werden.

(TraceConsult, 26.11.08)

Indien: Kerala bleibt gentechfrei

Die Regierung Keralas erklärt den Bundesstaat weiterhin als gentechfreies Gebiet. Selbst Freisetzungsexperimente sind verboten. *(The Hindu, 18.12.08)*

Florianne Koechlin
Blauen-Institut, Schweiz
Ausführlicher Text der Gentech-News: www.blauen-institut.ch

Anzeige

ProSolidar
Leben statt Profit

Geld & Gerechtigkeit

Herkömmliche Finanzanlagen streben nach maximalem Profit. Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Umweltzerstörung werden dabei billigend in Kauf genommen.

ProSolidar finanziert den Einsatz für Gerechtigkeit und den Schutz einer lebenswerten Umwelt. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220
Mail info@prosolidar.net

Wunderwelt der Pflanzen

Kleiner Streifzug durch den großen Botanischen Garten Dahlem

Im Mai 1910 konnte ein neuer botanischer Garten in Dahlem -eigentlich auf dem Gelände von Lichterfelde und Dahlem gelegen- eröffnet werden. Dafür bildete ein früherer preußischer Kartoffelacker von immerhin 41 Hektar Fläche die landwirtschaftliche Basis. Der neue Aufbau einer solchen umfangreichen Forschungs- und Anschauungsanlage wurde notwendig, nachdem der im 17. Jahrhundert gegründete Vorläufer auf dem Areal des heutigen Kleistparks in Schöneberg aufgrund seiner relativ kleinen Ausdehnung nicht mehr den gestiegenen Anforderungen genügen konnte.

Frühling im Arboretum

Foto: Christoph Vinz

Bald entwickelte sich aus einem ursprünglich „landwirtschaftlichen Mustergarten“ eine moderne botanische Sammlung mit hohem wissenschaftlichem Anspruch. Heute bietet der Garten in Dahlem auf 43 Hektar ein kaum überschaubares Angebot von rund 22.000 Pflanzenarten. Mit Stolz verweisen die Mitarbeiter des Botanischen Gartens auf den weltweit dritten Platz im Ranking derartiger Anlagen.

Optisches Erkennungszeichen war von Anfang an der am Hang des Fichtenberges errichtete Komplex kleinerer und monumentaler Gewächshäuser mit einer Gesamtfläche von immerhin 6.000 Quadratmetern. Besonders markant sind hier das Große Tropenhaus (siehe letzte Ausgabe) und das Subtropenhaus (auch „Mittelmeerhaus“ genannt) mit seiner kathedralenartigen Architektur.

Zu Fuß von Europa nach Asien

Heute wollen wir uns jedoch auf das vielgestaltige Gelände des eigentlichen „Gartens“ beschränken, wo sich der Besucher quasi zu Fuß auf eine (botanische) Reise rund um den Globus begeben kann. Er kann hier in kurzer Zeit von Europa nach Asien und weiter bis Amerika und sogar Afrika wandern und die jeweilige Pflanzenwelt unmittelbar kennenlernen. Die gesamte Anlage ist daher in verschiedene Bereiche beziehungsweise Gärten gegliedert, von denen das Arboretum mit 14 Hektar und die Pflanzengeografische Abteilung mit 13 Hektar den größten Umfang besitzen.

Dazu entdeckt der Besucher unter anderem einen Arzneipflanzengarten, den Sumpf- und Wassergarten oder auch einen Moosgarten. Etwas Besonderes dürfte der sogenannte „Duft- und Tastgarten“ sein, der viele Sinne der Besucher komplex anspricht. Dazu sind alle Schilder der Pflanzen dieses Gartens auch in Braille-Schrift lesbar.

Ein besonderes Erlebnis bieten in jedem Frühjahr auch der wunderschöne hundertjährige Rotbuchenwald mit seinen Frühjahrsblühern oder die prächtige Frühlingswiese. Zahlreiche Pavillons, die architektonisch geschickt an das jeweilige Umfeld angepasst wurden, verschaffen Gelegenheit zum Ausruhen oder Schutz bei Unwetter. Da gibt es zum Beispiel eine „Japanische Laube“, die „Rosenlaube“ oder das „Alpenhäuschen“. Im Park befinden sich zwei malerisch gelegene Seen, die durch einen Kanal miteinander verbunden sind. Verschiedene Plastiken wurden im Lauf der Zeit zur Freude vieler Besucher aufgestellt; sie finden sich insbesondere im Italienischen Garten oder auch in Verbindung mit Brunnenanlagen.

Garten mit Besonderheiten

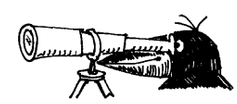
Zum Botanischen Garten zählt sein Museum, dessen Anfänge auf das 1879 in Schöneberg eröffnete Königliche Botanische Museum zurückgehen. Nach schweren Verlusten im Zweiten Weltkrieg konnten von 1957 bis 1991 die Sammlungen wiederaufgebaut werden.

Heute zeigt das renommierte Haus neben den ständigen Ausstellungen vielbeachtete Sonderexpositionen, organisiert fachliche Veranstaltungen und bietet eine Pilzberatung an.

Eine Kuriosität am Rande ist die kleine Begräbnisstätte, die sich vom Eingang Königin-Luise-Platz aus links vor dem Gewächshauskomplex befindet. Hier wurden mehrere Persönlichkeiten beigesetzt, die sich um den Botanischen Garten verdient gemacht haben.

Großer Beliebtheit bei vielen Besuchern erfreut sich in jedem Jahr der Staudenmarkt, der auf einer eintausend Meter langen Strecke zwischen beiden Zugängen alles rund um diese Pflanzenart präsentiert. Erstmals wird am 18. Juli 2009 eine Botanische Nacht stattfinden, bei der im romantischen Glanz der Lichter Musik und Literatur-Rezitationen die Besucher verzaubern wollen. Die festliche Eröffnung des runderneuerten Großen Tropenhauses im September wird mit Sicherheit ein Magnet für die Berliner und ihre Gäste sein.

Christoph Vinz



An den Busen der Natur

Rundweg durch ein Naturschutzgebiet am Tegeler Fließ

Seit 1999 ist das Tegeler Fließtal Teil des Naturpark Barnim. Dieser gehört zu „Natura 2000“, einem europaweiten Netz besonderer Schutzgebiete. Das Fließ entspringt im Land Brandenburg und endet im Berliner Norden, wo es durch den dortigen Hafen in den Tegeler See mündet.

Insgesamt hat die ursprünglich eiszeitliche Abflussrinne eine Länge von über 30 Kilometern, von denen fast 10 auf Berliner Gebiet verlaufen. Der Weg des kleinen Baches beginnt nordöstlich der Stadt nahe Basdorf und führt durch einige Seenbecken, die heute meist verlandet sind. Mehrere Quellen und Entwässerungsgräben speisen unterwegs das munter plätschernde Gewässer. Bei Schloss Dammsmühle fließt es durch den Mühlenteich und den Mühlenbecker See.

Bei Schildow wird das Fließ auf einer Länge von 8 Kilometern zur natürlichen Landesgrenze zwischen Brandenburg und Berlin. Hier verlief die DDR-Grenze, was sich jedoch als ungewolltes Glück für die hiesige Natur erweisen sollte. So konnte sich in der verbotenen Zone vieles entwickeln, was unter normalen Umständen durch landwirtschaftliche oder bauliche Nutzung verloren gegangen wäre.

Folgt man dem kleinen Gewässer von seinem Ursprung her, findet man Erlenbruchwälder, Niedermoore und Feuchtwiesen. Aus inzwischen stillgelegten Torfstichen in der näheren Umgebung von Lübars entstanden oft kleine, flache Seen, wie der Köpchensee am Südrand des Tegeler Fließtales. Von hier, nahe des idyllischen Ortes, der seinen typisch brandenburgischen Dorfcharakter noch immer bewahrt hat, schlängelt sich das Fließ durch Hermsdorf und Waidmannslust bis Tegel.

Natur pur rund um Lübars

Wir wollen uns auf die einzigartige Naturlandschaft nahe Lübars in Berlins Norden beschränken. Mit seinen markanten Lebensräumen für viele unter Schutz stehende Pflanzen und Tiere ist das Gebiet ein Mekka naturverbundener Wanderer. Auf gut ausgeschilderten Wanderwegen und einem Lehrpfad kommt der Naturfreund an Brutplätzen geschützter Vögel, seltenen Blumen und besonderen Gehölzen vorüber. Beim Rundgang durch die unterschiedlichen Biotope nahe Lübars geht es dabei über Feucht- und Trockenwiesen, die hier ein Landschafts-Unikat mit einer Vielfalt an Lebensräumen auf einem relativ kleinen Gebiet bilden.

Man durchwandert in kurzer Zeit unterschiedlichste Lebensräume wie feuchte Niederungsgebiete, Moore, Trockenrasen - selbst kleine Binnendünen aus Flugsand kann der aufmerksame Wanderer hier finden. Ein Teil des Rundweges ist seit einigen Jahren als Lehrpfad mit einer informativen Beschilderung ausgebaut. Besonders im Frühjahr lohnt sich der Ausflug, wenn zahlreiche Vogelarten ihre Reviere singend markieren oder im Moor Frösche lautstark Paarungsbereitschaft verkünden.

Empfehlenswert sind die etwas längeren Routen ab S-Bahnhof Waidmannslust oder S-Bahnhof Hermsdorf in Richtung Lübars, vorbei am schönen Naturfreibad Ziegeleisee. Hier empfiehlt sich bei gutem Wetter unbedingt eine erfrischende Zwischenrast in grüner Umgebung.

Wer den kleineren Rundgang von etwa zwei Stunden wählen möchte, fährt mit dem Bus 222 bis Lübars, von dort geht es zum Lehrpfad, über die Feucht- und Trockenwiesen, vorbei am Köpchensee und zurück über die große Streuobstwiese zum Ausgangspunkt unserer Wanderung, wo der Alte Dorfkrug den hungrigen oder durstigen Wanderer freundlich empfängt.

Oder Bus bis Blankenfelde und in Richtung Westen. Hinter der Brücke liegt das NSG Niedermoorwiesen. Alle Wege ab S-Bahn bzw. Dorf Lübars und Blankenfelde sind gut ausgeschildert.

Christoph Vinz

Vergessen oder unerwünscht?

„Parlament der Bäume" - Politisches Versagen von Bund und Senat

In diesem Jahr wird mit zahlreichen medienwirksamen Aktionen an die historische Nacht des 9./10. November 1989 erinnert, als mit der vom Volk erzwungenen Öffnung der Grenzen in Richtung Westen die Weichen zur deutschen Einheit gestellt wurden. Nun hat der Senat von Berlin endlich auch ein Konzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer beschlossen, das die Dokumentation der letzten wenigen Originalzeugnisse, Information und Gedenken umfasst.

Dennoch gibt es an herausragender Stelle, nämlich im Herzen des neuen Machtzentrums der Republik, einen scheinbar vergessenen oder gar nicht gewünschten Ort. Dieses kleine Stück Land zwischen Bundespressekonferenz und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus am nördlichen Spreeufer repräsentiert in seltener Authentizität nicht nur zwanzig Jahre „Mauerfall", sondern sogar die gesamte deutsche Nachkriegsgeschichte.

Denn gerade in den letzten Kriegstagen im April/Mai 1945 fanden an beiden Ufern der Spree noch unverhältnismäßig viele Soldaten einen sinnlosen Tod.

Bereits 16 Jahre später, 1961, errichtete die DDR ihr monströses Bauwerk, das als „Berliner Mauer" in die Geschichte eingehen sollte. Und schon 11 Tage nach der brutalen Teilung Berlins fielen hier erste Schüsse: Ein 24-jähriger Ostberliner versuchte, durch den Humboldt-Hafen schwimmend West-Berlin zu erreichen. Günter Liftin wurde das erste Opfer eines Systems, das seine Bürger mit Waffengewalt daran hinderte, vom Menschenrecht auf freies Reisen Gebrauch zu machen. Bis 1973 wurden allein in diesem Teil der Stadt weitere fünf Flüchtlinge heimtückisch umgebracht.

Mauersegmente neben der Bundespressekonferenz

Kolonnenweg mit Gedenkplatten

Fotos: Christoph Vinz

In der Zeit nach dem Mauerfall installierte der bekannte Künstler Ben Wagin mit weiteren internationalen Mitstreitern das „Parlament der Bäume". Unter Einbeziehung originaler Mauersegmente entstand am früheren Kolonnenweg der Grenztruppen eine grüne Gedenkstätte mit vielen Bäumen und einer Dokumentation zur Erinnerung an die Opfer eines vorgeblich „besseren Systems". So pflanzten die Ministerpräsidenten aller Bundesländer sechzehn Bäume, weitere vierhundert Bäume wurden im Herbst 1990 von Senatorinnen und Senatoren aus dem Osten und Westen Berlins entlang des früheren Kolonnenwegs gesetzt.

Parlament im Abseits?

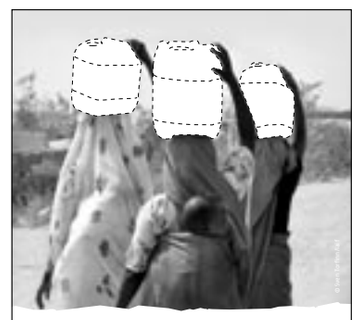
Mit der Errichtung des neuen Regierungsviertels und insbesondere dem Bau von Bundespressekonferenz und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus musste der Gedenkort verkleinert werden. Ein Teil der Wagin'schen Installation kann jetzt als Gedenkstätte im Inneren des Lüders-Hauses besichtigt werden. Ungeklärt ist aber bis heute der im Freien verbliebene Teil mit Bäumen, Gedenkplatten und Mauersegmenten an historischer Stelle. Denn inzwischen ist Grund und Boden in das Eigentum des Bundes übernommen worden, der ihn bislang als Bauland ausweist und die Anerkennung des notwenigen Denkmalschutz-Status verweigert. So fehlt bis heute der authentischste Teil des „Parlament der Bäume" im Gesamtkonzept des Berliner Senats zum Gedenken an die Maueröffnung vor nunmehr 20 Jahren.

Und es kann nur als politisches Versagen von Land und Bund gewertet werden, wenn ein früheres „Niemandsland" jetzt zu einer Fläche wird, für die sich außer Investoren keiner zu interessieren scheint. Wenn man bedenkt, wie wenig Relikte des „Antifaschistischen Schutzwalls" in Berlin überhaupt noch existieren, ist das besonders für historisch Interessierte nicht nachvollziehbar.

Als Ben Wagin mit einigen Freunden Mitte März 2008 im „vergessenen" Land an der Spree zwei Kirschbäume pflanzte, war dies offiziell eine Aktion zum Tag des Baums im April. Tatsächlich wollte er die Politiker des Landes an ihre besondere Verantwortung für die Geschichte erinnern. Gerade in Berlin. Und gerade an diesem Ort.

Christoph Vinz

Anzeigen



WAS HIER FEHLT, IST IHRE SPENDE.

Damit ÄRZTE OHNE GRENZEN in Krisengebieten und bei Katastrophen auf der ganzen Welt schnell und unbürokratisch Leben retten kann – spenden Sie mit dem Verwendungszweck „Ohne Grenzen".

Bitte schicken Sie mir unverbindlich Informationen
☐ über ÄRZTE OHNE GRENZEN
☐ über Spendenmöglichkeiten
☐ für einen Projekteinsatz

Name
Anschrift
E-Mail

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V. • Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de

Spendenkonto 97 0 97
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00

MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.

Kleider machen Beute

Deutschlands Wohlfahrtsverbände profitieren heimlich von dubiosen Altkleidergeschäften

Ob auf Werbeplakaten, in Fernsehspots oder in Postwurfsendungen: Appelle Gutes zu tun, erreichen nahezu jeden Haushalt. Zu den bevorzugten Hilfeaufrufen gehört die Bitte um Kleiderspenden. Jährlich wechseln allein durch die im öffentlichen Raum platzierten Spendencontainer rund 750.000 Tonnen Textilien ihren Besitzer. Hinzu kommen unzählige Direktspenden an kirchliche und soziale Einrichtungen. Insgesamt, so Schätzungen, werden allein in Deutschland jedes Jahr mindestens 300 Millionen Modeartikel gespendet. Doch was mit den ausrangierten Altkleidern tatsächlich passiert, bleibt den hilfsbereiten Gebern in der Regel verborgen.

Altkleider aus Europa in Marokko

Foto: Archiv GRÜNE LIGA

Der gute Name wird verkauft

Für die Erfassung von Alttextilien sind drei Sammelsysteme von Bedeutung: Straßensammlungen, Abgabe in Kleiderkammern und Sammelcontainer. Auf über 50.000 schätzen Experten die Zahl der bundesweit aufgestellten Container. Überwiegend gehören sie kommerziellen Unternehmen, die sie unter dem Namen karitativer Einrichtungen betreiben. Denn auch bei den Wohlfahrtsverbänden stehen in erster Linie Gewinnerzielungsabsichten im Mittelpunkt. Was bei den eigenen Sammlungen hereinkommt, wird von zahlreichen sozialen Einrichtungen komplett an gewerbliche Abnehmer verkauft. Die Altkleider, die ursprünglich für einen wohltätigen Zweck gespendet wurden, werden somit zu einer Handelsware beliebiger Art - vor allem für den Export.

Rotes Kreuz ganz vorn dabei

Vier Qualitäten filtern die kommerziellen Sortierer aus dem Spendenaufkommen heraus. Die als „Creme-Ware“ bezeichneten besten Stücke werden an inländische beziehungsweise westeuropäische Second-Hand-Läden verkauft. Der Anteil beträgt rund 5 Prozent am gesamten Spendenaufkommen. Der Löwenanteil ist für den osteuropäischen, südamerikanischen und insbesondere afrikanischen „Markt“ bestimmt. Dort findet die aussortierte Ware einen reißenden Absatz. Der Teil, der sich in einem tragbaren Zustand befindet, also direkt dorthin vermarktbar ist, wird mit 50 Prozent der Gesamtmenge beziffert. Der größte karitative Sammler, der den Inhalt seiner Sammelcontainer meistbietend an kommerzielle Händler veräußert, ist das Deutsche Rote Kreuz. In gleicher Weise verfahren die Regionalverbände der Johanniter und des Malteser-Hilfsdienstes. Was mit den Spenden passiert, erfahren die Spender nicht. In Veröffentlichungen findet sich lediglich der allgemeine Hinweis auf eine gemeinnützige Verwendung der Erlöse. Angaben über Gewinne existieren nicht.

Den bekanntesten Fall von Verquickung finanzieller Interessen mit einem Hilfsanspruch stellt das zu der weltweit agierenden dänischen Tvind-Gruppe gehörende Unternehmen Humana dar. Nach eigenen Angaben arbeitet die Humana Kleidersammlung GmbH mit regionalen Schwerpunkten in Berlin, Stuttgart und Köln. Hauptkunde ist die Tochtergesellschaft Humana Second-Hand-Kleidung GmbH, die mit ihren rund 25 Kaufhäusern gleichzeitig die größte Second-Hand-Modekette in Deutschland betreibt. Das Exportgeschäft erstreckt sich von Holland, Österreich und Osteuropa bis in afrikanische Staaten. Im Zuge von Ermittlungen der Kopenhagener Staatsanwaltschaft im Jahr 2001 warfen die Behörden dem Konzern vor, dass Humana zwar Vorzeigeprojekte in Entwicklungsländern unterhalte, jedoch zugleich Gewinne auf eigene Konten umlenke.

Kleidercontainer am Straßenrand

Foto: DRK

Importe ruinieren Afrikas Textilbranche

In den Bestimmungsländern geht die kommerzielle Verwertung weiter. Nicht die tatsächlich Bedürftigen, sondern die Meistbietenden erhalten den Zuschlag. Die Folgen für die lokale Textilindustrie sind verheerend. Studien belegen, dass die Vermarktung die Textil- und Bekleidungsproduktion in zahlreichen afrikanischen Ländern geschädigt hat. Viele Fabriken müssen ebenso schließen wie die Stände der Schneiderinnen auf den Märkten. Immerhin ein Drittel der in Deutschland gesammelten Altkleider landet auf dem afrikanischen Markt. In Tansania haben seit Anfang der 1990er-Jahre „Importe etwa 90 Prozent des Markts erobert“, informiert die Deutsche Bundesstelle für Außenhandelsinformationen. Auch in Simbabwe gingen durch die Einfuhr von Alttextilien Tausende von Arbeitsplätzen in der Textilindustrie verloren.

Und die Altkleider-Industrie ist weiter in Bewegung. Vor allem die Billigimporte aus China haben das Konsumverhalten in den westlichen Metropolen nachhaltig verändert. Der Rückgang der First-Class-Ware in den Sammelcontainern ist die unmittelbare Folge. Dies bewirkt wiederum einen massiven Einbruch des Marktwerts für unsortierte Altkleider. Gleichzeitig boomt der Internethandel privater Haushalte in den Industrieländern.

Markt im Umbruch

Der „Markt“ hat inzwischen reagiert. Um Kosten zu senken, sind einerseits Sortierstandorte in Billiglohnländer nach Osteuropa verlagert worden. Andererseits werden Bestimmungen des Abfallrechts in Europa sowie Importbeschränkungen, Abgaben und Zölle in den Empfängerstaaten umgangen. Obwohl Länder wie Südafrika und Nigeria nur eine begrenzte Einfuhr erlauben, gelangen weiterhin jährlich Zehntausende Tonnen Altkleider in diese Länder. „Würden im gesamten Handel alle fälligen Abgaben in Form von Steuern und Zöllen ordnungsgemäß bezahlt, so würde der Preisvorteil der Altkleider schrumpfen und die einheimischen Produkte hätten auf den Märkten eine größere Chance“, kritisierten Experten vom alternativen Wirtschaftsinstitut Südwind. Zudem könnten die Staaten diese Einnahmen zur Armutsbekämpfung einsetzen. Verbraucherorganisationen fordern deshalb sogar ein grundsätzliches Exportverbot für Altkleider aus Europa und den USA.

Zweifelhafte Sammelaufrufe

Der Dachverband FairWertung, ein Zusammenschluss alternativer gemeinnütziger Organisationen, die selbst Kleidersammlungen anbieten, hat für die Vermarktung von Gebrauchskleidung verbindliche Standards definiert, die für alle Vertragsfirmen gelten. Denn Altkleidersammlungen seien prinzipiell zu begrüßen. „Wichtig ist vor allem, nicht auf dubiose Sammelaufrufe hereinzufallen, die durch die Verwendung von bestimmten Symbolen, wie Kirchen, Erdkugeln oder Ähnliches, und durch Verwendung von Begriffen wie Not, Opfer, Hilfe sehr bewusst auf die Tränendrüse drücken und den Anschein erwecken, dass die von ihnen gesammelte Kleidung für mildtätige Zwecke verwendet wird“, appelliert FairWertung. In Potsdam kommt möglicherweise Bewegung in den Umgang mit der Spendensammler-Industrie. Die dortige SPD will, dass die Standorte für die Altkleidersammlung neu ausgeschrieben werden. Dabei sollen die Aufsteller nachweisen, dass sie die Bekleidung später kostenfrei abgeben und hygienische Standards einhalten.

Unbedenklich, so Verbraucherschützer, sei die Weitergabe von Altkleiderspenden am jeweiligen Wohnort selbst. Initiativen und gemeinnützige Vereine jenseits der konzernartigen Trägerstruktur der Sozialverbände geben Kleidung unmittelbar an Bedürftige weiter. Die erzielten Einnahmen fließen ausschließlich in die Refinanzierung der eigenen Infrastruktur. Informieren kann man sich darüber am besten vor Ort.

Christian Linde

Adressen

Ausführliche Liste:
www.kurzlink.de/kleiderspende-berlin

Schenkladen Friedrichshain
Scharnweberstr. 29 (EG)
Mo-Do 17-20 Uhr
Tel. 53675460
www.tinyurl.com/schenkladen

Umsonstladen Berlin
Brunnenstr. 183, Mitte
Di 15-19, Mi 17-20 Uhr,
Do 16-20, Fr 14-18 Uhr
www.umsonstladen.info

motz - Der Laden
Friedrichstr. 226, Kreuzberg
Mo-Fr 11-19, Sa 11-15 Uhr
Tel. 25934729
www.motz-berlin.de

Lowtec gGmbH
Kleiderkammer
Michaelkirchstr. 15, Mitte
Mo-Fr 8-13 Uhr
Tel. 27470, www.lowtec.org

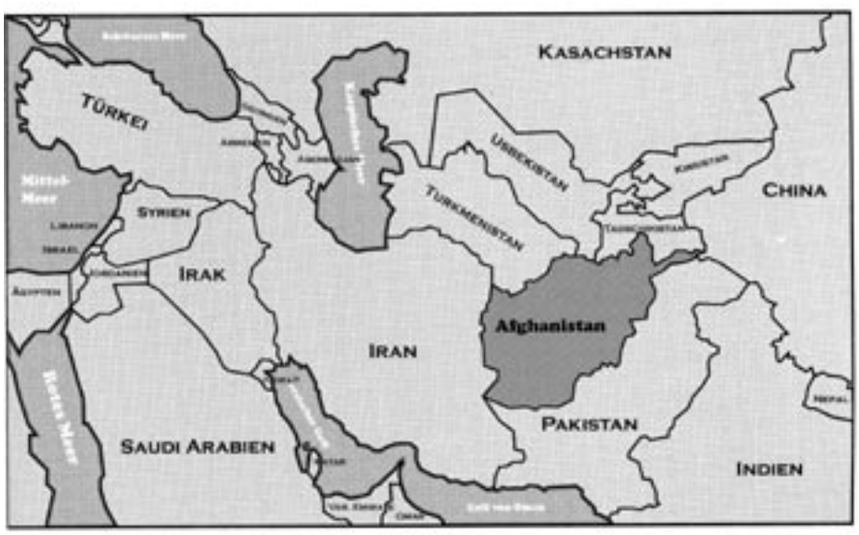
Dachverband
FairWertung e.V.
www.fairwertung.de

Bundeswehr in Afghanistan

Es droht eine Eskalation des Krieges, der nicht zu gewinnen ist

Mit dem Amtsantritt Barack Obamas als neuer US-Präsident droht eine Eskalation des Afghanistan-Krieges und dessen Ausweitung auf Pakistan. Obama plant, zusätzliche 10.000 US-Soldaten in das Kriegsgebiet zu schicken und fordert dies auch von den Verbündeten. Die Bundeswehr hatte im Herbst 2008 ihre Truppe um 1.000 Mann aufgestockt. Zur Zeit befinden sich etwa 70.000 NATO-Soldaten im Land.

Schon jetzt bombardiert die US-Luftwaffe Gebiete in Pakistan, welche als Rückzugsgebiete der Taliban gelten. Die US-amerikanischen Luftwaffen-Bombardements haben inzwischen zu sehr hohen Opfern unter der Zivilbevölkerung Afghanistans und Pakistans geführt und deren Leid verschlimmert. Dies hat sie gegen die NATO-Besatzungstruppen aufgebracht. Dem Krieg fielen unter den Afghanen 2005-2007 ungefähr 17.000 Menschen zum Opfer, wobei die Dunkelziffer weit höher liegt. Laut Auswärtigem Amt gibt es etwa 5 Millionen Binnenflüchtlinge. Die Taliban haben durch diese kriegerische Eskalation ungeheuren Zulauf aus der Bevölkerung bekommen und sind sogar in der Lage, Nachschubcamps der NATO in Pakistan anzugreifen. Die Bundeswehr ist durch die ISAF-Truppe, über die schnelle Eingreifgruppe QRF, und auch über die Tornado-Luftaufklärung, deren Ergebnisse der US-Luftwaffe zur Verfügung gestellt werden, an Kampfeinsätzen beteiligt.



Abdruck mit freundlicher Genehmigung der IMI – Informationsstelle Militarisierung e.V., www.imi-online.de

Zentrale geopolitische Lage Afghanistans

Wirtschaftliche und geopolitische Interessen

Afghanistan liegt zwischen dem Nahen Osten, Zentralasien, China, Indien und Pakistan. Das Land hat für die westlichen Industriestaaten und ihr Militärbündnis NATO eine große strategische Bedeutung, weil sie von Afghanistan aus die Kontrolle über die Öl- und Gasfelder am Persischen Golf und in Zentralasien durchsetzen wollen. Darüber hinaus will die NATO Stärke gegenüber den konkurrierenden aufsteigenden Wirtschaftsmächten China und Indien zeigen. In den zentralasiatischen Ländern Kasachstan und Turkmenistan liegen einige der größten Öl- und Gasfelder, die in den letzten Jahren entdeckt wurden.

Keine wirkliche Demokratie

Hamid Karzai wurde 2001 bei der Konferenz auf dem Bonner Petersberg zum afghanischen Präsidenten ernannt. Davor beriet Karzai den US-amerikanischen Ölkonzern Unocal, der zu Chevron gehört und eine Pipeline durch Afghanistan bauen wollte. Zehn Minister des afghanischen Kabinetts sind Exil-Afghanen mit amerikanischem Pass. Die NATO-Truppe ISAF wurde aufgestellt, um die Regierung Karzai an der Macht zu halten. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 und den Parlamentswahlen 2005 waren Gewalt und Stimmenkauf die Regel. Die New York Times nannte die Art und Weise, wie die Wahlen zustande kamen, „eine plumpe amerikanische Aktion". In einer 2007 veröffentlichten Umfrage von Intregrity Watch Afghanistan erklärten 60 Prozent der Afghanen, die Korruption sei schlimmer als unter den Taliban und unter der sowjetischen Besatzung.

Schlafmohnanbau boomt

Die Anbaufläche von Opium in Afghanistan ist 2007 von 165.000 Hektar auf 185.000 Hektar gestiegen. 2001, unter der Herrschaft der Taliban, waren es noch 8.000 Hektar. 92 Prozent des Weltmarktes dieser Droge werden heute hier produziert. Hiervon profitieren überwiegend die so genannten Drogenbarone.

Im Übrigen wird in Afghanistan eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit katastrophalen sozialen Folgen betrieben. Ausländische Firmen müssen kaum Steuern zahlen und können ihre Gewinne zu 100 Prozent ins Ausland transferieren. Von den USA und Deutschland wird ein umfassendes Privatisierungsprogramm geplant, in dessen Rahmen Betriebe privatisiert und geschlossen werden sollen. All das hat zur Folge, dass Afghanistan wenig eigene Steuereinnahmen hat und überwiegend von ausländischen Geldern abhängig ist. Ein Großteil der übrigen Ökonomie orientiert sich an den Bedürfnissen der NATO, wie zum Beispiel der Straßenbau.

Soziale Lage nicht verbessert

Oft wird behauptet, die Lage der Frauen hätte sich seit der NATO-Besatzung gebessert Dies ist nicht der Fall: Viele Frauen haben nach wie vor außer Betteln und Prostitution kaum eine Erwerbsmöglichkeit. Zwangsheiraten nehmen zu. 65 Prozent der etwa 50.000 Witwen in Kabul sind wegen ihrer Aussichtslosigkeit ihres Lebens suizidgefährdet. Für die meisten Frauen ist es gefährlich, ohne Mann das Haus zu verlassen. Medizinische Versorgung scheitert oft an der schlechten Sicherheitslage oder den Gebühren. Nur 52 Prozent der Frauen in Städten und 9 Prozent der Frauen auf dem Land haben fachliche Hilfe bei der Geburt. Alle 29 Minuten stirbt eine Afghanin dabei. 20 Prozent der Kinder sterben vor ihrem fünften Geburtstag. Die durchschnittliche Lebenserwartung sank von 44,5 auf 43,1 Jahre. Infolge des Einmarsches ist auch die Alphabetisierungsrate bei Erwachsenen zwischen 2003 und 2005 von 28,7 auf 23,5 Prozent gefallen. Strom und sauberes Trinkwasser stehen für große Teile der Bevölkerung nur sehr begrenzt zur Verfügung.

Kooperation von NATO und Bundeswehr

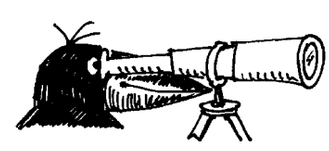
Die zivil-militärische Kooperation in Afghanistan wird von der Bundesregierung als Königsweg aus der Krise dargestellt. Sie gilt als der besondere deutsche Beitrag zur Lösung der Probleme. Faktisch bedeutet zivil-militärische Zusammenarbeit aber keine Stärkung ziviler Konfliktlösung, sondern deren Instrumentalisierung für militärische Ziele. Damit wird gegen das Prinzip der Neutralität bei humanitären Hilfen verstoßen. Hiergegen hatten unter anderem Caritas und Diakonie protestiert, weil sie befürchteten, dass ihre Arbeit durch die Verknüpfung mit dem Militär gefährdet würde. Deutsche Entwicklungshilfegelder sollen nur in Verbindung mit Bundeswehrstandorten für so genannte „regionale Wiederaufbauteams" eingesetzt werden. Wenn statt der Bedürfnisse der Bevölkerung militärische Vorgaben die Ausrichtung der Hilfe bestimmen, geht sie an ihrem Ziel vorbei. Laut dem Senlis Council - eine hoch angesehene britische Politik-Expertengruppe - sind die finanziellen Ausgaben für die NATO-Kampfeinsätze zehnmal höher als für die zivile Entwicklungshilfe. Die Hilfsorganisation Oxfam kritisierte im März 2008, dass umgerechnet sechs Milliarden Euro zugesagter Hilfsgelder gar nicht in Afghanistan angekommen sind.

Krieg bringt keinen Frieden

Die Politik der NATO geht an den Menschen vorbei, weil die Besatzung die Stärkung des Regimes Karzai und den militärischen Sieg über die zunehmend stärker werdenden Taliban in den Vordergrund stellt und nicht die Bekämpfung von Armut und Not. Die Hilfsorganisation Oxfam empfiehlt deswegen, örtliche und traditionelle Formen der Konfliktbearbeitung zu stärken. Die feste Ausrichtung auf die Zentralregierung sei falsch. Denn die Menschen wenden sich überwiegend an Einrichtungen wie zum Beispiel die Dorfräte in ihren Dörfern und Gemeinden, um ihre Probleme zu lösen. Die NATO setzt dagegen auf den Aufbau gesamtstaatlicher Sicherheitsapparate: Geheimdienst, Polizei und Armee. Der Abzug der ausländischen Truppen - also auch der Bundeswehr - wäre ein erster Schritt für eine Verbesserung der Lage der afghanischen Bevölkerung.

Frank Schelm

www.imi-online.de
www.uni-kassel.de/fb5/
www.rawa.org



Pro und contra Öko-Lifestyle

Genügt es, mehr vom Richtigen zu kaufen, um das Klima zu retten? Oder hilft letztlich doch nur verzichten? Aber hat das Predigen von Askese nicht schon immer das Gegenteil bewirkt?
Solche Fragen stellen sich mehr Menschen, als Sie glauben. Nicht nur das Klima, auch die Gesellschaft gerät in Bewegung. An die Stelle alter Gewissheiten tritt allerdings eine neue Unübersichtlichkeit, gerade beim Thema Konsum und Lebensstil. Da finden sich plötzlich Minister mit Linksradikalen auf der einen Seite wieder und Umweltschützer mit Wirtschaftsliberalen auf der anderen. Und so soll das „pro und contra" auf diesen Seiten auch eher zum Lesen provozieren als eine klare Grenze abstecken. Unseren Autor(inn)en ist jedenfalls gemeinsam, dass sie nicht glauben, im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein.
Lesen Sie nun, warum sich das Verzichten nicht alle leisten können, was Lohas und Green IT sind und warum Karibikreisende keine Energiesparlampen brauchen. Bilden Sie sich Ihre eigene Meinung - und schreiben Sie uns! Wir freuen uns, wenn wir in der nächsten Ausgabe Ihre Meinung zu Konsum und Verzicht veröffentlichen können. *mb*

Nur kein Hochmut!

Pro Öko-Lifestyle: Lieber viele aufgeklärte Konsumenten als wenige Öko-Heilige

Erinnern wir uns an die Anfänge der Bio-Welle: kleine, dunkle Läden, deren Wahrzeichen, der verschrumpelte Apfel, den Weg abseits vom bösen Konsumrausch signalisierte. An den Wänden Zettel mit handgeschriebenen Botschaften. Und die Kunden, an ihrem Outfit schon von Ferne erkennbar, wurden noch vor elf Jahren von einem Berliner Umweltsenator als Birkenstock- und Tofu-Generation verspottet, deren Zeit vorbei sei.

Heute erinnert kaum noch etwas an diese Anfänge. Die kleinen „Naturkostläden" sind verschwunden, und in den Bio-Supermärkten drängen sich die Kunden, die von denen anderer Geschäfte äußerlich kaum mehr zu unterscheiden sind. Die Generation der bedingungslosen Öko-Pioniere gibt es immer noch, auch sie kaufen in den großen, hellen Bio-Läden ein, wo es längst keine verschrumpelten Äpfel mehr, dafür aber Tiefkühlpizza gibt. Sie fallen kaum noch durch ihr Erscheinungsbild auf, aber fest steht, dass sie 44 Prozent der Kunden ausmachen. Und die übrigen 56 Prozent?

Eine interessante Zielgruppe

Also, wer kauft heute Bio ein und wechselt von Vattenfall zum Ökostrom-Anbieter? Könnte da eine neue Generation von konsequenten Umweltschützern und Weltrettern heranwachsen? Wäre es so, dann würde sich die Gesellschaft verändern, Politik und Medien könnten das Thema nicht mehr so lässig ignorieren. Es würde mehr aufgeklärt, gewarnt und appelliert. Und es wäre zunehmend peinlich, einen Geländewagen zu fahren oder nach Mallorca zu fliegen. Aber so ist es ja nicht. Die 56 Prozent im Bio-Supermarkt wollen nicht die Welt retten, sondern sich selbst etwas Gutes tun - und dabei gern auch etwas Sinnvolles unterstützen.

Kreative Konsumkritik

Intelligent shoppen

Grafiken: Buy Nothing Day Leipzig

Natürlich gibt es ein neudeutsches Wort für das lange unbeachtete Phänomen: Lohas. (abgekürzt aus „Lifestyle of Health and Sustainability"). Es bezeichnet zunächst einen Lebensstil, inzwischen aber auch die Personen, die ihn praktizieren, allgemein „Lohas-Affine" genannt. Es gibt auch schon Literatur über sie, aber die meisten Leute können mit dem Wort nichts anfangen. Es ist unhandlich, man weiß nicht, ob es Einzahl oder Mehrzahl, männlich oder weiblich ist. „Lohas" ist ein Marketing-Begriff, der eine wachsende Gruppe von interessanten Konsumenten bezeichnet.

Für sie interessieren sich nun auch die Umweltverbände. Eine Studie im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zählt etwa 12,5 Millionen Haushalte dazu. Die Menschen, um die es hier geht, sind nach den Erkenntnissen der Konsumforscher eher unpolitisch, harmoniebedürftig, konservativ und ichbezogen, also das ganze Gegenteil der klassischen Ökos. Es sind unsere Nachbarn, die „Normalos", die sich kaum näher klassifizieren lassen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie verhältnismäßig gut informiert sind und sich einen angenehmen Lebensstil leisten können. Sie demonstrieren nicht gegen Atomkraftwerke, sind nicht für Verzicht und gegen Konsum und Wachstum, Technik und Luxus, sondern versuchen, ihre Wünsche und Ansprüche, so gut es geht, mit Nachhaltigkeit zu verbinden – wenn es nicht zu unbequem oder zu kostspielig ist.

Nachhaltig zweiter Klasse?

Dem klassischen „Öko" gefällt das alles nicht so recht. Die Lohas sind ihm zu wenig engagiert, nicht konsequent genug, sie denken zu wenig an die Zukunft der Menschheit und sie versuchen nicht, andere zu überzeugen.

Aber sie könnten mehr bewirken als alle engagierten Umweltschützer zusammen, einfach, weil sie so viele sind und immer mehr werden. Sie sorgen für den Boom der Bioläden und wohl bald auch für den Erfolg der Hybridautos. Wir werden durch sie nicht zu einem Volk von Radfahrern und Konsumverächtern, aber es wäre eine ganze Menge gewonnen, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung weniger und sparsamer Auto fahren, öfter Bio kaufen und auf den Stromverbrauch des neuen Kühlschrankes achten würde. Auch wenn das ganz entspannt und unideologisch geschieht. Deshalb - nur keinen Hochmut! In uns allen steckt auch ein Stückchen Lohas.
Marianne Weno

Marianne Weno ist seit mehreren Jahrzehnten in der Berliner Umweltbewegung aktiv. In ihrer monatlichen Kolumne auf www.stiftung-naturschutz.de kommentiert sie aktuelle Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz.
Zum Weiterlesen:

Peter Unfried:
„ÖKO – Al Gore der neue Kühlschrank und ich"
Dumont, Köln 2008
240 S., 14,90 Euro
Kapitel 7: „In der Welt der Lohas – und die Frage, ob ich einer bin"

Anzeigen

Was bin ich wert, wenn ich nichts kaufe?

Contra Öko-Lifestyle: Verzicht ist eine Notwendigkeit, aber auch eine Chance

Mit dem sich abzeichnenden Klimawandel ist der „westliche Lebensstil“ in die Krise geraten. Jeder Mensch in einem Industrieland verursacht pro Jahr durchschnittlich 2,7 Tonnen CO2-Ausstoß allein für den Warenkonsum, weitere 1,5 Tonnen für Ernährung und 1,3 Tonnen für das Autofahren. „Klimagerecht“ wären höchstens zwei Tonnen - für alles zusammen. Bei aller berechtigten Kritik an Politik und Wirtschaft führt deshalb an der Konsumkritik kein Weg vorbei.

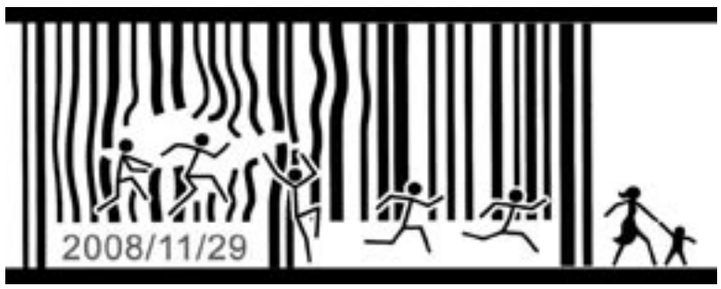
Zwischen den Stühlen

Doch die Diskussion über Klimawandel und Konsum wird dem Problem nicht gerecht: Die einen weisen Konsumkritik mit dem Hinweis auf übergeordnete Zusammenhänge generell zurück - wahlweise mit den Parolen „ökologische Industriepolitik statt Verzicht“ (Sigmar Gabriel), „Stromkonzerne enteignen“ (Attac) oder „Kapitalismus abschaffen“ (radikale Linke). Auf der anderen Seite propagieren besorgte Ökos ebenso wie neoliberale Umweltökonomen das komplette Gegenteil: die CO2-Ich-AG mit Klimakonto und persönlichem Emissionsrechner. Schleichend übernehmen die LOHAS - die den „Lifestyle of Health and Sustainability“ praktizieren - die Meinungsführerschaft. Bionade wird zum „offiziellen Getränk für eine bessere Welt“. Internetportale feiern den Hybrid-Geländewagen. Und auf der Computermesse Cebit ist das „Ecobook“ von Acer der Star, denn sein mit Bambus gefertigtes Gehäuse gilt als Beweis für den Trend zu „Green IT“ - umweltgerechter Informationstechnologie.

2007 stellte die Gesellschaft für Konsumforschung unter dem Titel „Klimawandel belebt Binnennachfrage“ fest: Aus Angst vor der Katastrophe gehen die Deutschen erst mal nachhaltig shoppen. Die Meinungsführer verkaufen den „richtigen Konsum“ ganz offensiv als die beste Maßnahme für den Klimaschutz. Zwischen all diesen Stühlen über eine befreiende Konsumkritik zu diskutieren erscheint nahezu aussichtslos, weswegen viele das Thema lieber links liegen lassen.

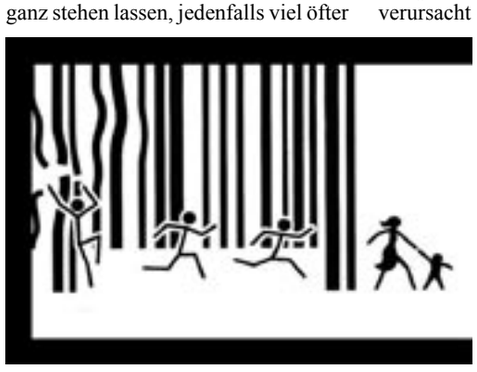
Viele haben gar keine Wahl

Es ist kein Zufall, dass der Begriff LOHAS ursprünglich aus dem Marketing kommt und sich auf die einkommensstarke und gebildete Schicht der „jungen Kreativen“ bezieht, denen ein Hang zu nachhaltigen und fairen Produkten bescheinigt wird. Denn die Idee, dass Klimaschutz vor allem aus „anderem Konsum“ besteht, setzt ein entsprechendes Einkommen und Gestaltungsmöglichkeiten voraus. Wenn aber soziale Spaltung und unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse zunehmen, kann diese Idee nicht für die ganze Gesellschaft funktionieren. Das Umweltbewusstsein sinkt in Deutschland seit 20 Jahren kontinuierlich, während soziale Ungleichheit und Unsicherheit rapide ansteigen. Wer Existenzangst hat, denkt weniger an ökologische Probleme. Mehr Geld für ökologisch verträgliche Produkte auszugeben - das kann man nur bei relativer sozialer Gleichheit verlangen.



Der Barcode normiert die Konsumwelt

Gesellschaftliche Strukturen werden aber in der Konsumdebatte ausgespart. Zum Beispiel beim Verkehr: Wir alle sollen das Auto am besten ganz stehen lassen, jedenfalls viel öfter Bahn, Bus und Rad benutzen. Außen vor bleibt dabei, ob ich in Templin oder Berlin wohne, ob ich fünf oder fünfzig Kilometer zur Arbeit fahren muss, ob im Zuge der Bahnprivatisierung tausende Kilometer Schienen stillgelegt werden und die Ticketpreise steigen. So wird ein gesellschaftliches Problem zum individuellen Problem verkürzt. Aber nur wenn ich wirklich eine Wahlmöglichkeit habe, kann ich mich auch „richtig“ entscheiden. Oft setzt das einen starken öffentlichen Sektor voraus: etwa kostenlosen ÖPNV oder eine demokratisch organisierte Stromversorgung.



Den Barcode durchbrechen

Grafiken: Buy Nothing Day Hongkong

Nicht nur anders, sondern weniger

In vielen Bereichen wird es nicht ausreichen, einfach anders zu konsumieren. Zwar sind die einzelnen Produkte in fast allen Industrieländern seit 1990 viel klimafreundlicher geworden. Doch gleichzeitig werden immer mehr Produkte konsumiert, sodass unter dem Strich die Umwelt kaum entlastet wird. Dies gilt besonders für den Bereich außerhalb des Grundbedarfs. 1997 wurde ein PC nach durchschnittlich sieben Jahren weggeworfen, heute sind es zwei Jahre. 2007 wurden in Deutschland 33 Millionen neue Handys verkauft. Da hilft es auch nichts mehr, wenn das einzelne Produkt umweltfreundlicher produziert wird oder weniger Strom verbraucht - helfen kann nur Verzicht.

Der Flugverkehr ist ein weiteres Beispiel. Eine Flugreise in die Karibik verursacht etwa vier Tonnen CO2 pro Passagier. Wer das alle zwei Jahre macht, braucht zu Hause im Grunde auch keine Energiesparlampe mehr einzudrehen. Technische Alternativen zum Flugzeug sind nicht in Sicht, also bleibt nur eins: weniger fliegen.

Aber wer entscheidet darüber, wer fliegen darf und wer nicht? Den Verzicht über teurere Preise zu erzwingen, wäre ungerecht und nicht durchsetzbar. Der einzige Weg wäre eine demokratische Debatte darüber, wer zu welchem Zweck fliegen darf und wer nicht.

Ähnlich liegt die Sache beim Fleischkonsum, der dringend eingeschränkt werden muss. Auch das ist wohl nur über eine gesellschaftliche Debatte möglich. Konsumkritik bedeutet nämlich auch das gemeinschaftliche, demokratische Aushandeln einer Vorstellung vom „guten Leben für alle“.

Anerkennung jenseits des Konsums

Konsumkritik muss also nicht nur anderen Konsum, sondern vor allem auch weniger Konsum beinhalten. Diese Einsicht legt die Axt an die Grundpfeiler des Kapitalismus: das Wirtschaftswachstum. Konsumkritik wird auf diesem Wege zur Kapitalismuskritik. Die Frage, ob es Wachstum ohne höheren Ressourcenverbrauch überhaupt geben kann und ob ein Kapitalismus ohne Wachstum denkbar wäre, ist dabei noch gar nicht entscheidend. Lange vorher stellt sich die Frage, ob weniger Konsum gesellschaftlich überhaupt denkbar ist. Denn in kapitalistischen Gesellschaften ist Konsum nicht länger ein Mittel zur Bedürfnisbefriedigung. Durch Konsum wird die Gesellschaft überhaupt erst geschaffen.

Im Lifestyle-Kapitalismus ist die Identität eines Menschen unmittelbar verbunden mit den Dingen, die er konsumiert, schreibt der Wiener Journalist Robert Misik. Wir kaufen nicht nur Dinge, sondern Sinn. Wenn das stimmt, dann ist die Forderung nach Konsumverzicht ein Angriff auf die Identität. Konsumkritik muss deshalb unbedingt verbunden werden mit Vorstellungen von gesellschaftlicher Anerkennung auch ohne Konsum. Mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ein bedingungsloses Grundeinkommen oder solidarisches Wirtschaften im Kleinen wie im Großen könnten Wege sein, die durch Konsumverzicht entstehende Lücke zu füllen.

Die schlechte Nachricht lautet also: Wir kommen um eine radikale Konsumkritik nicht herum, vor allem auch um eine Debatte über Verzicht. Die gute Nachricht aber ist: Der Versuch lohnt sich. Radikale Konsumkritik ist eng verbunden mit Forderungen nach einer demokratischen Gesellschaft, nach sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit. Das sind nicht die schlechtesten Voraussetzungen. *Chris Methmann*

Chris Methmann ist Politikwissenschaftler und aktiv in der Attac-AG Globalisierung und Ökologie. Zuletzt erschien von ihm gemeinsam mit Alexander Haack und Jesko Eisgruber: Wem gehört der Himmel? Das Klima in der Globalisierungsfalle, VSA, Hamburg 2007, 94 S., 6,50 Euro.

Eine erste, längere Fassung dieses Artikels erschien im Sommer 2008 in der Zeitschrift „sul serio“ www.sul-serio.net.

Anzeige

Biosprit macht satt

Eine Provokation für Mitdenker

Ein alter Streit will neu bedacht werden, der Streit, ob es besser ist, Pferdefutter oder Nahrung anzubauen. Um die Antwort vorweg zu nehmen: dieser Streit ging vor 200 Jahren unentschieden aus und wird auch heute wieder unentschieden ausgehen, weil das, was früher nötig war, um den Energiebedarf der Menschen zu decken, auch heute wieder nötig ist: Biosprit-Pflanzen mussten damals noch als Pferdefutter angebaut werden. Alles andere wäre klimapolitischer Selbstmord der Menschheit.

Nur steht die Frage heute anders als damals: Waren die Landwirte vor zwei Jahrhunderten stets auch Energiewirte, so wird diese Funktion heute mit Moral und einer globalen Verschiebung zwischen Anbau und Verbrauch verknüpft. Und hier möchte ich dem Tenor der Biospritdiskussion der letzten Monate entschieden widersprechen. Unmoralisch ist nicht der Anbau von Pflanzen für Biosprit. Unmoralisch ist höchstens ein Wirtschafts- und Geldsystem, das Arme immer ärmer und Reiche immer reicher macht, dass die ökologischen und sozialen Folgen des Biosprit-Pflanzenanbaus missachtet und dem es nicht gelingt, diese sozialen und ökologischen Kosten des Biosprit-Pflanzenanbaus auf den Preis aufzuschlagen. So sollte die Frage ganz anders gestellt werden. Es geht nicht darum, ob Biosprit-Pflanzen angebaut werden sollen oder nicht. Ohne Biosprit ist die Energieversorgung der Menschheit allein dem klimaschädigenden Erdöl ausgeliefert - das wäre bei weitem der katastrophalere Weg.

Aber richtig ist natürlich die Frage: Wie können Biosprit-Pflanzen auch in Brasilien oder Indonesien ökologisch und sozial verträglich angebaut werden? Und ebenso unerlässlich ist die Frage, was flankierend getan werden muss, um unseren Energiehunger dramatisch zu reduzieren.

Das Auto tankt reines Pflanzenöl

Diesen Sprit kann man trinken

Fotos: Ulrich Wieland

Natürlich ist die Überschrift eine Provokation, ebenso wie es der von mir höchst geschätzte Querdenker und Mitinitiator der Entschuldungskampagne für die ärmsten Länder der Erde, Jean Ziegler, mit seiner starken Formulierung vom „Biosprit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ beabsichtigte. Und doch erscheint mir die erneute, verbissen geführte Diskussion gegen den Biosprit damit eine völlig falsche Richtung und Gewichtung zu bekommen, so, als ob der Fernseher die Schuld für gewaltverherrlichende Programme zugeschoben bekäme. Hier wie dort halte ich es für umso wichtiger, die Wirkmechanismen aufzudecken, die zu den Verbrechen führen. Und die liegen zweifellos - neben dem Geburtsfehler unseres Geldsystems, dem Zinseszins - auch in der Unersättlichkeit von uns Konsumenten in den westlichen Ländern.

Es mag durchaus sein, dass es auch vor zweihundert Jahren schon Leute gab, die es unmoralisch fanden, kostbare Kornfeldflächen als Pferdeweiden zu missbrauchen. Mag sein, dass es wirklich in manchen Regionen unmoralisch werden kann, in Ländern an der Armutsgrenze Biosprit-Pflanzen für die Länder der sogenannten ersten Welt anzubauen. Nämlich dann, wenn damit der Hunger missachtet und die Armut verstärkt wird oder wenn die Landflächen von Selbstversorgern für den industriellen Biosprit-Pflanzenanbau konfisziert werden. Aber daraus eine Gleichung zu machen: Biosprit macht Hunger, ist nicht nur kurzsichtig, sondern auch einfältig.

Unmoralisches Reichtumsgefälle

Sortieren wir zunächst mal die Fakten. Fakt ist dass die jährliche Weltnahrungsmittelproduktion um über 10 Prozent schwankt. Demgegenüber steht eine Biospritproduktion von zurzeit nicht einmal 2 Prozent der Gesamtnahrungsmittelmenge. Schon diese Relationen würden reichen, um das Horrorszenarium von brotfressenden Autos zu relativieren, denn die Preise steigen vor allem durch etwas ganz anderes als den Biosprit: durch ungerechte Monopolisierung, durch Börsenspekulationen, durch verwerfliche Subventionen, durch ungerechten Landbesitz und durch das unmoralische Reichtumsgefälle, auf dessen angenehmer Seite wir uns zufälligerweise befinden und mit dem die meisten von uns trotz Harz IV ganz gut klarkommen.

Unmoralisch ist, wenn das kostbare Ackerland in Brasilien und Togo oder Mosambik nicht an Kleinbauern, sondern an Agrarkonzerne verkauft wird. Unmoralisch ist, dass in Amazonien und Indonesien der Urwald brandgerodet wird, um Flächen für chinesische Sojakonzerne als Futter für europäische und US-amerikanische Rinder zu „gewinnen“, Flächen, die der grünen Lunge verloren gehen und nach wenigen Jahren ausgeplündert liegengelassen werden müssen, weil ihre einzigartige Artenvielfalt unwiederbringlich vernichtet wurde. Und hier liegt ein gravierender Denkfehler des Diskurses „Biosprit macht Hunger“. Denn ausgerechnet der vielgescholtene Sojaanbau in Brasilien geht fast ausschließlich auf das Konto der Futtermittelexporte in die EU und die USA. Und ausgerechnet der Biosprit-Pflanzenanbau in Deutschland ermöglicht es den Landwirten in Europa, sich von diesen Futtermittelimporten unabhängig zu machen: Der erukasäurearme Raps ist ein ausgezeichnetes Substitut für Sojaschrot und dient damit - in regionaler Kreislaufwirtschaft genutzt - sogar als Kostensparer für eine eiweißreiche Ernährung des Viehs. Der Biosprit ist dann nur noch ein netter „Abfall“ - übrigens in der Form, in der die Natur seit Jahrtausenden alle ihre Energievorräte anlegt: in Form von Öl.

Ölsaaten verbessern die Bodengüte

Aber egal, ob Raps, Sonnenblumen, Leindotter, Lein oder wie die in Deutschland nutzbaren Ölsaaten auch heißen mögen: die Frage ist doch nicht, ob wir diese Pflanzen unter anderem auch zur Energiegewinnung anbauen sollen. Das ist übrigens schon aus Gründen der Fruchtfolge schlicht notwendig, um die Bodengüte zu erhalten. Und Raps eignet sich besonders gut als Vorfrucht für Getreide, da er die Vielfalt der Bodenorganismen deutlich erhöht.

Die Fragen, die wir auch hier beantworten müssen, heißen:

1. Welche Anreize können wir schaffen, um die zur Erzielung von Höchsterträgen genutzte intensive Düngung zu vermeiden?
2. Welche Regulationsmechanismen

können verhindern, dass diese Öle in großem Stil importiert werden, weil die Erzeuger- und Transportpreise so niedrig sind, dass es billiger ist, sie im Süden herzustellen?

Dabei wäre es mir immer noch lieber, wir würden 85 Prozent unseres Ölbedarfes von tausenden von Bauern in Afrika oder Südamerika CO2-frei und zu anständigen Preisen herstellen lassen, als dass wir - wie es jetzt läuft - 99 Prozent (!) unseres Bedarfes aus fossilen Quellen decken, die in den Händen einiger weniger superreicher Ölscheichs liegen und das Klima kräftig anheizen.

Die Landwirte - deutsche wie ausländische - werden davon satt, dass ihnen jemand ihre Produkte zu fairen Preisen abkauft. Sie können auch durch Biospritanbau unabhängig von großen Konzernen werden. Vor allem lassen sich mit Biosprit eben gerade dezentrale Wirtschaftskreisläufe aufbauen. Man werfe dazu nur einen Blick nach Bayern, wo sich nicht nur im Altmühltal bereits ganze Regionen unabhängig vom Fossilöl gemacht haben.

Halten wir also fest: Biosprit - wenn auch erst seit kurzem in seiner flüssigen Form, dem Bioalkohol oder dem Pflanzenöl - ist so alt und so moralisch wie die Nutzung von Pferd und Ochse zum Wohle der Menschheit. Was neu ist, dass ihn der Bauer nicht mehr für seinen Eigenverbrauch produziert, sondern dass Großkonzerne den Anbau, die Düngemittelverwendung und die Vermarktung zu monopolisieren versuchen.

Frage von Ethik und Besitzverhältnissen

Also ist die richtige Frage: Wie verändern wir Besitzverhältnisse und Begehrlichkeiten so, dass es sich für selbständig wirtschaftende Landwirte lohnt, Biosprit-Pflanzen ökologisch und sozial anzubauen? Aber auch: Wie ist es möglich, mündige, ethisch handelnde Mitstreiter zu gewinnen, die keine Dollarzeichen in den Augen haben oder um des Profites willen die Ressourcen dieser Erde rücksichtslos ausbeuten? Wie gelingt es uns, unseren Kindern den Wert gesunder, nachhaltiger Landnutzung auch emotional zu vermitteln, ihnen und uns - jenseits von Sozialromantik - die Liebe zum „Mehr" einer lebenswerten Umwelt vorzuleben? Dass darin die zukunftsfähige Energiebereitstellung ebenso einen Platz hat wie eine hohe Energieeffizienz und der Verzicht auf Energieverschwendung, versteht sich von selbst.

Wenn es einen höheren Profit bringt oder nicht automatisch teuer wird, werden einfache Holzarbeiter wie gebildete Farmer allzu leicht den Blick für ökologische oder soziale Folgen ihres Handelns verlieren. Aber ein rücksichtsloser Biosprit-Pflanzenanbau ist weder selbstverständlich noch gottgewollt. Tun wir also lieber etwas gegen solchen Missbrauch, als einem Lebenssaft den Ruf zu ruinieren, der - neben anderen Strategien - in der Lage ist unsere totale Abhängigkeit vom fossilen Mineralöl zu brechen.

Entscheidend dabei ist, bislang fehlende Rückkopplungen in eine ressourcenfressende und unsoziale Wirtschaftsweise einzubauen. Dazu ist es unabdingbar, die sozialen und ökologischen Kosten möglichst Cent für Cent auf den Preis für die jeweilige Produktionsmethode umzulegen. Nachhaltigkeit muss belohnt, Zerstörung und Entwurzelung bestraft werden - ob durch monetäre oder vergleichbare Mittel, das wäre eine andere Diskussion. Dann wird es von alleine einen sinnvollen und umweltverträglichen Anbau von Biosprit-Pflanzen geben.

Falsch ist es also, den an sich schon schwierigen Umstieg vom klimaschädlichen Mineralölzeitalter auf das Zeitalter regenerative Energienutzung auch noch innerhalb der Umweltszene zu verunglimpfen - niemand freut sich mehr darüber als die Mineralölindustrie.

Falsch ist es, Biosprit mit Ausbeutung, Monokultur und Nahrungsmittelknappheit gleichzusetzen.

Falsch ist es auch, etwas ökologisch so sinnvolles wie eine vernünftige Produktion von regenerativer Energie in ihrer natürlichsten, noch dazu schön dezentralisierbaren Form, dem Pflanzenöl, gleichzusetzen mit unmoralischem Handeln.

Es gilt, das Problem des unökologischen Anbaus von Biosprit-Pflanzen anzugehen. Aber dazu müssen wir nach Lösungen für damit verbundene Risiken suchen, statt gute Ansätze von vornherein abzulehnen. Wer nur nach Nachteilen sucht, will lediglich verhindern. Wer verändern will, muss nach Lösungen suchen.

Eine spannende Diskussion zu diesem Thema finden Sie im Internet unter: **www.kurzlink.de/biospritdebatte**

Ulrich Wieland
GRÜNE LIGA - Bundeskontaktstelle Biogene Kraftstoffe

Biosprit macht Hunger

INKOTA-Aktivisten überreichen 20.000 Unterschriften gegen Agrosprit

Anfang Dezember 2008 überreichten INKOTA-Aktivisten gemeinsam mit Rettet den Regenwald unter dem Motto „Biosprit macht Hunger" 20.000 Unterschriften an Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Gemeinsam mit vielen Unterstützer/-innen aus ganz Deutschland setzte INKOTA damit ein deutliches Zeichen gegen die Verwendung von Nahrungsmitteln für die Kraftstoffproduktion. Die Übergabe fand vor der Bundespressekonferenz in Berlin statt, wo auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung ein Gutachten zur „Zukunftsfähigen Bioenergie und nachhaltiger Landnutzung" an den Umweltminister überreichte. Das Gutachten kritisiert aus wissenschaftlicher Sicht deutlich die Beimischung von Agrokraftstoffen zu Benzin und Diesel.

Diese Gruppen sehen Biosprit kritisch: Demonstration im Oktober 2008 auf dem Alexanderplatz

Foto: László Maráz

Proteste zeigten Wirkung

Sigmar Gabriel war der Protest vor dem Gebäude der Bundespresskonferenz nicht entgangen. Er lud Vertreter/-innen von INKOTA und Rettet den Regenwald zur Bundespressekonferenz ein. Im Anschluss daran nahm er die Protestpostkarten entgegen. Über sechs Monate hatte INKOTA die Karten bei zahlreichen öffentlichen Aktionen und Infoveranstaltungen gesammelt. Die intensive Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit von INKOTA und vielen anderen Organisationen ist nicht ohne Wirkung geblieben. Bereits im Oktober 2008 räumte Bundesminister Gabriel erstmals ein, dass Agrokraftstoffe in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen. Er reduzierte die Beimischungsziele für die Kraftstoffe aus Pflanzen von ursprünglich 10 auf 6,25 Prozent bis zum Jahr 2010.

Doch obwohl auch mit den reduzierten Beimischungsziele Agrokraftstoffe aus Entwicklungsländern importiert werden, hält der Bundesumweltminister an einer Ausweitung der Agrokraftstoffnutzung fest. Die Folgen dieser Politik sind für die Menschen in unseren Projektländern in Afrika und Mittelamerika katastrophal.

Anabela Lemos, Direktorin unserer Partnerorganisation Justica Ambiental aus Mosambik berichtet: „In Mosambik sind in diesem Jahr die Preise von Mais innerhalb weniger Monate explodiert und um 43 Prozent gestiegen. Immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie ihre Familien ernähren sollen. Viele kleinbäuerliche Familien aus der Provinz Gaza wurden vertrieben, um Platz für große Zuckerrohrplantagen zu machen, die Agrokraftstoffe für den Export produzieren. Die Menschen vor Ort sind hilflos gegenüber den großen Firmen und den staatlichen Plänen„.

Deshalb wird INKOTA die Kampagnenarbeit zu Agrokraftstoffen auch im Jahr 2009 fortführen. Machen Sie mit und schreiben Sie online einen Protestbrief an Sigmar Gabriel. Mitmachen ist ganz einfach!

INKOTA-netzwerk Berlin

www.inkota.de
inkota.de/agrosprit

Kein Schweigen über Vergangenheit

Einige Anmerkungen zum Thema Naturschutzgeschichte

In der Oktober/November-Ausgabe 2008 des RABEN RALF analysiert Marlis Heyer alarmierende Entwicklungen, wie Umwelt- und Naturschutzthemen von Seiten der Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ aufgriffen werden, um unter diesem Deckmantel rechtslastige Ideologien zu transportieren. Die Autorin verweist am Ende ihres Beitrages auf den Kongress „Naturschutz und Nationalsozialismus“, mit dem 2002 unter Schirmherrschaft des damaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin, die seit langem überfällige Auseinandersetzung des Verhältnisses von Naturschutz und Nationalsozialismus wesentlich angestoßen wurde. Die Autorin beklagt dann, dass die Fortführung der Diskussion, die lebendige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und dem rechten Potenzial des Naturschutzes jedoch ausblieb.

Hierzu sind einige Anmerkungen nötig: Der oben genannte Kongress war eine der ersten größeren öffentlichen Veranstaltungen der Stiftung Naturschutzgeschichte, die 1996 von den Ländern Nordrhein-Westfalen und Brandenburg sowie der NRW-Stiftung für Kultur, Heimat und Naturschutz gegründet wurde. Die Stiftung Naturschutzgeschichte hat ihren Sitz in Königswinter am Rhein. 2002 eröffnete die Stiftung dort eine Dauerausstellung zur deutschen Naturschutzgeschichte. In dieser Ausstellung wird erstmals auch das Verhältnis von Naturschutz und Nationalsozialismus beleuchtet. Die Texte der Ausstellung sind seit 2002 im Internet, wer Informationen zum Thema sucht, kann sich dort seit längerem informieren.

Zu Gert Gröning und Joachim Wolschke-Bulmahn ist anzumerken, dass es in der Tat während der Vorbereitung des Kongresses Naturschutz und Nationalsozialismus zu einer Kontroverse kam, infolge derer die beiden Wissenschaftler dann nicht auf dem Kongress vertreten waren. An dieser Stelle sei noch einmal ausdrücklich auf die Pionierleistungen von Gert Gröning und Joachim Wolschke-Bulmahn verwiesen, die bereits in den 1980er Jahren mit ihrem Buch „Die Liebe zur Landschaft“ und anderen Publikationen die Verstrickung von Naturschutz und Landschaftsgestaltung mit dem Nationalsozialismus frühzeitig thematisierten und damit zu den Wegbereitern einer kritischen Auseinandersetzung gehören. 2004 fand unter der Leitung der beiden Wissenschaftler ein Workshop „Naturschutz und Demokratie“ in der Stiftung Naturschutz statt, dessen Beiträge inzwischen publiziert sind.

Es ist viel passiert

Nicht vergessen werden sollte, dass 1999 anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des NABU unter dem damaligen Präsidenten Jochen Flasbarth eine Aufarbeitung der Vereinsgeschichte durch die Historikerin Anna-Katharina Wöbse erfolgte, bei der dass für den NABU nicht rühmliche Kapitel der Rolle des Bundes für Vogelschutz im Nationalsozialismus nicht ausgespart wurde. Auch die NABU-Geschichte ist auf der Web-Seite des Verbandes seit längerem nachzulesen.

Im Jahr 2003 erfolgte auf Initiative der Vertreter des Landes Brandenburg im Kuratorium der Stiftung Naturschutzgeschichte, der Autorin dieses Beitrages als Vertreterin der Brandenburger Naturschutzverbände und Dr. Michael Gödde als Vertreter des Agrar- und Umweltministeriums Brandenburg die Gründung des Arbeitskreises Naturschutzgeschichte Berlin-Brandenburg. Der Arbeitskreis hat seinen Sitz im Haus der Natur in Potsdam und fördert durch regelmäßige Treffen und Veranstaltungen die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Naturschutzes in unserer Region. Der Arbeitskreis arbeitet dabei eng mit der Stiftung Naturschutzgeschichte zusammen.

Diese wie einige andere Beispiele zeigen, dass sich der Naturschutz nicht, wie Marlis Heyer meint, über seine Vergangenheit ausschweigt, sondern dass im Gegenteil hier in den letzten Jahren viel passiert ist.

So wurde 2004 anlässlich des Deutschen Naturschutztages in Potsdam eine Ausstellung erarbeitet, in der erstmals die bis dahin weitgehend tabuisierte Geschichte des Naturschutzes in Brandenburg in der Zeit von 1900 bis 1949 skizziert wird. Einige Tafeln der Ausstellung zeigen die Verstrickungen des Naturschutzes mit dem NS-Regime, zum Beispiel in der Schorfheide, wo Göring unter dem Deckmantel eines „Reichsnaturschutzgebietes“ seinen privaten Jagdgelüsten frönte. Erinnert wird in der Ausstellung auch an den Juristen Benno Wolf, der 1920 die kleine Novelle des §34 des Feld- und Forstpolizeigesetzes auf den Weg brachte und damit für die Ausweisung von Naturschutzgebieten erstmals eine juristische Grundlage schuf. Und die Ausstellung beleuchtet erstmals das Schicksal von Naturschützern wie Benno Wolf, Max Hilzheimer und Kurt Hueck, die im Nationalsozialismus verfolgt, mit Berufsverbot belegt wurden oder wie Benno Wolf den Tod fanden, der 1943 infolge der unmenschlichen Haftbedingungen im KZ Theresienstadt starb. Die Ausstellung war ab 2005 in verschiedenen Orten Brandenburgs zu sehen.

Idylle Naturschutz abseits von Politik und Gesellschaft? Tagung brandenburgischer Naturschutzbeauftragter in den 1930er Jahren

Foto: Archiv Haus der Natur Potsdam

Auch auf der gut besuchten Präsentation des Buches „Natur und Staat“ im März 2007 im Haus der Natur in Potsdam wurde das Thema Nationalsozialismus nicht ausgespart. Das Buch entstand anlässlich des 100. Jubiläums des Bundesamtes für Naturschutz, dessen Geschichte auf die Gründung der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen im Jahr 1906 zurückgeht. Von August bis Dezember 2007 war dann die parallel zu dem Buch erarbeitete Wanderausstellung „Natur und Staat“ im Haus der Natur zu sehen, die ebenfalls faktenreich über die Geschichte des Naturschutzes und über die NS-Zeit informierte.

Vollends erstaunt ist man aber über die Auffassung von Marlis Heyer, es gebe keine lebendige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des Naturschutzes, angesichts der monatelangen Diskussionen und Kontroversen um den Berliner Naturschutzpreis, der viele Jahre den Namen des Naturschützers Victor Wendland trug. Wendland war während der NS-Zeit als Übersetzer im Oberkommando der Wehrmacht tätig. Infolge der Auseinandersetzungen um die Biografie Wendlands wurde der seit 1988 vergebene „Victor-Wendland-Ring“ bekanntlich 2007 in „Berliner Naturschutzpreis“ umbenannt.

Auch die Teilnehmerzahl der Jubiläumsveranstaltung „Sonnentau und Götterbaum“ im Juni 2007 anlässlich des 70-jährigen Jubiläums der Gründung der Berliner Naturschutzstelle, die mit einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte der Berliner Naturschutzbeauftragten verbunden war, spricht für sich. Auf dieser Veranstaltung wurde insbesondere an das Wirken und das Schicksal des ersten Berliner Naturschutzbeauftragten Max Hilzheimer erinnert, der auf Grund der NS-Rassengesetze seine Stelle als Kustos der naturkundlichen Abteilung im Märkischen Museum verlor, als Berliner Naturschutzbeauftragter abberufen und zum Ausscheiden aus Vereinen wie dem Volksbund Naturschutz genötigt wurde. Zu dieser Veranstaltung entstand ebenfalls eine informative Ausstellung zur Entwicklung des Berliner Naturschutzes.

Die Probleme liegen woanders

Veranstaltungen wie die zum 70. Jubiläum der Berliner Naturschutzstelle oder die zum 100. Jubiläum des Brandenburger Naturschutzes im Februar 2008 stoßen inzwischen erfreulicherweise auf großes Interesse.

Anders sieht es leider bei den oben erwähnten Ausstellungen aus, in diese verirren sich meist nur wenige Interessierte, es sei denn, man trägt die Ausstellungen dem Publikum hinterher. Das heißt, man zeigt sie an Orten oder auf Veranstaltungen, zu denen ohnehin Besucher kommen. Die Inhalte der Naturschutzgeschichtsausstellungen, dass zeigen alle bisherigen Erfahrungen, erschließen sich nicht im schnellen Vorübergehen, sondern hier muss man sich schon auf die Inhalte einlassen. Was offensichtlich nicht nur Naturschützern schwer fällt.

Leider hält sich auch bei Museen und Historikern, die sich nicht speziell mit Umweltgeschichte beschäftigen, das Interesse oft in Grenzen. Es ist ein Phänomen, dass das grundlegendste Verhältnis des Menschen, nämlich das Verhältnis zur Natur, die für ihn Lebensgrundlage ist und die er durch seine Tätigkeit maßgeblich beeinflusst, bis heute in den Geschichtswissenschaften eine Außenseiterrolle spielt. Insofern ist zu konstatieren, dass nicht nur der Naturschutz unter einer gewissen gesellschaftlichen Missachtung leidet, sondern auch seine Geschichte.

Ein weiteres Defizit besteht darin, dass die in den letzten Jahren in größerer Zahl erschienene Fachliteratur zur Natur- und Umweltschutzgeschichte bisher wahrscheinlich nur einen Bruchteil der im Natur- und Umweltschutz Engagierten erreicht hat. Was darauf verweist, dass die Geschichte des Natur- und Umweltschutzes nicht unbedingt das Thema ist, mit dem sich Natur- und Umweltschützer vorrangig und intensiv beschäftigen.

Woran liegt das?

Zum einen sicherlich daran, dass die stark von Biologen geprägte Bewegung ihren Gegenstand natürlich vornehmlich in der Beschäftigung mit der Natur, weniger in der Beschäftigung mit der eigenen Geschichte sucht. Die Naturschutz- und Umweltbewegung ist bis heute eine relativ traditionslose Bewegung. Auch dies hat wiederum vielfältige Ursachen. Zum einen gab es lange Zeit keine Archive, die die Unterlagen der breit gefächerten Vereinsszene überhaupt sammelten. Allenfalls zu Vereinsjubiläen fiel gelegentlich auf, dass die alten Unterlagen doch irgendwann weggeworfen worden waren. Ohne Akten oder andere Überlieferungen aber keine Geschichte. Das Haus der Natur in Potsdam hat deshalb begonnen, ein Umweltarchiv einzurichten.

Weit schwerwiegender ist aber, um hier wieder an Marlis Heyer anzuknüpfen, dass Naturschutz in den vergangenen einhundert Jahren natürlich nicht im luftleeren Raum stattfand, sondern immer in gesellschaftliche und politische Verhältnisse eingebettet war. Die politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts haben hier tiefe Spuren hinterlassen. Bis in die jüngste Vergangenheit wurde in der Bundesrepublik, um es vereinfacht zu sagen, in geschichtlichen Betrachtungen die Verstrickungen zwischen Naturschutz und Nationalsozialismus häufig ausblendet, in der DDR hingegen wurde das ganze Thema tabuisiert, was ebenso wie in der Bundesrepublik zur Folge hatte, dass es über Jahrzehnte keine wirkliche Auseinandersetzung der Naturschutz- und Umweltbewegung mit ihrer eigenen Geschichte gab.

Hinzu kam, dass der Eindruck entstand, die in den 1970er Jahren sich stark politisierende Umweltbewegung, die sich zu dieser Zeit aus zahllosen Bürgerinitiativen und neuen Vereinen wie dem BUND und Greenpeace rekrutierte, sei ein völlig neues gesellschaftliches Phänomen. Und in ostdeutschen Verbänden ist das Kuriosum zu beobachten, dass die Landesverbände beispielsweise ihr 15. Jubiläum feiern, ihre Ortsgruppen aber mitunter ihr 50-jähriges Bestehen, was im Klartext heißt, dass insbesondere die Geschichte der ostdeutschen Vereine stark von Brüchen gekennzeichnet ist, was die Traditionsbildung und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte nicht eben erleichtern.

Weitaus schwerwiegender als das mangelnde Interesse an der Historie der eigenen Bewegung sind aber theoretische Defizite beim Verständnis einiger Denkfiguren des Natur- und Umweltschutzes, die mit der oben beschriebenen Geschichtslosigkeit der Bewegung in engem Zusammenhang stehen.

Der Kulturwissenschaftler Friedemann Schmoll hat seinem Band „Erinnerung an die Natur“ die Motive und Leitbilder des Naturschutzes, der um 1900 aus verschiedenen Strömungen entstand, umfassend beschrieben. Es waren nicht nur wissenschaftliche und naturkundliche Zielstellungen, die am Beginn des Naturschutzes standen. Vielmehr dominierten kulturelle, ästhetische, historische und zum Teil auch völkische Vorstellungen das Denken und Handeln der ersten Naturschutzgeneration.

Von Anfang an war die Natur- und Umweltschutzbewegung weltanschaulich wie politisch breit gefächert. Sie vereinte Linke und Liberale, die sich aus sozialpolitischen Motiven für den Naturschutz einsetzten ebenso wie Romantiker oder Ästheten, deren Handeln sich eher aus völkischen Motiven speiste. Wer sich mit der Geschichte der Lebensreformbewegung und der frühen Heimat- und Naturschutzbewegung um 1900 befasst, wird immer wieder erstaunt sein, inwieweit aus heutiger Sicht konträre Denkmuster sich im Handeln und Denken einzelnen Personen vereinten.

Zu konstatieren ist, dass völkisches Denken in der frühen Naturschutzbewegung durchaus verbreitet war. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich einzelne Protagonisten der Bewegung wie Walter Schoenichen oder Paul Schultze-Naumburg in den 1920er Jahren offen zu rassistisch-antisemitischen Positionen bekannten und sich zu überzeugten Anhängern des Nationalsozialismus wandelten. Es liegt andererseits auf der Hand, dass hieraus nicht geschlossen werden kann, dass alle Naturschützer 1933 zu überzeugten NS-Anhängern mutierten, wenngleich die Tatsache, dass viele Lehrer, die als Naturschutzbeauftragte tätig waren, auch NSDAP-Mitglieder waren, eine schwere Hypothek für den Naturschutz darstellt.

Dies wurde, wie oben angedeutet, weder in West noch in Ost nach Abschluss der Entnazifizierung Anfang der 1950er Jahren weiter thematisiert. Damit wird klar, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg keinen abrupten Abschied von bis dahin im Naturschutz entwickelten Denkmustern gab. Wie mit diesem Problem in Ost wie in West umgegangen wurde, damit wird sich der zweite Teil dieses Beitrages befassen, der aus Platzgründen in einer der nächsten Ausgaben des RABEN RALF erscheint.

Regine Auster
Arbeitskreis Naturschutzgeschichte Berlin-Brandenburg

Förderverein Haus der Natur
Lindenstraße 34
14467 Potsdam

Tel.: 0331/ 2015525
Fax: 0331/ 2015527
haus-der-natur@t-online.de
www.hausdernatur-potsdam.de

Anzeigen

Solidarität gegen Konzernmacht

„Gegen Multis lässt sich nix ausrichten!“ - Falsch, wir beweisen das Gegenteil. Wir wehren uns seit 1978. Zunächst als lokale Bürgerinitiative, heute als einzigartiges internationales Netzwerk. Mit Erfolg, wie wir in unseren Flugblättern, in unserem Magazin „Stichwort BAYER“ und auf unserer Internetseite berichten. Unsere Arbeit macht Mut, schafft Gegenöffentlichkeit und setzt BAYER unter Druck. In der Auseinandersetzung mit einem der mächtigsten Konzerne der Welt brauchen wir Unterstützung. Für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte.

Informationen abfordern, jetzt! CBGnetwork@aol.com

CBG

Spenden.
STICHWORT BAYER abonnieren.
Mitglied werden.

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf
Fon 0211-33 39 11 Fax 0211-33 39 40

Wegen unseres konsequenten Widerstands gegen KonzernMacht wird uns jede Förderung verweigert.
Wir setzen gegen die Macht des Konzerns die Solidarität der Menschen. GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

www.CBGnetwork.org

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30 Euro im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten). Mein Beitrag soll betragen (mind. 5 Euro monatl.) ..... Euro im Jahr
  Bitte abbuchen ❑ monatlich ❑ vierteljährlich ❑ halbjährlich ❑ jährlich
- Ja, ich spende: ..... Euro
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-Aktionärinnen übertragen.

Gesundheit ist ein Menschenrecht.
Darum hilft Ärzte ohne Grenzen in rund 70 Ländern Menschen in Not – ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion oder politischen Überzeugung.
Helfen Sie mit!
Ärzte ohne Grenzen e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Köln/Bonn • BLZ 370 205 00

Lebensmittelmotten + Kleidermotten
Pflanzenschädlinge + Milben
natürlich bekämpfen mit BIp-Produkten
Biologische Beratung bei Insektenproblemen, Hosemannstr.8, 10409 Berlin
Tel.: 030 42 800 840 Fax-841
www.biologische-beratung.de

Wir zahlen nicht für eure Krisen!

Wer die Kosten der Weltwirtschaftskrise trägt, ist heiß umkämpft

Es ist fast komisch, wie in den vergangenen Monaten die Regierungen und so genannte Experten mit hohem rhetorischen Engagement die Dimension der Weltwirtschaftskrise herunter zu spielen versuchten, während immer neue Daten unerbittlich das Gegenteilige belegten. Nicht zufällig tauchten gleichzeitig bei öffentlichen Auftritten Vokabeln wie „Vertrauen“ und „Gemeinsinn“ inflationär auf. Zudem begannen unmittelbar die Auseinandersetzungen darum, wer die Kosten der Krise zu bezahlen hat. Eine erste Zwischenbilanz zeigt, dass nicht alle die Kosten „gemeinsam“ tragen, sondern dass die Lasten höchst ungleich verteilt sind.

Von „Rettungspaketen“ und Steuersenkungen

Es begann mit 500 Milliarden Euro. Von der Bundesregierung im Eilverfahren durch das Parlament gepeitscht. 80 Milliarden für Kapitalhilfen, der große Rest für Bürgschaften. Eine unvorstellbar hohe Summe, beinahe das doppelte des Bundeshaushaltes. Nun beruhigt man uns: Es fließe ja allenfalls die Summe von 80 Milliarden Euro. Der Rest seien ja nur eventuell anfallende Bürgschaften. Jedoch: wenn diese fällig werden, haften die Steuerzahler/-innen. Die Bundesregierung versucht die Banken zu retten - denn es soll weitergehen wie bisher. Währenddessen trifft die Krise zuallererst Leiharbeiter/-innen und andere Beschäftigte in den unteren Lohngruppen. Die steigende Staatsverschuldung - verschärft durch die Steuerentlastungen für Reiche in den letzten Monaten (Reform der Erbschaftssteuer, Abgeltungssteuer) - droht später durch Kürzungen im Sozialbereich kompensiert zu werden.

Kosten für den Süden

Im Süden kommt die vom Norden ausgehende Krise in vielen Ländern mit einer Zeitverzögerung an. Trotzdem hat sich bereits jetzt die Zahl der Hungernden von etwa 960 Millionen auf etwa 1 Milliarde Menschen weltweit erhöht. Folgen der Krise sind Rückgang von Einnahmen wegen wegbrechender Rohstoff-, Waren- und Dienstleistungsexporte, Rückgang von Überweisungen von Migrant/-innen, die nun arbeitslos geworden sind. In China sind zum Beispiel bereits 50 Prozent aller Spielzeugfabriken geschlossen worden, weil die Nachfrage aus den USA einbricht.

Wirtschaftswachstum versus solidarische Gesellschaft

Es stellt sich letztlich die drängende Frage, ob Gesellschaften nicht auch anders organisiert sein können, als im Falle eines Rückgangs der Wirtschaftsleistung um 2,2 oder 3 oder 4 Prozent panische Aktionen der Regierungen auszulösen. Schließlich ist dies ein Rückgang von einem enorm hohen ökonomischen Niveau. Aus einer sozialen Perspektive ist dieser Rückgang nur dann katastrophal, wenn die gesellschaftlichen Reichtümer derart ungleich verteilt sind, wie das in der gegenwärtigen „Gesellschaftsunordnung“ der Fall ist. Außerdem haben in der Bundesrepublik Millionen Beschäftigte in den vergangenen Jahren erlebt, dass Wachstum nicht notwendigerweise mehr Wohlstand bedeutet. Trotz gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs haben sie deutliche Lohneinbußen hinnehmen müssen. Das ist unter anderem ein Vermächtnis des unter der rot-grünen Regierung geschaffenen Billiglohnsektors. Für Millionen in Nord und Süd ist gerade die vorgebliche Normalität wirtschaftlicher Boomphasen die Krise, deren Kosten sie zu tragen haben. Ein Ende des Wachstums - ein Ende des Wachstumswahns - kann daher auch eine Chance dafür sein, eine sozialere Weise des Wirtschaften durchzusetzen. Zumal, wenn noch andere als lediglich monetäre Kriterien bei der Definition von Wohlstand hinzu gezogen werden.

Aktion zum Konjunkturpaket im Januar in Berlin

Foto: Attac

Nicht zuletzt angesichts der galoppierenden Erschöpfung der natürlichen Umwelt (Klimakatastrophe, Absinken der förderbaren Ölmenge, Verlust von Biodiversität, Bodenerosion und vieles mehr) ist eine Abkehr vom bisherigen Wirtschaftsmodell notwendig. Am 28. März werden deshalb in Berlin und Frankfurt am Main, aber auch in London und vielen anderen europäischen Städten Zehntausende auf die Straße gehen, um nicht immer wieder für die Krisen der Reichen zahlen zu müssen.

Alexis J. Passadakis
Mitglied im Koordinierungskreis von Attac

Besetzung goes Selbstverwaltung

Die Besetzer im Bethanien werden Mieter – mit allen Vor- und Nachteilen

Mitten im Grünen in Berlin-Kreuzberg und nur wenige Minuten vom turbulenten Kottbusser Tor entfernt steht das Bethanien. Das ehemalige Armenkrankenhaus sorgt mit seinen streitbaren NutzerInnen immer wieder für Schlagzeilen. Früher war es das „Georg-von-Rauch-Haus“ - heute sind das vor allem die HausbesetzerInnen im Südflügel, die mit einem BürgerInnenbegehren die Privatisierung des Gebäudes verhinderten und in den Räumen des ehemaligen Sozialamtes einen lebendigen und widerständigen Raum schufen. Knapp 30 politische, soziale und kulturelle Gruppen nutzen seit dreieinhalb Jahren den neu geschaffenen Freiraum im „New Yorck im Bethanien“. Der Name geht auf das 2005 geräumte Haus in der Yorckstraße 59 zurück, aus dem viele der BesetzerInnen kamen.

Das New Yorck im Bethanien

Foto: www.yorck59.net

Seit Januar gibt es nun einen befristeten Mietvertrag, der den Weg zu einem selbstverwalteten Südflügel ebnen soll - mit der alten Kita „Kindergruppe Kreuzberg Nord“ im Erdgeschoss und neuen Projekten, die in den restlichen, noch leeren Bereich einziehen wollen. Damit kann es allen zusammen gelingen, einen nicht-kommerziellen und selbstbestimmten Ort mitten in Kreuzberg zu erhalten und zu erweitern.

Die zwei Etagen des New Yorck im Bethanien sind heute schon ein Treffpunkt für Flüchtlings-, Antimilitarismus- und Stadtteilgruppen. Im letzten Jahr traf sich hier die Berliner Vorbereitungsgruppe für das Klimacamp in Hamburg und gegenwärtig wird zum Widerstand gegen die internationale Klimaschutzkonferenz im Dezember in Kopenhagen mobilisiert.

Daneben gibt es im New Yorck Lese- und Filmabende, Konzerte, Cafés, Info- und Diskussionsveranstaltungen und immer wieder auch Voküs (Essen für alle) und ein gut gefülltes Kleiderregal. Alles bisher auf Spendenbasis, denn besetzte Räume kosten keine Miete und die Erlöse von Veranstaltungen konnten den Gruppen zugute kommen.

Mit der Legalisierung und der Perspektive Selbstverwaltung ist leider zunächst ein erheblicher finanzieller Druck verbunden, der gerade auch den solidarischen und nicht-kommerziellen Charakter des New Yorck bedroht. Damit Erlöse jetzt nicht in die neue Miete gehen müssen, hat das New Yorck eine Spendenkampagne gestartet, in der Hoffnung, dass Unterstützung von außen dafür sorgt, dass das Bethanien weiterhin für alle (!) da ist. Darüber hinaus wird auch nach Menschen gesucht, die Interesse haben, einen solch besonderen Ort mit zu entwickeln und zu gestalten. *Michaela Ramsauer*

www.newyorck.net

Ökofilmtour 2009 - Filmfest für alle

Das vierte Festival des Umwelt- und Naturfilms vom 7. Januar - 22. April in mehr als 50 Brandenburger Orten

Der Schirmherr des Festivals, Brandenburgs Agrar- und Umweltminister Dietmar Woidke, hat das „längste Filmfestival Deutschlands“. am 7. Januar im Potsdamer Filmmuseum eröffnet. In mehr als 50 Festivalorten werden die Zuschauer Gelegenheit haben, die 40 für den Wettbewerb nominierten Filme zu sehen, mit Experten zu diskutieren sowie einem der Filme ihre Stimme für den Publikumspreis zu geben.

Dank eines erprobten Netzwerkes ehrenamtlicher Helfer rund um den Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz FÖN e.V. konnte nach der Insolvenz des Internationalen ÖKOMEDIA-Festivals in Freiburg 2005, das 21 Jahre lang Umwelt- und Naturfilme aus allen Teilen der Welt zeigte, in kurzer Zeit die Tour mit wenig Geld, unter anderem mit Lottomitteln aus dem Agrar- und Umweltministerium, auf die Beine gestellt werden. „Es gibt in Deutschland kein anderes Filmfestival, das so gezielt investigative Umweltfilme, soziale Kernfragen unserer Zeit und Zukunftsthemen wie Klimawandel, Mobilität, Risiken der Genforschung, Atomausstieg, Gesundheit, Konsum, Frieden und Globalisierung miteinander verbindet“, sagte Woidke. Dafür wurden diesmal 96 Filme aus ganz Deutschland, Frankreich und Österreich eingereicht.

Film- Was tanken in Zukunft?

Foto: www.oekofilmtour.de

Film- Alles Müll oder was?

Foto:www.oekofilmtour.de

Wenn ein Wort wie Nachhaltigkeit derzeit so inflationär benutzt wird, verliert es wohl an Wirkung. Bestehen bleibt jedoch der Bildungsbedarf, beginnend bei den Jüngsten. Denn das Festival wurde immer erfolgreicher durch die Filmgespräche mit Wissenschaftlern, Pädagogen, Politikern oder Filmemachern. 2008 erreichte die ökofilmtour über 7.500 Zuschauer. Filme, die gründlich recherchiert sind, die Probleme aufdecken, eine originelle, mutige Sicht auf unsere (Über-)Lebensfragen haben, wurden auch in diesem Jahr für das Filmfestival ausgewählt, denn sie zwingen zum Diskurs. Bildung für nachhaltige Entwicklung verlangt neben dem Engagement für den Umwelt- und Naturschutz auch soziales und ökonomisches Nach-Denken. Filme ermöglichen eine neue, viel weiter reichende Umweltbildung durch emotionale Sensibilisierung.

Zweimal schon wurde die ökofilmtour mit dem Zertifikat der Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet, auch in Anerkennung ihrer Förderung von Kinder- und Jugendfilmen. Eine Auswahl der zwanzig nominierten Filme für alle Altersstufen wird in fast allen Festivalorten gezeigt, wo sich Schulen anmelden können.

Eine DVD-Videothek erwartet in der Umweltbibliothek im Potsdamer Haus der Natur (Lindenstr. 34) Interessenten, die sich diesen oder jenen Film individuell anschauen möchten (bitte vorher unter Tel. 0331/ 2015511 anmelden). Aus Lizenzgründen können die Filme leider nicht ausgeliehen werden. Das gilt ebenso für die Bibliothek der Fachhochschule in Eberswalde, wo sie ebenfalls zur Verfügung stehen.

In der Reihe „Kino unterm Sonnendach“ im Potsdamer Haus der Natur laufen jeweils am 11. Februar und am 11. März 2009 um 19 Uhr weitere Festivalfilme.

Über das gesamte Programm informiert die Internetseite www.oekofilmtour.de, auch darüber, was in den anderen mehr als 50 Brandenburger Festivalorten wann und wo stattfindet. Schließlich kommt das ungewöhnliche Filmfestival mit mobiler Technik zu seinem Publikum, auch in viele kleine Festspielgemeinden, die kein Kino haben. Bürgerbüros, Schulen, Infozentren der Großschutzgebiete und sogar Kirchen bieten ein unterhaltsames Filmfest, meist ohne Eintritt, wohl aber mit Bereitschaft zu anregenden Gesprächen. Und jeder, der kommt, ist herzlich eingeladen.

Jutta Schölzel

Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz e.V. (FÖN)

Tel.: 0331/ 2015535
foerderverein-foen@t-online.de
www.oekofilmtour.de

Ueber Macht

Kontrolle, Regeln, Selbstbestimmung - bundesweites Filmfestival gastierte in Berlin

Im Jahr 2009 veranstaltet die Gesellschafter-Initiative nun schon zum drittel Mal ihr bundesweites Festival, das vom 9. - 21. Januar auch in Berlin stattfand und im Laufe des Jahres weitere 119 Städte besuchen wird. Nachdem das Filmfestival in den vergangenen Jahren unter den Titeln „ueber arbeiten“ (2006) und „ueber morgen“ (2007) stattfand, dreht sich in diesem Jahr alles um Machtverhältnisse, Macht in der Politik, über sich selbst, in einer Beziehung oder in demokratisch legitimierten und ritualisierten Strukturen.

Zwar sind die verschiedenen Machtstrukturen in den Filmen oft nicht vordergründiges Thema, sie können jedoch durch den Anreiz des Festivaltitels unter diesem Aspekt betrachtet werden. Die Veranstalter des „ueber Macht“-Festivals wollen mit der diesjährigen Thematik ihr Publikum sensibilisieren für explizite und implizierte Machtverhältnisse und dazu ermutigen, im Alltag, in der Öffentlichkeit oder in der Politik Strukturen öfter kritisch zu hinterfragen. Hierzu wurden 13 Dokumentarfilme aus einem breiten Themengebiet gezeigt, die auch in Berlin im Zeughauskino zu bewundern waren. Nach allen Vorführungen luden Filmpartner wie Amnesty International, GRÜNE LIGA oder Inkota zu Podiums- und Publikumsdiskussionen ein. Und Diskussionsstoff gibt es allemal.

Der deutsche Film **„Die Dünnen Mädchen“** begleitet acht junge Mädchen zwischen 18 und 29 Jahren in ihrem Kampf gegen die Magersucht und um die Kontrolle ihres eigenen Selbst.

Der französische Film **„Streik(t)raum“** hingegen schaut den Studentenaufständen Anfang 2006 in Frankreich über die Schulter und lässt das Publikum so hautnah an Streikvorbereitungen und Entscheidungsdiskussionen teilnehmen.

Kritisch, jedoch nicht wertend, geht der österreichische Film **„Zouz-Schule der Elite“** von Daniella Marxer vor. Er berichtet über ein Internat in der Schweiz, wohin die Führungselite Europas ihre Kinder schickt. Reibungsloses Funktionieren, unablässige Leistungsbereitschaft und widerspruchslose Unterwerfung stehen hier auf dem Lehrplan und werden als Ideale der Zukunft vermittelt.

Im Gegensatz dazu steht der schweizerdeutsche Film **„Faustrecht“**, der zwei jugendliche Gewalttäter begleitet und versucht, hinter die Fassade des Medienstigmas „Monster“ zu schauen. Auf ganz verschiedene Weise versuchen engagierte Helfer, überforderte Therapeuten und Eltern, die Kinder zurück auf den „richtigen“ Weg zu bringen und schwanken oft zwischen Ratlosigkeit und Desinteresse.

Ganz anders nähert sich die Dokumentation **„Ruhnama- im Schatten des heiligen Buches“** dem Thema „Macht“. Der finnische Film berichtet im Stile Michael Moores über das repressive, in Europa fast völlig unbekannte System in Turkmenistan, welches größtenteils durch das „heilige Buch“ Ruhnama des kürzlich verstorbene Diktators bestimmt wird. Inszeniert wie ein Theaterstück bestimmt es das alltägliche Leben aller Turkmenen, welche unter anderem schwören zu Staub zu zerfallen, sollten sie sich den Bestimmungen Ruhnamas widersetzen.

Auch der schon im Vorfeld hochgelobte Film **„Monsanto, mit Gift und Genen“** (siehe RABE RALF 08/09 2008) wird auf dem bundesweiten Festival gezeigt. Die französische Produktion brilliert mit brisanten Recherchen über die Lügen des Biotechnologie-Konzerns Monsanto, welcher durch Einflussnahme auf Politik und Kontrollbehörden Gegenstimmen systematisch zum Verstummen bringt.

Diese und weitere sieben Filme werden noch das ganze Jahr über auf den Festivalstationen in verschiedenen deutschen Städten gezeigt. **Unter anderem vom 13. März bis 4. April im Kulturbahnhof Biesenthal, vom 23. bis 29. April in Cottbus im Obenkino und vom 14. bis 21. Juni in Frankfurt/Oder.**

Prädikat: besonders empfehlenswert! *Laura Sophie Glienke*

diegesellschafter.de/uebermacht

Wildpflanzen

Gesundheit kostenlos

Heute geht es mir um ein Unkraut. Der konventionelle Bauer versucht es auf den Feldern mit seiner Chemie radikal zu vernichten, während es dem Biobauern sehr viel Arbeit beschert. Das ist wirklich schwierig: mit Stumpf und Stiel lässt sich dieses vitale Pflanzengebilde nicht einfach ausrotten, denn seine Samen, die an kleine Geldstücke erinnern, sind zahlreich, etwa 70.000 Stück pro Pflanze, die sich rasch verbreiten. Und außerdem hat sie ihren Lebenszyklus sehr schlau den Fruchtfolgen der Ackerpflanzen angepasst. Es ist das

Ackerhellerkraut
(Thlaspi arvense)

ein Kreuzblütengewächs, auch Pfennigkraut, Acker-Täschelkraut oder Ackertäschel genannt.

Botanische Merkmale: Die ein- bis mehrjährige, aus einer schmalen Pfahlwurzel ca. 10 bis 40 cm hoch wachsende, krautige Pflanze ist unbehaart mit aufrechten, im oberen Teil verzweigten, kantigen Stängeln. Alle Blätter sind hellgrün, länglich bis schmal verkehrt- eiförmig, meist gezähnt. Bis auf die unteren Blätter sind alle stängelumfassend. Zwischen April und September erscheinen in Trauben stehende kleine weiße Blüten mit jeweils 4 Kronblättern. Kleine, kreisrunde, plattgedrückte Schötchen, die die Samen beherbergen, sind an der Spitze mit einem tiefen schmalen Einschnitt versehen. Sie sitzen auf fast waagerecht abstehenden Stielen. Die Pflanze sieht dem Hirtentäschel ähnlich, dessen Samenkapseln allerdings kleiner und etwas anders geformt sind.

Vorkommen: auf nährstoffreichen, lockeren Lehmböden, auf Hackfrucht- und Getreideäckern, Schutthalden, an Straßenrändern, Böschungen und Feldrainen .

Ernte und Erntezeit: das ganze Kraut, auch die Samen vom Frühjahr an bis zum Herbst, die Wurzeln aber nur vor der Blütezeit

Hauptinhaltsstoffe: Vitamin C und B1, ätherische Öle, Senföle, Magnesium und Bitterstoffe

Geschmack: scharf-würzig, leicht bitter, erinnert an Kresse oder auch an Senf

Verwendung in der Küche: Die frischen Blätter, das ganze Kraut und die Blüten, sowie die Wurzeln dienen roh oder gekocht als würzende Zutat an frische Salate, Gemüsegerichte, Suppen, Aufläufe, Quiches. Sie können wie Kresse und Senf verwendet werden, passen aber auch sehr gut zu milden Gemüsen, zu Brotaufstrichen mit Butter oder Quark oder auch zur Artischocke. Im Frühjahr kann die noch junge Pflanze gedämpft oder in Butter geschwenkt auch als zartes Gemüse zubereitet werden. Die Samen sind sehr ölhaltig, als Gewürz oder zur Ölgewinnung geeignet. Dazu müssen sie geschrotet und in der Ölmühle gepresst werden. Man kann das Schrot auch in heißes Wasser legen, von dessen Oberfläche das sich absetzende Öl abgeschöpft wird.

Gesundheitlicher Wert: In den meisten Heilkräuterbüchern wird Ackerhellerkraut nicht genannt, obwohl es in der Volksmedizin äußerlich und innerlich verwendet wird. Es wirkt antibakteriell, entzündungshemmend, schleimlösend, harntreibend, tonisierend. Die Pflanze hilft bei Rheuma, Leberschwäche, Fieber, Hautunreinheiten, Bronchitis, Nierenentzündungen, Menstruationsbeschwerden, bei Entzündungen der Gebärmutterschleimhaut, bei Scheidenentzündungen, Furunkeln und Hautentzündungen. Aus dem Kraut lässt sich für äußere Anwendungen eine Tinktur herstellen: für Sitzbäder, Umschläge, Waschungen etc. oder auch als Tee, der aber nur kurwei- se getrunken werden sollte, also nicht in Unmengen, weil sich infolge seiner entzündungshemmenden Wirkung die Zahl der weißen Blutkörperchen möglicherweise verringert.

Leider finden sich in der Volksheilkunde nur recht allgemeine Empfehlungen. Dennoch, das zu Unrecht nicht beachtete Ackerhellerkraut ist mit seinem gesundheitlichen Wert und interessanten Geschmack für viele Speisen gut zu gebrauchen. Probieren Sie es selber aus!

Elisabeth Westphal

Die Autorin ist Ernährungsberaterin der GRÜNEN LIGA und Marktleiterin auf dem Ökomarkt der GRÜNEN LIGA (Do. 12– 19 Uhr Januar bis März 12 -18 Uhr), Kollwitzplatz, Prenzlauer Berg), Tel. 44 33 91 48

Karibisches Rezept

Kokosbananen mit Sesam-Honig-Joghurt

Zutaten für 4 Portionen

4 Bananen
3 EL Kokosraspeln
2 Eigelb
200 ml Bio-Sekt
5 EL Milch
2 Eiweiß
3 EL Zucker
400g Biojoghurt
3 EL Biosesam
3 EL Honig (VORSICHT: vor allem Ware aus Südamerika enthält laut einem Test der Zeitschrift «Öko-Test» oft Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen)
Öl (Sonnenblumenöl) zum Frittieren

Zubereitungszeit: ca. 30 Minuten

1. Eigelb und Sekt verrühren, das Mehl untermischen bis ein glatter und dünnflüssiger Teig entsteht.
2. Das Eiweiß mit Zucker zu Schnee schlagen und unterheben. Anschließend den Joghurt mit Honig und Sesam verrühren und auf Tellern verteilen.
3. Bananen schälen, in Stücke schneiden und in den Teig tauchen.
4. Die Bananen in heißem Öl schwimmend backen bis sie leicht goldgelb sind. Abtropfen lassen und mit den Kokosflocken bestreuen. Auf dem Honig-Joghurt anrichten und servieren.

Winterlicher Schichtkohl

Auflauf mit Chinakohl und Hackfleisch

Zutaten für 4 Personen

1 Chinakohl
800g Bio-Hackfleisch, z.B. von Neuland
3 frische Tomaten
7 Scheiben Käse
7 Scheiben Schinken, dünn geschnitten
½ TL frischer Thymian
1 Messerspitze gemahlener Kümmel
Salz
schwarzer und weißer Pfeffer

1. Den Backofen auf 200° C vorheizen und die Tomaten waschen
2. Das Hackfleisch mit Thymian, schwarzem Pfeffer und Salz vermengen und in einer Pfanne scharf anbraten. Anschließend in einer Schüssel beiseite stellen und das entstandene Fett in der Pfanne belassen.
3. Den Kohl längs vierteln und den Strunk entfernen. Anschließend die zart hellgrünen Blätter in Streifen schneiden.
4. Die weißen Stiele ebenfalls in Streifen schneiden, mit Salz, weißem Pfeffer und Kümmel würzen und in der Pfanne mit dem Bratenfett vom Hackfleisch anbraten. Kurz schmoren lassen.
5. Die Streifen der hellgrünen Blätter hinzugeben und ca. 1 Minute mit schmoren lassen.
6. Nun in eine Auflaufform wie folgt schichten: Eine dünne Schicht Kohl, Tomatenwürfel, eine dünne Schicht Hackfleisch, Schinkenscheiben und Käse. Das Ganze zwei mal wiederholen.
7. Im heißen Backofen 15 bis 20 Minuten backen, bis der Käse eine goldbraune Farbe angenommen hat und sofort servieren.

Guten Appetit!

Laura Sophie Glienke

ALARMSTUFE GRÜN!

HELD ERSCHAFFEN - WELT RETTEN!

...UND AUF DEM UMWELTFESTIVAL TOLLE PREISE GEWINNEN

Stark wie Pippi Langstrumpf, flink wie Spiderman, schlau wie Harry Potter.

Fast jeder von uns hat schon einmal davon geträumt ein richtiger Superheld zu sein. Man kann schnell laufen und fliegen, zaubern und anderen Leuten helfen. Ach, ist das schön, sich das vorzustellen...

Doch stellt euch einmal vor ihr könntet euch einen Superheld erträumen. Einen, der die Welt retten kann und alles, was ihr doof findet, wieder „gerade biegt". Und wie würde euer Held das tun?
Würde er mit einem Fingerschnippen alle Delphine retten? Oder mit einem Zauberspruch die Autoabgase wegzaubern? Oder wäre er vielleicht soooo stark, dass er den ganzen Abfall auf der Welt einfach wegtragen könnte? Und wenn ja, wohin?
Schließt die Augen und stellt euch euren Helden vor, sprecht mit euren Freunden. Was sollte euer Superheld können, wie müsste er dazu aussehen und wie wäre sein Name?

Und dann: an die Scheren, fertig, los!

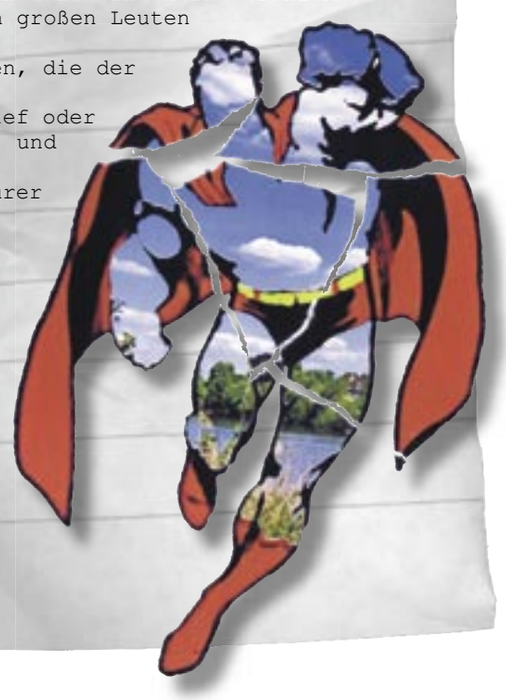
Wir wollen eure Umwelthelden!

Ihr könnt kleben, töpfern, sägen, hämmern und stricken, der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Natürlich könnt ihr euch bei den schweren Sachen von großen Leuten helfen lassen.
Herauskommen sollen dabei große und kleine quietschfidele Helden, die der Umwelt mit ihren Kräften zu Seite stehen.
Wenn ihr fertig gebastelt habt, schreibt einen kurzen Steckbrief oder malt, was euer Superheld kann, wie er heißt und was er macht, und was er überhaupt so für ein Geselle ist.
Ihr könnt euch aussuchen, ob ihr alleine teilnehmt oder mit eurer Kindergartengruppe, der Schulklasse oder den besten Freunden.
Es gibt tolle Preise zu gewinnen und

alle Einsendungen werden in einer Ausstellung gezeigt.
Außerdem wird der „Gewinner-Held" das neue Maskottchen der RABE RALF-Kinderseite.
Na, wenn das nichts ist?!

Einsendeschluss ist der 15. Mai 2009, die Preisverleihung findet am 7. Juni auf der großen Bühne am Brandenburger Tor statt.

Wir freuen uns auf eure Basteleien!



Schickt eure Ideen an

GRÜNE LIGA Berlin
Redaktion DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin

Wirtschaften mit 10 Prozent der Rohstoffe

Wenn wir Ressourcen zukunftsfähig nutzen wollen, sollten sie besteuert werden

Als wichtigster Indikator für eine ökologische Perspektive gilt heute die Einsparung beim Ausstoß von Treibhausgasen. Friedrich Schmidt-Bleek richtet in seinem aktuellen Buch den Fokus dagegen mehr auf die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft leiten und vernutzen. Jedes Kilogramm Industrieprodukt schleppt so gesehen im Schnitt 30 Kilogramm Natur mit sich. Jede/-r Deutsche verbraucht rund 70 Tonnen Natur im Jahr, dabei sind Wasser und Luft noch nicht einmal berücksichtigt. Und es lässt sich nicht mit geringerem Wohlstandsniveau begründen, dass in Japan dagegen der Einzelne mit nur 40 Tonnen auskommt – obwohl auch dies weit von ökologischen Erfordernissen entfernt liegt. Die Differenz verdeutlicht: Der „ökologische Rucksack“ fällt auch in den heutigen Industriegesellschaften bereits extrem unterschiedlich aus.

Will man den Ressourcenverbrauch global nur halbieren und dabei allen Erdenbürgern den gleichen Verbrauch zubilligen, müssen die heutigen Industrieländer 90 Prozent ihrer Rohstoffe

einsparen Das bringe zugleich eine Einsparung an Energie von ungefähr 80 Prozent, so Schmidt-Bleek. Andere Länder dagegen, wie China und Indien, hätten noch Spielraum bei ihrem Verbrauch.

In vielen Fällen ist verändertes Konsumverhalten der schnellste Weg, um die Stoffströme zu reduzieren. Schmidt-Bleek sieht die größten Chancen hier aber nicht bei der Veränderung von vorhandenen Produkten, sondern bei der Suche danach, wie ein bestimmter Service auf ökologischere Weise in Anspruch genommen werden kann.

Man muss nicht jedes Produkt besitzen, sondern kann es sich auch leihen und dadurch effizienter verwerten. Skeptisch beurteilt der Autor die Begeisterung für Kreislaufwirtschaften. Wenn man ganze Sturzbäche von Materialströmen recyceln wolle, erfordere dies zusätzliche Transporte und Ressourcen für die Aufbereitung selbst. Zudem blieben z.B. von Aluminium nach 15 Umläufen nur noch 3 Prozent des Metalls übrig.

Auch bei der Nutzung verschiedener Ressourcen ergeben sich erhebliche Unterschiede beim „ökologischen Rucksack“. Für ein Gramm Gold müssen dem Autor zufolge 540 Kilogramm Erde bewegt werden (ohne Wasser), während es für ein Kilogramm Glas nur zwei Kilogramm sind. Für einen Computer sind rund 14 Tonnen an Stoffen umgeschaufelt und verändert worden. Ein Kilogramm Raps führt heute zum Verlust von vier Kilogramm Erde durch Erosion.

Schmidt-Bleek plädiert dafür, die Ressourcen zu besteuern. Damit bestraft sich jede Verschwendung von selbst auf allen Stufen der Herstellung, im Handel, dem Transport, bei der Lagerung und dem Konsum. Zudem werden dadurch immer mehr Abfälle zu echten Wertstoffen. Wir müssten unser Steuer- und Abgabensystem grundlegend umgestalten. Solange wir mit 70 Prozent den Faktor Arbeit belasten und nur mit 5 Prozent den Faktor Energie, entlässt man eher Personal, als Kilowattstunden und Rohstoffe einzusparen.

Auch wenn die Rohstoffpreise in fast allen Bereichen in den letzten Jahren deutlich angestiegen sind, wäre eine Ressourcensteuer am Anfang des Produktionsprozesses ein entscheidendes umweltpolitisches Instrument, um eine ökologische Effizienzrevolution in Gang zu setzen. Wichtig ist, dass das Geld an anderer Stelle den Bürgern zurückgegeben wird, und zwar sozial gerecht, damit nicht die geringverdienenden Haushalte das Nachsehen haben. Denkbar sind die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und eine Reduzierung der Lohnsteuer im unteren Bereich. So konkret wird Schmidt-Bleek nicht, aber das sind die Konsequenzen. In jedem Fall ist ihm klar: Auch Förderungen wie die Pendlerpauschale sind ökologisch kontraproduktiv. Er schlägt vor, Anreize zu schaffen für sehr lange Garantiezeiten. Auch eine deutlich verlängerte Haltbarkeit von Produkten und ihre Reparaturfreundlichkeit erhöhen die Ressourcenproduktivität gravierend. Diese überall am Endprodukt auszuweisen, wie Schmidt-Bleek meint, wäre sicher wünschenswert, bietet allerdings viel Spielraum für falsche Angaben.

Als nationale Wirtschaftsstrategie ist die Erhöhung der Ressourcenproduktivität um den Faktor 10 in Japan 2001 beschlossen worden. Mitunter sind manche Umweltinstrumente dort sehr innovativ. Wenn jeweils das energieeffizienteste Gerät, der sogenannte Top-Runner, innerhalb von drei Jahren den vorgeschriebenen Standard auch in Deutschland darstellen würde, ließen sich schnell Erfolge erzielen. Wir produzieren zwar bereits mehr als 14 Prozent des Stroms erneuerbar, aber bei Energiesparen und effizienter Nutzung sind bisher nur geringe Fortschritte zu verbuchen. Würden wir in ein bis zwei Jahrzehnten den Strombedarf mehr als halbieren, könnten wir auf den Neubau von Kohlekraftwerken gänzlich verzichten, die bestehenden schneller schließen und so dazu beitragen, dass das Klima nicht gänzlich aus den Fugen gerät.

Marko Ferst

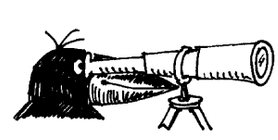
Friedrich Schmidt-Bleek:
Nutzen wir die Erde richtig?
Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen
Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 2007,
256 Seiten, 9,95 Euro
ISBN 978-3-596-17275-7

Umweltbibliothek

Die Umweltbibliothek der GRÜNEN LIGA Berlin verfügt über mehr als 2000 Bücher, darunter Öko-Literatur aus der 1998 aufgelösten oppositionellen Ost-Berliner Umweltbibliothek. Auch die meisten der im RABEN RALF vorgestellten Bücher sind dort kostenlos ausleihbar. Dazu kommen rund 70 Zeitschriftentitel, eine Videothek und weitere Informationen zu allen Öko-Themen - von Naturschutz über “Anders Leben” bis Widerstand.

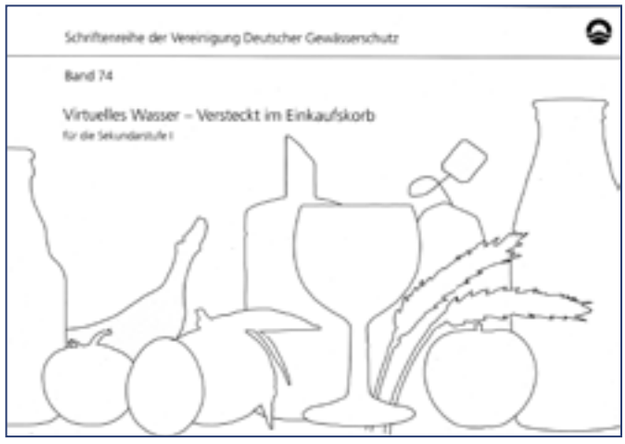
Umweltbibliothek
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. (030) 443391-0, Fax -33

Anzeigen



Virtuelles Wasser - Versteckt im Einkaufskorb

Ein Arbeitsheft für die Sekundarstufe 1



Was ist virtuelles Wasser? Als virtuelles Wasser wird jenes Wasser bezeichnet, das zur Erzeugung eines Produkts aufgewendet wird. Zieht man die Bilanz des virtuellen Wassers, so verbraucht jeder Deutsche pro Tag rund 4000 Liter Wasser. Sauberes Wasser ist ein knappes Gut, das zur Überlebensfrage vieler Menschen wird. Zugang zu sauberem Trinkwasser, ausreichend Trinkwasser zur Nahrungsmittelproduktion und Hygiene sind Vorraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein. Konflikte um das Wasser sind schon jetzt vielfach erkennbar. Das Arbeitsheft soll durch einen fächerübergreifenden Unterricht Schülern eine neue Sichtweise auf den eigenen Umgang mit Wasser im Alltag aufzeigen. Die drei zentralen Säulen, auf die sich eine nachhaltige Entwicklung stützt, Ökologie, Ökonomie und Soziales werden im virtuellen Wasser verdeutlicht. Gleichzeitig soll bei den Schülern auch die Freude am Engagement für eine lebenswerte Zukunft entwickelt werden.

Der Einführungsteil des Heftes beinhaltet Hintergrundinformationen für Lehrer/-innen. Darauf folgen 18 Arbeitsblätter als Kopiervorlage, die in drei Schwierigkeitsgrade (niedrig, mittel, hoch) eingeteilt sind. Zu den einzelnen Arbeitsblättern werden Fachbezüge (Mathematik, Biologie, Physik, Geographie, Politikwissenschaften, Ethik/Religion …) vorgeschlagen, in denen der Inhalt erarbeitet werden kann. Ein Beispiel für niedrigen Schwierigkeitsgrad ist auf dem Arbeitsblatt 9 zu finden, wo sich auf die Spurensuche in den Super- und Wochenmarkt begeben wird. Die Fragen dazu lauten: Welche der angebotenen Obst- und Gemüsesorten werden in dieser Jahreszeit auch in Deutschland reif? Welche der Obst- und Gemüsesorten, die auch hier reif werden, sind auch aus Deutschland? Untersucht die Herkunftsländer der eingeführten Obst- und Gemüsesorten, und wie sind die Wasserverhältnisse in den Ländern? Was kann man als Verbraucher tun, damit nicht soviel Wasser in Spanien und anderen Ländern (zum Beispiel Ägypten, Israel, Türkei) verbraucht wird?

Die Lösungen zu den Arbeitsblättern befinden sich am Ende des Heftes. Dort sind auch zahlreiche Hinweise (Literatur, Links) und Aktionstipps zur Erarbeitung der Aufgaben zu finden.

Ich denke, das Arbeitsheft zum Thema virtuelles Wasser ist ein gutes Mittel, um auf die Problematik des immer knapper werdenden Gutes Wasser aufmerksam zu machen. Das schonende Wassernutzung nicht nur ein sparsamer Umgang mit Trinkwasser bedeutet, sondern dass die Ernährungsweise und die Nutzung von Konsumgütern wesentlich mehr Auswirkung auf die Nutzung der Wasserressourcen auch in anderen Regionen hat, wird hier gut veranschaulicht. Der Einfluss des eigenen Lebensstils wird deutlich.

Anja Lägel

Dr. Henning Smolka (Konzeption und Text)
Virtuelles Wasser – Versteckt im Einkaufskorb
Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e.V. (VDG)
Bonn 2008
32 Seiten, 3,50 Euro
ISBN 978-3-937579-32-0

Gemacht für die Zukunft

Vom Prinzip des ewigen Materialkreislaufs

Neun Stipendiaten, gefördert von der Stiftung der Deutschen Wirtschaft, haben die praktische Umsetzung des „cradle to cradle-Prinzips“ in verschiedenen Unternehmen untersucht. Dabei wird ein sogenanntes „Prinzip des ewigen Materialkreislaufs“ dem staunenden Leser vorgestellt. So wird eingangs behauptet, dass abfallfreies, intelligentes Produktdesign Recycling in reiner Form zur Wiederverwendung innerhalb eines gleichfalls intelligenten Produktionsprozesses in gleicher Qualität ermögliche. Und das quasi in einer Art „ökologischer Endlosschleife“.

Bereits 2006 haben die Autoren das erwähnte Prinzip in verschiedenen Wirtschaftsbereichen untersucht. Sie haben Produkte unter anderem aus den Bereichen Textil, Architektur, Dienstleistung, Biowertstoff oder Kraftstoff ausführlich behandelt. In neun Berichten wird über unternehmerischen Mut zum Risiko und ökologische Pionierarbeit berichtet.

Sicher sind die einzelnen Ergebnisse durchaus beeindruckend, sie können aber auch bei freundlichster Betrachtung das theoretische Prinzip in der Praxis nicht bestätigen. Diese ersten Ergebnisse des „Kreislaufgedankens in intelligenten Produktionssystemen“ konnten mich nicht überzeugen. Wenn es auch kaum mehr strittig ist, dass Umweltschutz, Ressourcenschonung und Abfallvermeidung gepaart mit möglichst humanen Methoden und Bedingungen Zielstellungen eines neuen unternehmerischen Denkens sein sollten, so ist der hier propagierte „ewige Kreislauf“ ganz ohne Verluste und Nebenwirkungen für mich die Neuauflage des alten „Perpetuum Mobile-Gedankens“ im grünen Mäntelchen.

In der Einleitung des Buches wird bereits die nächste industrielle Revolution ausgerufen. Der Autor charakterisiert dabei etwas leichtsinnig die erste industrielle Revolution als überwiegend destruktiv. Auch offenbart er Unkenntnis des realen Braunkohle-Sozialismus in der DDR bis 1989, dem er eine höhere Artenvielfalt und wertvolle unzerstörte Feuchtgebiete attestiert. Für die nächste industrielle Revolution, selbstredend nach dem „cradle to cradle-Prinzip“, werden einige tiefschürfende Gedanken geäußert: Je mehr Gebäude ohne schädliche Schornsteinemissionen, desto höher sei der Fortschritt. Oder auch: Nichts solle produziert werden, was die nachfolgenden Generationen „in ungerechtem Maße“ belasten könne. Und wer definiert das „ungerechte Maß“? Für mich erfüllen sich alle Kriterien für Gedöhns mit fortschrittlicher Attitüde, wenn ich lese, dass man „sich die Fülle der biologischen und kulturellen Vielfalt zum Vorbild machen und das Potenzial, das Sonnenenergie bietet, zeitnah nutzen“ solle.

Zu den einzelnen Beiträgen ist nur soviel zu sagen, dass gute und ernstzunehmende Ansätze grundsätzlich überbewertet werden. Es regiert bei den meisten Autoren eine Art „grünes Prinzip Hoffnung“. Auffällig ist bei einzelnen Beiträgen die große Nähe zum untersuchten Unternehmen. Da schimmert häufig die geschulte Rhetorik der PR-Verantwortlichen hindurch.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die untersuchten Produkte und Dienstleistungen bisher nur mit Einschränkungen und viel Optimismus im Sinne des „cradle to cradle-Prinzips“ darstellbar sind. Im letzten Beitrag des Buches wird noch einmal „cradle to cradle“ richtigerweise als „in Ansätzen verwirklicht“ beschrieben. Fast komisch wirkt dann aber eine solche Aussage: „Das Fernsehgerät steht bei mir, bis ich es zurückgeben werde. Der Produzent zerlegt das alte Gerät sortenrein und produziert damit das neue Modell.“ Märchenhaft! Und das alles ganz ohne Verschleiß.

Welchen Platz nimmt eigentlich die Produktinnovation in diesem idealen Kreislauf ein? Trotz allem ist „Gemacht für die Zukunft“, ein nicht uninteressantes Buch - leider auf „unkaputtbarem“ Material in HongKong hergestellt.

Christoph Vinz

(Hrsg.) Gregory von Abendroth, Martin Dombrowsky, Dana Hennings, Sonja Jähnig, Elisa Maria Lotz, Michal Sobótka, Jonathan Stock, Andreas Ulbig, Peter Wesner , Tobias Wittmann
Gemacht für die Zukunft
Kreislaufwirtschaft in der Unternehmenspraxis
Murmann Verlag, Hamburg 2008,
160 Seiten, 15 Euro
ISBN 978-3-86774-036-4

Do 12.2.

Charles Darwin und die Botanik
19 Uhr
Zum 200. Geburtstag von Darwin gibt es einen Vortrag von Prof. Dr. H. Walter Lack. Botanisches Museum, Blütensaal, Kosten: 3 Euro, Botanischer Garten Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin, Tel.: 83850100

Sa 14.2.

Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch
19.30 Uhr
Theateraufführung - Die Berliner Compagnie spielt: Die wahre Geschichte der Kriege jedenfalls ist die Geschichte der Opfer. Im Zentrum unseres Stückes steht eine afghanische Familie und ihr bitterer Weg durch den mittlerweile 30jährigen Krieg. Eintritt: 14 Euro, ermäßigt 10 Euro, Muskauer Str. 20 a (U-Bhf. Görlitzer Bahnhof), 10997 Berlin-Kreuzberg, Tel.: 61280493.
Weitere Termine: So 15.2., Do 19.2., Fr 20.2., Sa 21.2., So 22.2., Sa 28.2, Sa 7.3. und So 8.3., Beginn um 19.30 Uhr, Sonntags um 17 Uhr.

Fr 13.2. -So 15.2.

Natur als Vorbild - Zusammenhänge erkennen
Fr 12 Uhr - So 16 Uhr
Die zweite Kurseinheit des Permakultur-Design-Kurses: Wir schauen genauer hin, wie Pflanzen funktionieren, wie die Interaktionen zwischen Boden, Wasser, Luft, Klima und Lebewesen sind, um daraus Hinweise für eine nachhaltigere Planung unserer Umgebung zu finden. Kosten: 185 Euro; ermäßigt 170 Euro, Gemeinschaftsraum Kreutzigerstraße 23, 10247 Berlin, Infos: Monika Frank, monika@fernetzt.org, Anmeldung: www.permakultur-akademie.net

Sa 14.2.

Palmensinfonie
18 Uhr
Wandeln Sie durch die erleuchteten Gewächshäuser des Botanischen Gartens und genießen Sie an fünf Orten klassische Live-Musik. Letzter Einlass: 18.45 Uhr, Karten 15 Euro, ermäßigt 10 Euro, keine Vorbestellung möglich, Botanischer Garten und Botanisches Museum Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin, Tel.: 83850100

So 15. 2.

Waidmanns Heil
15 Uhr
Zur Jagd der Burgherren von Spandau - Vortragsveranstaltung mit Dr. Cornelia Becker, im Botanischen Museum, Blütensaal, Museumseintritt: 2 Euro, ermäßigt 1 Euro, Botanischer Garten Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin, Tel.: 83850100

So 22.2.

Habicht & Co. - gefiederte und andere Räuber im winterlichen Grunewald
10-12.30 Uhr
Naturspaziergang mit Antonius Gockel-Böhner - Die Räuber sind heimlich unterwegs im Wald. Ob Fuchs, Steinmarder, Habicht oder Bussard, nur mit geübtem Auge sind die Tiere oder ihre Spuren zu finden. Eine Spurensuche für die ganze Familie ab 6 Jahren in Kooperation mit der VHS Neukölln. Anmeldung: Tel.: 68092433, Kosten (im Ökowerk zu entrichten): Erwachsener 4 Euro, Kind 2 Euro, Familie 7 Euro. Treffpunkt vor dem Haupteingang: Ökowerk Berlin, Teufelsseechaussee 22-24, Berlin-Grunewald, Tel.: 3000050, www.oekowerk.de

So 22.2.

Darwins Beaglereise
11 Uhr
Entdeckungen in der Pflanzenwelt vom Boote aus - Führung im Botanischen Garten mit Dipl. Biologin Birgit Nordt. Treffpunkt: Botanischer Garten Berlin-Dahlem, vor dem Eingang Königin-Luise-Platz, Führung: 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro, Königin-Luise-Str. 6-8, Berlin-Dahlem

Mi 25.2.

Farn oder kein Farn?
14 Uhr
Moosfarn, Baumfarn, Palmfarn- wer ist echt? Führung in den Schaugewächshäusern mit Dipl. Biologin Beate Senska, Treffpunkt: Botanischer Garten Berlin-Dahlem, vor dem Eingang Königin-Luise-Platz, Führung 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro, Königin-Luise-Str. 6-8, Berlin-Dahlem

So 1.3.

Menschenfresser und Nagelbetten
14 Uhr
Karnivoren und Kakteen, wisst ihr, was das ist? Kinderführung im Botanischen Garten mit Dipl. Biologin Beate Senska. Dauer: ca. 90 min, Kosten: 3 Euro und ermäßigter Garteneintritt, max. Teilnehmerzahl 20 Personen. Voranmeldung erbeten: Tel.: 3444157, Treffpunkt: Botanischer Garten Berlin-Dahlem, vor dem Eingang Königin-Luise-Platz, 14195 Berlin

Sa 28.2.

Berliner Naturschutztag - Über Erfolgsgeschichten und Ausblicke
10-16.30 Uhr
Interessante Vorträge zum Greifvogelschutz in Berlin und Brandenburg, zu Fuchs und Hase in der Stadt und über Naturschutz in Berlin. Veranstalter: NABU Berlin, Jerusalemkirche, Lindenstraße 85, 10969 Berlin, U-Bahn: U 6 bis Kochstraße, 5 Minuten Fußweg, Bus: 248, M 29 bis Jüdisches Museum

Do 5.3.

Parkraumbewirtschaftung in Prenzlauer Berg?
19 Uhr
Info-Veranstaltung mit Podiumsdiskussion vom VCD Nordost, der AG Verkehr Bremer Höhe und dem „Aktionsbündnis Pro Parkraumbewirtschaftung Prenzlauer Berg“, BVV-Saal des Bezirksamtes Pankow, Fröbelstraße 17, Haus 7, Berlin-Prenzlauer Berg

Sa 7.3.

Infotag im Wasserkontor
10-18 Uhr
„Rund ums saubere Wasser“ geht es den ganzen Samstag im Wasserkontor. Trinkwasser-Proben werden vergünstigt zur Analyse angenommen, verschieden aufbereitetes Trinkwasser kann verkostet werden. Außerdem Führungen durch die Komposttoiletten-Musterausstellung. Zusätzlich werden gesunde Köstlichkeiten serviert und wer möchte, kann eine entspannende Fußreflexzonenmassage genießen. Wasserkontor Sachse, Bötzowstr. 29, 10407 Berlin, Tel.: 44737670, www.wasserkontor.de.

Auf diesen Seiten stehen Berliner Umwelt-Termine (im weiteren Sinne). GRÜNE-LIGA-Termine sind mit dem Logo gekennzeichnet (grau: Mitarbeit).
Wir möchten besonders auch Termine kleinerer Umweltgruppen und BIs veröffentlichen und bitten um rechtzeitige Information bis zum 15. des Vormonats.
Die Redaktion

Adressen: Seite 31

So 8.3.

Alte Mauern, schwere Maschinen und dunkle Schächte
11.30-15 Uhr
Spannende Einblicke in die unterirdischen Geheimnisse des alten Wasserwerkes am Teufelssee bietet diese Erlebnistour mit Reiner Grube abseits üblicher Pfade besonders auch kleinen „Wasserwerkern“. Bitte Taschenlampe mitbringen und möglichst alte Kleidung tragen. In Kooperation mit der VHS Neukölln, Anmeldung: Tel.: 68092433, maximal 20 Teilnehmer. Kosten (im Ökowerk zu entrichten): Erwachsener 3 Euro, Kind 1 Euro, Familie 5 Euro, Ökowerk Berlin, Teufelsseechaussee 22-24, Berlin-Grunewald, Tel.: 3000050, www.oekowerk.de

So 15.3.

„Auf geht's – Wir wecken die Natur auf!“
11-16 Uhr
Kinderaktionstag im Ökowerk mit zahlreichen Veranstaltungen, Kosten für den ganzen Aktionstag: Kind 6 Euro, Erwachsener 4 Euro, Familie 12 Euro - Einzelveranstaltung: Kind 4 Euro, Erwachsene 2 Euro. Ökowerk Berlin, Teufelsseechaussee 22-24, Berlin-Grunewald, Tel.: 3000050, www.oekowerk.de

So 15.3.

Schwein gehabt
15 Uhr
Haustierhaltung von einst bis jetzt - Vortragsveranstaltung mit Dr. Susanne Hanik, im Botanischen Museum Blütensaal, Museumseintritt: 2 Euro, ermäßigt 1 Euro, Botanischer Garten Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin, Tel.: 83850100

Auswärts

Sa 14.2.

Beerensträucherschnitt
10-17 Uhr
Auch Beerensträucher brauchen Pflege und den richtigen Schnitt, um jung, gesund und ertragreich zu bleiben. Gartenbauingenieurin Klaudia Theuerl zeigt, wie man das macht anhand der Sträucher (weiße, rote und schwarze Johannisbeeren, Stachelbeeren und Jostabeeren), ÖkoLeA Naturgarten. Kosten: 8 Euro, Tel.: 03341/ 3593930, Hohensteiner Weg 3, 15377 Oberbarnim-Klosterdorf

So 21.2.

Erlebniswanderung
11 Uhr
Wanderung in den Glauer Bergen mit Dipl.-Geograf Mario Borgwald, Treffpunkt: Blankensee, Parkplatz Dorfmitte um 11 Uhr, Dauer ca. 3,5 Std., Strecke ca. 6 km, Kosten: 5 Euro, Anmeldung bis 16.2., Tel. 0178/ 18 05 143, mBorgwald@directbox.com, Achtung: gute körperliche Kondition notwendig.

Do 26.2.

Unter Grünen Kreuz
19 Uhr
Gesprächsreihe im Haus der Natur - Umweltgruppen unter dem Dach der Kirche zur Eröffnung der Ausstellung „Pflanzzeit - Stationen der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR“, Haus der Natur, Lindenstr. 34, 14467 Potsdam, Tel.: 0331/ 2015525

Di 3.3.-Do 5.3.

Ökofilmtour 2009 - Festival des Umwelt- und Naturfilms
In Schwedt werden folgende Filme gezeigt: 3.3., 17 Uhr: Das Havelland, Naturoase im Herzen Brandenburgs und Hier Bio – dort Tod, vom Sterben des Orang Utans - 3.3., 19.30 Uhr: Let´s make money - 4.3., 17 Uhr: Dreckiges Uran, Der Störfall - Was geschah wirklich in den AKW's von Vattenfall und Verbotenes Paradies - die Tiere von Pripjat - 4.3., 19.30 Uhr: Monsanto, mit Gift und Genen und AKW – Kinderkrebsstudie - 5.3., 17 Uhr: Wilde Türkei, Wölfe auf dem Vormarsch und Natür-lich (Kurzfilme über einheimische Tiere) - 5.3., 19.30 Uhr: Patient Klima und SEKEM – Mit der Kraft der Sonne. Veranstaltungsort: Uckermärkische Bühnen Schwedt, Berliner Str. 46-48, 16303 Schwedt

Mi 11.3.

Ökofilmtour 2009 - Festival des Umwelt- und Naturfilms
19.00 Uhr
In Potsdam werden folgende Filme gezeigt: Der Störfall - Was geschah wirklich in den AKW's von Vattenfall?, AKW-Kinderkrebsstudie und Dreckiges Uran. Anschließend ein Gespräch mit Dr. Sebastian Pflugbeil (Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz) und Prof. Dr. Jürgen Rochlitz (Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)

Fr 13.3. - Sa 4.4.

ueber Macht – zweites Filmfestival in Biesenthal
Programm: Fr, 13.3., 19 Uhr, Die Dünnen Mädchen, anschließend Diskussion mit Anke Siebert, DREIST e. V. - So 15.3., 15 Uhr, Monsanto, Mit Gift und Genen, anschließend Diskussion mit Thomas Janoschka, Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik, Josephine Löwenstein, Lokale Agenda 21 und Vertretern von Inkota Berlin - So 22.3., 18 Uhr, Strange Culture/Fremdkulturen, anschließend Diskussion mit Christof Ricardo Remmert-Fontes vom Aktionsbündnis Freiheit statt Angst - Do 26.3., 17 Uhr, Ihr Name ist Sabine, anschließend Diskussion mit einem Vertreter der Hoffnungstaler Werkstätten und Herr Terite, Verein Oberlinhaus Autismuszentrum Potsdam - Fr 27.3., 19 Uhr, Manda Bala – Send a bullet, anschließend Diskussion mit Hauke Benner, Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit - Sa 28.3., 17 Uhr, Faustrecht, anschließend Diskussion mit Andreas Müller, Jugendrichter Bernau und Sascha Galitschke, Sprungbrett e.V. - Fr 3.4., 19 Uhr, Streik(t)raum, anschließend Diskussion mit Mitarbeitern des Jugendzentrum Kulti und Christoph Brust Ev. Gemeinde Biesenthal - Sa 4.4., 18 Uhr, Citizen Havel, anschließend Diskussion mit Martin Krafl, Tschechisches Zentrum Berlin und selbst an der Entstehung des Films beteiligt.
Alle Filme werden im Kulturbahnhof Biesenthal, Bahnhofstr. 89a, 16359 Biesenthal gezeigt. Infos: Tel.: 03337/ 739081. Das Kino und Cafe im Kulturbahnhof sind jeweils eine Stunde vor Vorstellungsbeginn geöffnet. Eintritt: 3,50 Euro, ermäßigt 1,50 Euro, Kinder bis 14 Jahre frei, freier Eintritt für Asylsuchende. Anfahrt: Mit der Bahn ODEG und RE im Stundentakt über Bernau oder Eberswalde , Auto: Landesstraße L 29 zwischen Biesenthal Zentrum und Grüntal

Do 26.3.

Landschaft, Gärten, Naturschutz
19 Uhr
Gesprächsreihe im Haus der Natur - Das grüne Erbe Brandenburgs, Haus der Natur, Lindenstr. 34, 14467 Potsdam, Tel. 0331/ 2015525

Sa 28.3.

Exkursions- und Erlebnistag in Blankensee
8.45 Uhr
Wanderung mit Natur- und Kulturführerin Elke Nicolai sowie Führungen in der Imkerei, Fischerei und im Bauernmuseum sowie Selbstverpfleger-Picknick, Treffpunkt: Blankensee, Parkplatz am Ortausgang Richtung Schönhagen um 8.45 Uhr, Dauer ca. 7 Std., Strecke ca. 4,6 km, eingeschränkt barrierefrei (Begleitung erforderlich), Kosten: 12 Euro pro Person inclusive Führungen, Anmeldung bis 21.3., Tel.: 0172/ 4941122

Sa 4.4.

Brot backen im Lehmbackofen
9-15 Uhr
Vorstellung von Naturbaustoffen, Hausführungen und Brotverkauf. Treffpunkt: Dieter Kotras, Schönhagen, Dorfstraße 43, Tel.: 033731/ 14575

Ausstellungen

5.2. -15.3.

Grüne Wände - Ausstellung im Laden der GRÜNEN LIGA
Mo-Do 9-17.30 Uhr, Fr 9-15 Uhr
Die Info-Tafeln des NABU Berlin bieten zahlreiche Tipps für die naturnahe Gestaltung Ihres Wohnumfelds. Sie erfahren, wie sie mit einfachen Mitteln aus einer grauen Hauswand eine grüne Fassade zaubern. GRÜNE LIGA Berlin, Prenzlauer Allee 230, Berlin-Prenzlauer Berg, Tel.: 4433910

12.2. -31.12.

Wege zu Darwin – Pflanzen, Mannigfaltigkeit, Evolution
Am 12. Februar 2009 jährt sich der Geburtstag von Charles Darwin zum 200. mal. Kaum ein Wissenschaftler hat in den Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften und der Gesellschaft eine so nachhaltige Wirkung hinterlassen wie er. Noch heute entzünden sich Debatten an seiner Evolutionstheorie, die im Widerspruch zur Schöpfungslehre steht. Stationenausstellung im Botanischen Garten und Botanischen Museum Berlin-Dahlem. Garteneintritt: 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro (der Eintritt ins Museum ist inklusive), Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin

27.2. -9.4.

Pflanzzeit - Stationen der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR
Mo-Fr 9-17 Uhr
Eine Ausstellung von Michael Beleites - Sie zeigt die Entwicklung von Umweltgruppen unter dem Dach der Kirche in den 1980er Jahren. Bis zum Herbst 1989 etablierten sich diese Umweltgruppen als eine der Säulen der Opposition in der DDR. Haus der Natur, Lindenstr. 34, 14467 Potsdam, Tel. 0331/ 2015525, www.hausdernatur-potsdam.de

12.3. -1.6.

Das Universum im Mikroskop – Biodiversität und Ästhetik der Diatomeen
täglich 10 - 18 Uhr
Eine Ausstellung in Kooperation mit Matthias Burba aus Hamburg in der Galerie des Botanischen Museums Berlin-Dahlem, Museumseintritt: 2 Euro, ermäßigt 1 Euro (bei Gartenbesuch Museumseintritt frei), Botanischer Garten Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin, Tel.: 83850100

Regelmäßig

Montags

Energieberatung
14-tägig, 13-16.00 Uhr
Umweltbüro am Weißen See/ Berliner Allee 125; Tel. 90295 8073/4

Öffentlicher AK Lokale Agenda 21
2. Mo, alle 2 Monate, 16-18 Uhr
Treffen der Berliner LA21-Initiativen; Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, Saal; Info-Tel. 44339164

Pilzberatung
Mo-Mi, 9-15 Uhr
mit Elisabeth Westphal GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230, Prenzlauer Berg;

RBB - OZON
14-tägig 22.05 Uhr

Wehrpflicht von A-Z - Beratung
Mo 15-18 Uhr
Kampagne gegen Wehrpflicht, Kopenhagener Str. 71, Prenzlauer Berg; Tel. 44013025

Dienstags

Attac Berlin Regiongruppentreffen
3. Di, 19 Uhr
Haus d. Demokratie, Greifswalder Str. 4, Prenzlauer Berg; Tel. 6946101

GRÜNE LIGA/ NABU-Aktiv
3. Di, 19 Uhr
NABU Berlin, Wollankstr. 4, Pankow Tel. 98608370

Verkehrs-Rechtsberatung
Di 19-20 Uhr
ADFC, Brunnenstr. 28, Mitte; Tel. 4484724 nur Mitglieder

Grüne Radler Versammlung
1. Di, 19 Uhr
Crellestr. 43, Baubüro, Schönebg

Infos und Beratung, zu Freiwilligenarbeit und Engagement weltweit
Di+Do 11-18 Uhr
Kreutzigerstr. 19, Friedrichshain infobüro fernetzt + SONED, Tel. 2945401

Mittwochs

Aktionsbündnis gegen den Havelausbau
1. Mi, 19 Uhr
Lindenstr. 34, 14467 Potsdam Haus der Natur; Info-Tel. 44339144

VCD Nordost Aktiventreffen
3. Mi, 18.30 Uhr
VCD LV Nordost www.vcd-nordost.de

per pedes e.V. - Treffen
1. Mi, 19 Uhr
Parochialstr.1-3, Raum 203, Mitte

BISS-Treffen
2. Mi, 19 Uhr
Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS), Plesserstr. 4, Treptow, www.stop-A100.de

Donnerstags

Ökomarkt am Kollwitzplatz
12-19 Uhr
Kollwitz-/Wörther Str.; 12-19 Uhr Ernährungsberatung, Pilzberatung, Tel. 443391-48

Stadt - Land - Fluss
1. Do, 19 Uhr
Infotreffen Landgruppe & "Stadt sucht Leben"; Kotti e.V., Adalbertstr. 95a, Kreuzberg; Tel. 6123430, www.landprojekt.de

Sonntags

ZDF.Umwelt
So, 13.15-13.45 Uhr

Radtour zu verkehrspolitischen Schwerpunkten
1. So, 14 Uhr
Rotes Rathaus; Tel. 81887615 www.gruene-radler-berlin.de

Naturschutzjugend-Treff letzter
So, 15 Uhr
Naturerlebnisgarten, am S-Bhf. Bornholmer Str., Bösebrücke, Wedding; Tel. 51067134

Öko-Märkte

Dahlem, Domäne
Mi 12-18, Sa 8-13 Uhr
Königin-Luise-Str. 49 Info-Tel. 666 300 13

Kreuzberg, Chamissoplatz
Sa 8-14 Uhr
Info-Tel. 843 00 43

Kreuzberg, Lausitzer Platz
Fr 12-18/18.30 Uhr
Info-Tel. 394 40 73

Kreuzberg, Zickenplatz
Di 12-18/18.30 Uhr
Hohenstaufenplatz/Schönleinstr. Info-Tel. 394 40 73

Mitte, Zionskirchplatz
Do 12-18.30 Uhr
Kastanienallee/Veteranenstr. Info-Tel. 394 40 73

Moabit, Thusneldaallee
Mi 12-18 Uhr
gegenüber dem Rathaus Tiergarten Info-Tel. 39 03 04 77

Prenzlauer Berg, Kollwitzplatz
Do 12-19 Uhr
Kollwitz-/Ecke Wörther Str. Info-Tel. 44 33 91 48

Wedding, Leopoldplatz
Di, Fr 10-17/18 Uhr
Info-Tel. 39 03 04 77

Zehlendorf, Kastanienhof
Sa 8.30-13 Uhr
Mi 12-17 Uhr (Kl. Markt)
Clayallee/Propst-Süßmilch-Weg Info-Tel. 394 40 73

Kleinanzeigen

Private Kleinanzeigen kosten nicht die Welt, sondern 0,55 Euro pro Zeile (ca. 30 Zeichen), bitte Vorkasse (Briefmarken, bar). Für 0,50 Euro zusätzlich schicken wir ein Belegexemplar. Redaktionsadresse siehe Impressum.

Einkaufsgemeinschaft im Wedding sucht Mitglieder. Öko, fair, regional, preiswerter. Foodcoop Wedding West www.snipr.com/foodcoop Tel.: 0173/ 4559785

Hilfe in einem Kleingarten an der Ostsee für hin und wieder gegen Urlaubsnutzung (Öko-Komfort) gesucht. Auto wäre praktisch, einige gärtnerische Kenntnisse und Fähigkeiten ebenso. Tel.: 4287708

Naturkindergarten „Die kleinen Pankgrafen". Info/Anmeldung: www.die kleinenpankgrafen.de

Suche Tierfreunde die mit mir, Frau mit Katzen und Hunden in einem Haus, das wir zusammen suchen, oder in großer Wohnung zusammen leben wollen. Oder: suche 3-4 Räume zur Untermiete (ca. 100 m2) bei Tierfreunden im Haus (evtl. mit Garten). Biete Haushalts und Kochhilfe, Tel.: 0162/ 2462354

Gesucht sind selbständig Denkende, unternehmerisch Handelnde und motiviert Arbeitende als Partner in einem „Netzwerk Rund ums (Fahr-) Rad". Es ist schon Vieles vorbereitet und ausprobiert, es sind Räume für praktische Umsetzungen vorhanden und die reichen Erfahrungen eines ökologisch engagierten Profis auch. Mehr dazu unter www.dienstrad.de und dort unter dem Stichwort „RadQuadRad". schreib-an@dienstrad

Naturnaher Nutzgarten - und Landschaftsbau für lebende Gärten, Harmonie und Ästethik. Roger Blesing, Tel.: 45088479

Naturnah: Wohnung 1,5 Zi mit Garten und OF in altemEFH(2er WG) im Südwesten (S1) an ruhigen, achtsamen NR/in ab 35 J., 280 Euro, Tel.: 033203/ 25420

GRÜNE LIGA Berlin e.V. Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Landesgeschäftsstelle:
GRÜNES HAUS, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. 030 / 44 33 91-0, Fax -33
berlin@grueneliga.de

Projekte (Durchwahl, E-Mail):
Umweltbibliothek: -30
DER RABE RALF: -47
raberalf@grueneliga.de
Ökomarkt/Ernährungsberatung: -48
oekomarkt.kollwitzplatz@...
Presse/Öffentlichkeitsarbeit: -49
NATOUR Reisen: -50, Fax -53
natour@grueneliga.de
Lokale Agenda 21 Berlin: -64
berliner.agenda21@...
Beratung/Hofbegrünung: -49
hofberatung.berlin@...
Artenschutz an Gebäuden: -49
asag@grueneliga.de
Wasser: -44, wasser@...
International: -70, gl.internat@...
Schulhofdschungel: -71
schulhofdschungel@...de

Umwelt-News auf einen Klick
TV · Radio · Webseiten · Mailinglisten
www.janun.de/umweltinfo

www.de.indymedia.org
Ökologie
Biopolitik
Atom
Unabhängiges Medienzentrum

IMPRESSUM

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg (Tram M2 Knaackstr.; U2 Senefelderpl.)
Tel.: (030) 44 33 91-47, -0, Fax -33
E-Mail: raberalf@grueneliga.de
Internet: www.grueneliga-berlin.de/raberalf

Herausgeber: GRÜNE LIGA Berlin e.V.
ISSN: 1438-8065
V.i.S.d.P.: Leif Miller
Redaktion: Jochen Mühlbauer
Matthias Bauer, Laura Sophie Glienke, Marlis Heyer, Christoph Vinz
Satz/Layout: Evelin Bulling
Karikaturen: Freimut Woessner
Vertriebsleitung: Laura Sophie Glienke
Webseite: Martin Harnisch

Post-Bezug: siehe Abo-Coupon im Heft
Konto: Nr. 306 05 02,
Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 100 205 00 (Spenden steuerabzugsfähig)

Erscheinen: zu Beginn gerader Monate
Redaktionsschluss: 10. des Vormonats, auch für Termine. Anzeigen bis 20. des Vormonats.

Anzeigenvertretung: bio-event AGENTUR
Berliner Straße 100, 13189 Berlin
Carina Röder, Tel.: 030/47370750, 0162/8827719, Fax: 030/94380977
carina.roeder@bio-eventagentur.de
www.bio-eventagentur.de
Grundpreis: 0,60 Euro je Spalte und mm (netto)
Kleinanzeigen: über die Redaktion, je 30 Zeichen 55 Cent, nur Vorkasse (Briefmarken, bar)

Auflage: 10.000
Druck: Union Druckerei, Berlin

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Die Redaktion behält sich das Bearbeiten von Beiträgen vor. Für unverlangt eingesandte Texte und Materialien keine Haftung. Beiträge bitte möglichst per E-Mail senden. Nachdruck nach Rücksprache gestattet und erwünscht, bitte Quelle angeben, Belegexemplar schicken.

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Herausgebers. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Herausgeber zurück zu senden.

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Anzeige

Täterschutz

Das Verbraucherinformationsgesetz schützt die Verursacher vor den Betroffenen

Über den „Wert" des Verbraucherinformationsgesetzes entscheidet letztendlich die Praxis. Auf Veranstaltungen von foodwatch im Dezember und des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen im Januar wurde deutlich, dass wieder einmal Wirtschaftsinteressen der Vorrang vor dem Schutz der Verbraucher eingeräumt wird. Das heißt weitestgehender Schutz von Verursachern vor den Betroffenen und noch dazu mit erheblichen Kosten für die gesundheitlich und wirtschaftlich geschädigten Verbraucher.

Ausführliche Dokumentationen zur Praxis des Verbraucherinformationsgesetzes sind im Internet zu finden: Kosten von bis über 1000 Euro und mehrmonatige Bearbeitungszeiträume für den gesundheitsbewussten Verbraucher mit kaum für den Kaufentscheid verwertbaren Ergebnissen werden hier dokumentiert.

Die Ernährungsindustrie hat laut ihrer Branchenvereinigung trotz Wirtschaftskrise 2008 den Jahresumsatz um 8,2 Milliarden Euro auf 155 Milliarden Euro gesteigert. Bei Einhaltung aller Rechtsbestimmungen und Berücksichtigung aller fachlichen Erkenntnisse zum Verbraucher- und Gesundheitsschutz sowie wirksamen Kontrollen und konsequenten Sanktionen würde ein solcher Informationsbedarf zum Selbstschutz der Verbraucher mit den in der Praxis unseriösen Gebührenerhebungen gar nicht erst entstehen.

Der zusätzliche Informationsaufwand wird durch die umfangreiche kriminelle Wirtschaftspraxis der Ernährungsindustrie mitverschuldet. Daher muss eingefordert werden, dass auch hier - wie allgemein üblich - der Verursacher für Kosten und sonstigen Aufwand einzustehen hat und nicht die betroffene Verbraucherschaft.

Es kann nicht angehen, dass „betroffene Firmen" vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz verharmlosend als „schwarze Schafe" bezeichnet werden. Von einer Bundesbehörde ist zu erwarten, dass sie derartig unredliche Gewerbebereiche korrekt als kriminelle Verursacher bezeichnet. „Betroffen" sind nicht die Firmen, sondern die mühsam um ihre Mündigkeit kämpfenden Verbraucher.

Außerdem verstößt die eingangs zitierte Praxis bei der Wahrnehmung des Informationsrechts auch gegen den im Grundgesetz verankerten Schutz der Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen. Dafür sollen sie dann auch noch zur Kasse gebeten werden und die „Vorzüge" der Verfahrensbürokratie erleben.

Der Interpretationsspielraum bei Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, personenbezogenen Daten, verwaltungsinternen Vorgängen und eventuellen Gefahren für die öffentliche Sicherheit ermöglicht ausreichenden Täterschutz für Personen und Gewerbeeinrichtungen, die durch ihre kriminellen Handlungen Betrug und vorsätzliche Körperverletzung begehen. Diesem Täterbereich sollte sowohl von der Verbraucherschaft als auch von den Zulassungsinstanzen die weitere Tätigkeit entzogen werden. Ihnen sollte nicht durch Berufung auf irgendwelchen Daten- oder „Geheimnisschutz" sowie durch Grundgesetzinterpretationen zur „Berufsfreiheit" noch Unterstützung gewährt werden. Im Gegenteil, die mündigen Verbraucher/-innen müssen künftig vor derartigen Vergehen geschützt werden.

Dazu sind ein wirksames Verbraucherinformationsgesetz, Transparenz, die konsequente Ahndung von Verstößen und effektive Kontrolle unbedingt notwendig. „Für den Verbraucherschutz ist das Gesetz ein Meilenstein" - da kann man dem Bundeslandwirtschafts- und -verbraucherschutzministerium nur erwartungsvoll zustimmen.

Werner Nauschütz
Fach-Lebensmittelchemiker
der Medizin

www.foodwatch.de
www.vzbv.de

LESERINNENBRIEFE
LESERBRIEFE

Demokratieverständnis

Anmerkung zur Debatte „Kontroverse Diskussion" mit den Stellungnahmen von Marie Kalisch und Matthias Bauer, DER RABE RALF Dezember 08/Januar 09, S. 30

Wie stellt sich das Herr Bauer vor? Wer definiert in einer Naturschutzorganisation, ob jemand rechtsradikal ist? Und was ist mit dem auch sehr wichtigen Engagement gegen Linksextremismus? Sollen dazu auf Sitzungen stundenlange Debatten geführt werden mit vielen Behauptungen und Gegenbehauptungen? Das wird die Teilnahmebereitschaft sicherlich nicht fördern. Frau Kalisch spricht mir da mehr aus der Praxis. Ein Vorschlag: In die Satzung von Vereinen aufnehmen „Der Verein XX bekennt sich eindeutig zu den Menschenrechten und zur Demokratie. Anhänger demokratiefeindlicher Bestrebungen sind im Verein ausdrücklich unerwünscht." Damit wird ausreichend klar Flagge gezeigt.

Jürgen Brecht, Füssen

Gefälligkeit?

Car-Sharing - Autofahren: umweltfreundlich, mobil und zum fairen Preis, DER RABE RALF Dezember 08/Januar 09, S. 22

Was hat euch die Firma Cambio bezahlt für die halbseitige Gefälligkeit, die ihr denen getan habt? Dieser einigermaßen einseitige und dabei relativ informationsarme „Artikel" hätte eigentlich als Anzeige deklariert werden müssen. Cambio ist nicht der erste Anbieter in Berlin, sondern der dritte oder vierte. Man hätte zumindest die Adressen der anderen Anbieter nennen sollen zur besseren Information des Lesers (Preisvergleich etc). Wäre auch journalistisch sauberer gewesen.

Ansonsten: Feine Zeitung!!

Peter Dinkelbach

Aus Platzgründen kann hier nur ein Auswahl von Umwelt-Adressen in Berlin und Umgebung veröffentlicht werden. Die grau unterlegten Adressen sind Mitglieder der GRÜNEN LIGA.

ADFC - Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club, Brunnen- 28, 10119 (Mitte), T 4484724, F 44340520, www.adfc-berlin.de
AG Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land c/o FU, Inst. für Soziologie, Babelsberger - 14-16, 10715 (Wilmersdorf) T 85002110, http://userpage.fu-berlin.de/~garten
Agenda-Agentur Berlin Runge- 22-24, 10179 (Mitte) T 6128087-1/-2/-3, F -4, www.agenda-agentur.de
Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck c/o Büro Rheinlaender, Crelle- 43, 10827 (Schöneberg) T 7883396, F 7811059, Matthias Bauer, T 2151135, www.berlin-gleisdreieck.de
Aktion Tier - Menschen für Tiere e.V. Kaiserdamm 97, 14057(Charlottenburg), T 30103831, F -34
A-Laden Brunnen- 7, 10119 (Mitte), T 0176-20459418, www.a-laden.org
Anti-Atom-Plenum c/o Papiertiger, Cuvry- 25, 10997 (Kreuzberg), www.squat.net/aap-berlin
Arbeitskreis Amalgam c/o KIK, Christina Asse, Fehrbelliner - 92, 10119 (Mitte), T 4439884
Arbeitskreis Igelschutz Berliner - 79a, 13467 (Hermsdorf), www.igelschutzberlin.de
Arbeitskreis Nordkaukasus c/o Vitali Kovaljov, Str. d. Pariser Kommune 11, 10243 (Friedrichshain), T 4286925, F 42851659, vitalij.kovalev@nabu.de
Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V. Exerzier- 20, 13357 (Wedding), T 4927-473, F -972, www.umkehr.de
Arche Plesser- 3, 12435 (Treptow), T 5337104, www.bekenntniskirche.de
Arge Autofrei Wohnen in Berlin c/o Markus Heller, T/F 2807940, www.autofrei-wohnen.de
Attac Gneisenau- 2a, 10969 (Kreuzberg) T 69517791, F 6926590, www.attacberlin.de
autofrei leben! e.V. Koppenplatz 12, 10115 (Mitte), T 27594244, F 2834021, www.autofrei.de
BANA mobil Projektbüro im Kotti e.V., Karin Paproth, Kamminer - 4, 10589 (Charlottenburg), T/F 4429603, bana-mobil@web.de
Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche c/o DOSTO, Breitscheid- 43a, 16321 Bernau, T/F 03338/5590, www.dosto.de/gengruppe
B.A.U.C.H. e.V. Verein für Umweltchemie, Wilsnacker - 15, 10559 (Moabit), T 394-4908, F -7379, bauch@alab-berlin.de
BauFachFrau e.V. *Ökolaube, Komposttoilettenausstellung* Lehder- 108, 13086 (Weißensee), T 925-2483, F -1964, www.baufachfrau-berlin.de
Baumschutzgemeinschaft Potsdamer - 68, 10785 (Tiergarten), T 25794353, F 26551263
Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg) T 4285-1587, www.ber-landesnetzwerk.de
Berlin 21 Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 420823-63, Fax -80, www.berlin21.net
Berliner Tierrechtsaktion www.tr-berlin.tk
B.F.S.S. Büro für stadtteilnahe Sozialplanung GmbH Müller- 155, 13353 (Wedding), T 4617771, www.bfss-berlin.de
BI Berliner Luft + Fahrgastbeirat Hohenschönhausen Ahrenshooper - 5/ Zi. 1, 13051, T/F 9621033
BI FREIe HEIDe c/o Benedikt Schirge, Dorf- 27, 16831 Zühlen, T/F 033931-2338, www.freie-heide.de
BI Müggelsee c/o Thomas Kasper, Löcknitz- 18, 12587 (Friedrichshgn.), T 6457673, bimueggelsee@yahoo.de
BI „Nein zum Kohlekraftwerk“ Alte Schmiede, Spitta- 40, 10317 (Lichtenberg), www.kraftwerksneubau.de
Biochemischer Verein Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 2044599, www.biochemischerverein-berlin.de
BIP - Biomasse in Pankow Gundolf Plischke, Duncker- 46, 10439 (Prenzl. Berg), T 747682-36, F -37, www.biomasse-in-pankow.de
BI Rettet die Marienfelder Feldmark J. Müller, Illig- 82a, 12307, T 7463527
Bürgerinitiative (BISS) Plesser- 3, 12435 (Treptow), Bürgertel: 70121004 (AB) www.stop-A100.de
BI Westtangente (BIW) Crelle- 43, 10827 (Schöneberg), T 7883396, F 7811059, www.bi-westtangente.de
B-Laden Lehrter - 27-30, 10557 (Moabit), T/F 3975238
BLN - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz Potsdamer - 68, 10785 (Tiergarten), T 2655-0864, -0865, F -1263, www.bln-berlin.de
BLUE 21 - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung c/o FDCL, Gneisenau- 2a, 10961 (Kreuzberg), T 6946101, F 6926590, www.blue21.de
Botanischer Verein Königin-Luise- 6, 14195 (Dahlem), T 7748437, www.botanischer-verein-brandenburg.de
Britzer Umweltforum Fulhamer Allee 53, 12359, T 6079338
BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz *LandesGSt* Crelle- 35, 10827 (Schöneberg), T 787900-0, F -18
BundesGSt Am Köllnischen Park 1, 10179 (Mitte), T 275864-0, F -40, www.bund-berlin.de
BUNDjugend *LandesGSt* Erich-Weinert- 82, 10439 (Prenzl. Berg), T 392-8280, F -7997
BundesGst Am Köllnischen Park 1, 10179 (Mitte), T 275865-0, F -55, www.bundjugend-berlin.de
Bundesumweltministerium Alexanderpl. 6, 11055 (Mitte), T 28550-0, F -4375, www.bmu.de
Bündnis 90/Die Grünen *Landesverb., Bereich Umwelt* Linden- 20-25, 10969 (Kreuzberg), T 615005-0, F -99, *Grüne Jugend* -43, www.gruene-berlin.de
Abgeordnetenhaus Niederkirchner- 5, 10111 (Mitte), T 232524-00, F -09, *Umwelt* -06/-62, *Verkehr -12*
Bundestag, Bereich Umwelt, Luisen- 32-34, 10117 (Mitte), T 2275-8939, F -6911, ak2@gruenefraktion.de
Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) *gegen Flughafen Schönefeld* Heinrich-Heine-- 3-5, 15831 Mahlow, T/F 03379/201434, www.bvbb-ev.de
Cöllnische Heide e.V. c/o Dr. Erxleben, Steinbach- 11, 12489 (Adlershof), T 67198381
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) Görlitzer - 63, 10997 (Kreuzberg), T 61074411, www.dfg-vk.de
Deutsche Umwelthilfe (DUH) Hackescher Markt 4, 10178 (Mitte), T 258986-0, F -19, www.duh.de
Deutscher Bahnkundenverband (DBV) Kurfürstendamm 11, 10719 (Charlottenburg), 634970-76, F -99, www.bahnkunden.de
Deutscher Naturschutzring (DNR) Marien-19/20, 10117 (Mitte), T 6781775-70, F -80, www.dnr.de
Diözesanrat der Katholiken, Sachausschuss Eine Welt und Bewahrung der Schöpfung, Niederwall- 8/9, 10117 (Mitte), T 32684-206, F -203, www.dioezesanrat-berlin.de
ecovillage e.V. c/o H.-R. Brinkmann, Diepholzer - 2, 49088 Osnabrück, T/F 0541/445941, www.ecovillage.de
European Network for Mobility and Local Agenda 21, Benda-15, 12051(Neukölln), info@mobilocal.org
Fachverband Biogas c/o Roland Schnell, Graefe- 14, 10967 (Kreuzbg.) T 707198-60, F -62, www.graskraft.de
FIAN - Food First Information and Action Network Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 42809107, www.fian.de
Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau (FÖL) Marien- 19-20, 10117 (Mitte), T 28482440, F -48, www.foel.de
Förderverein Naturpark Südgelände c/o Hans Göhler, Sophie-Charlotten- 59, 14057 (Charlottenb.), T 3217731
Förderverein Landschaftspark Nordost Dorf- 4a (Dorfkate Falkenberg), 13057, T/F 9244003, www.dorfkate-falkenberg-berlin.de
FUSS e.V. - Fußgängerschutzverein, Exerzier- 20, 13357 (Wedding), T 4927-473, F -972, www.fuss-ev.de
Future-on-Wings e.V. c/o Afrikahaus, Bochumer - 25, 10555 (Moabit), T 3928567, www.future-on-wings.net
Gen-ethisches Netzwerk (GeN) Brunnen- 4, 10119 (Mitte), T 6857073, F 6841183, www.gen-ethisches-netzwerk.de
Germanwatch Voß- 1, 10117 (Mitte), T 288835-60, F -61, www.germanwatch.org
Gesellschaft für Ausbildung, innovativen Landbau und Arbeit - GAIA e.V., Plauener - 160, 13053 (Hohenschönhausen), T 981992-0, F -37, www.gaia.de
Gesellschaft Naturforschender Freunde c/o Inst. f. Zoologie der FU, Königin-Luise- 1-3, 14195 (Dahlem), T 8383917, F -16
Gesundheitsladen Zionskirch- 49, 10119 (Prenzl. Berg), T 6932090, www.gesundheitsladen-berlin.de
Graswurzelrevolution c/o BAOBAB, Christburger - 38, 10405 (Prenzl. Berg), T 4426174, F 44359066, gwrbln@mailandnews.com
Greenhouse Infopool Duncker- 14, 10437 (Prenzl. Berg), www.jpberlin.de/greenhouse
Greenpeace Chaussee- 131, 10115 (Mitte), T 283915-50, F -51, www.greenpeace-berlin.de
GRÜNE LIGA e.V. *BundesGSt., Red. ALLIGATOR* Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 2044-745, F -468, www.grueneliga.de
GRÜNE LIGA Berlin e.V. *LandesGSt.* GRÜNES HAUS, Prenzlauer Allee 230, 10405 (Prenzl. Berg), T 443391-0, www.grueneliga-berlin.de
Bezirksgr. Köpenick (§29, Baumschutz, Verkehr) Prenzl. Allee 230, 10405, T 6519117
Bezirksgr. Weißensee/BaUm e.V. (Naturwerkstatt, Jugendgr.) c/o Petra König, T 9253070, baum@grueneliga.de
Grüne Radler Crelle- 43, 10827 (Schöneberg), Christian Kurt Schmidt, T 81887615, Dieter Hertwig, T 6236833, www.gruene-radler-berlin.de
Grünes Haus für Hellersdorf Boizenburger - 52-54, 12619, T 56298081, F 56499950, www.gruenes-haus-hellersdorf.de
Habitat-Informationsbüro Greifswalder - 33 A, 10405 (Prenzl. Berg), T 428515-85, F -86, habitat-infobuero@berlinet.de
Haus der Natur Potsdam Linden- 34, 14467 Potsdam, T 0331/20155-25, F-27, www.hausdernatur-brandenburg.de
Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) T -15, F -16
Arbeitskreis Naturschutzgeschichte T -25, F -27
ARGUS *Umweltbiblioth.*, T -11, F -12
Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz (FÖN) T -35, F -36
GRÜNE LIGA Brandenburg T -20, F -22
Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände T -50, F -55
NaturFreunde Brandenburg T -40, F -44
Naturschutzbund NABU *LV Brandenburg* T -70, F -77
Naturschutzjugend *LV Brandenburg* T -75, F -78
VCD - Verkehrsclub Deutschland *LV Brandenburg T -60, F -66*
HOLON e.V. *F*riedrich-Engels- 26, 15711 Königs Wusterhausen, T/F 03375/294636
HU-RefRat *Referat Ökologie und Umwelt*, Unter den Linden 6, 10099 (Mitte), T 2093-2603, -2614, -1749, F -2396, www.refrat.hu-berlin.de/oeko
I.B.I.S. Bürgerberatungsgesellschaft für Stadterneuerung Ryke -25, 10405 (Prenzl. Berg), T 44358090, F 4406003
IfUR e.V. *Studienarchiv Umweltgeschichte*, Brodaer - 2, 17033 Neubrandenburg, T 0395/5693-224, -255, F -299, www.iugr.net
IGEB e.V. Fahrgastverband S-Bhf. Jannowitzbrücke, Stadtbahnbogen G9, 10179 (Mitte), T 787055-11, F -10, www.igeb.org
IG Wuhletal c/o Angele Schonert, Sewan- 181, 10319 (Friedrichsfelde), T 5122816
Infrastrukturelles Netzwerk Umweltschutz (INU) Dorf- 36, 13057 (Falkenberg), T 934427-10, F -29, www.inu-ggmbh.de
Initiative gegen die Verletzung ökologischer Kinderrechte Wundt- 40, 14057 (Charlottenburg), T 3257443
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) Potsdamer - 105, 10785 (Tiergarten), T 884594-0, F 8825439, www.ioew.de
Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) Schopenhauer- 26, 14129 (Nikolassee), T 803088-43, F -88, www.izt.de
Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (inWent) *Abt. Umwelt, Energie, Wasser* Lützow- 6-9, 10785 (Tiergarten), T 25482-101, F -103, www.inwent.org
IPPNW *Ärzte gegen Atom* Körte- 10, 10967 (Kreuzberg), T 6980740, F -8166, www.ippnw.de
Jugendfarm Moritzhof Schwedter- 90, 10437 (Prenzl. Berg) T 44024220, F -22, www.jugendfarm-moritzhof.de
Jugendnaturschutzakademie Brückentin, 17237 Dabelow, T/F 039825/20281, www.brueckentin.de
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Kopenhagener - 71, 10437 (Prenzl. Berg), T 440130-25, F -29, www.kampagne.de
KATE Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 440531-10, F -09, www.kateberlin.de
Kerngehäuse Architektenbüro *Ökologische Bauberatung* Borodin- 20, 13088 (Weißensee), T 44049930, F 47374642, www.kerngehaeuse-architekten.de
Kinderbauernhof „Pinke Panke“ Am Bürgerpark 15-18, 13156 (Pankow), T 47552593, www.kinderbauernhof-pinke-panke.de
KMG *Gestaltung nachhaltiger Entwicklung* Reichenberger - 150, 10999 (Kreuzberg), T 293679-40, F -49, www.kmgne.de
Kunst-Stoffe-Berlin Berliner -17, 13189 Berlin, T 0049(0)30-34089840
Lernwerkstatt ÖkoKita Golliner - 10, 12689 (Marzahn)
Linkspartei Kl. Alexander- 28, 10178 (Mitte) *Ökologische Plattform* T 24009542, F 2411046, www.oekologische-plattform.de
Abgeordnetenhaus, AG Umwelt c/o Marion Platta MdA, Niederkirchner- 5, 10111 (Mitte), T 232525-50, F -39, platta@linksfraktion-berlin.de
Lokale Agenda 21 *siehe Berlin 21 und GRÜNE LIGA Berlin,* www.agenda21berlin.de
LÖPA - Linksökologische pazifistische Anarchisten c/o M99, Manteuffel- 99, 10999 (Kreuzberg), www.geocities.com/theloepa
Mahlsdorfer Schulbildungsverein c/o Lutz Reineke, Stepenitzer Weg 45, 12621 (Kaulsdorf), T 5662477
Messzelle e.V. *(Umweltanalytik)* Müller-Breslau- 10, 10623 (Charlottenburg), T 3142-5806, F -6863, www.tu-berlin.de/~messev
Moabiter Ratschlag e.V. Rostocker - 32, 10553, T 390812-0, F -29, www.moabiter-ratschlag.de
NaturFreunde Ring- 76, 12205 (Lichterfelde), T 8332013, F 83203911, www.naturfreunde-berlin.de
Naturfreundejugend Gryphius- 23, 10245 (Friedrichshain), T 325327-70, F-71, www.naturfreundejugend.de
Naturschutz- und Grünflächenämter *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*
Naturschutzbund NABU *LandesGSt* Wollank- 4, 13187 (Pankow), T 986-08370, F -7051, www.berlin.nabu.de
Bezirksgr. Pankow T -083728
Freilandlabor Flughafensee 4325155
Bundesvertretung Invaliden- 112, 10115 (Mitte), T 284984-0, F -84
Naturschutzstation Malchow/Förderverein Dorf- 35, 13051, T 927998-30, F -31, www.naturschutzstation-malchow.de
Naturschutzzentrum Schleipfuhl Hermsdorfer - 11a, 12627 (Hellersdorf), T 9989184
NETZ für Selbstverwaltung PF 620553, 10795, T/F 2169105, www.netz-berlin-brandenburg.de
Netzwerk SPIEL/KULTUR Kollwitz- 35, 10405 (Prenzl. Berg), T 44-28122, F -051192, www.netzwerkspielkultur.de
Neue Lebenswelt e.V. Haus Hoher Golm, Dorf- 156, 14913 Ließen, T 033745-50310, T/F -70922, www.haus-hoher-golm.de
Nichtraucherbund Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 2044583, www.nichtraucher-berlin.de
Ökologisch-Demokratische Partei ödp Erich-Weinert-- 134, 10409 (Prenzl. Berg), T 49854050, www.oedp.de
ÖkoLeA *Ökol. Lebens- und Arbeitsgemeinschaft* Hohensteiner Weg 3, 15345 Klosterdorf, T 03341-3593930, F -309998, www.oekolea.de
Ökowerk Naturschutzzentrum Teufelsseechaussee 22-24, 14193 (Grunewald), T 300005-0, F -15, www.oekowerk.de
Pankgräfin e.V./Wagendorf Karow Pankgrafen- 12d, 13125 (Buchholz), T 475996-24, F -25, www.pankgraefin.de
per pedes e.V. Parochial- 1-3, 10179 (Mitte), T 28340-20, F -21, www.perpedes-ev.de
pro agora - Gesellschaft für nachhaltige Stadtkultur Mühlen- 62-65, 13187 (Pankow), T/F 4257731, www.proagora.de
Robin Wood T 20687813, berlin@robinwood.de, www.robinwood.de
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Clayallee 226a, 14195 (Dahlem), T 8329-137, F -236
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) Am Köllnischen Park 3, 10179 (Mitte), T 9025-0, F -1073, *Umwelt*-Tel. 9025-1111, www.stadtentwicklung.berlin.de
Solarverein Berlin e.V. Paulsen- 55/56, 12163 (Steglitz), T 82097-236,F -366, www.solarverein-berlin.de
Stiftung Naturschutz Berlin Potsdamer - 68, 10785 (Tiergarten), T 26394140, F 2615277, www.stiftung-naturschutz.de
Studiengesellschaft Brandenburg Berlin (SGBB) *Regionalentwicklung* Geschwister-Scholl- 12, 15745 Wildau, T/F 03375/501415
Tauschring Friedrichshain Boxhagener - 89, 10245, T 44359575, www.tauschringe-berlin.de
Tier&Mensch e.V. Ernst Ulich, Baseler - 24, 12205 (Lichterfelde), F 8334638, www.tierundmensch-ev.de
Tierschutzverein - Tierheim Berlin Hausvaterweg 39, 13057 (Falkenberg), T 76888-0, www.tierschutz-berlin.de
Tierversuchsgegner PF 120220, 10592, T 3418043, F 8158199, www.tierrechte.de/berlin-brandenburg
TU-Energieseminar March- 18, 10587 (Charlottenb.), T 314-25280, F -73379 www.tu-berlin.de/fb6/energieseminar
TU-Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen - kubus Franklin- 28-29, 7. OG, TUB Sekr. FR 7-1, 10587 (Charlottenburg), T 314-24378, F -24276, www.tu-berlin.de/zek/kubus
Ufa-Fabrik/id22 Victoria- 10-18, 12105 (Tempelhof), T 75503-0, F -110, www.ufafabrik.de
UMKEHR e.V. *siehe ArbeitskreisVerkehr*
Umsonstladen Brunnen- 183, 10119 (Mitte), www.umsonstladen.info
UfU - Unabhängiges Institut für Umweltfragen Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 428499332, F 42800485, www.ufu.de
Umwelt und Bildung e.V. Storkower - 36, 15537 Gosen, T/F 03362/8432, www.umbi.de
Umweltämter der Bezirke *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*
Umweltbeauftragter der ev. Kirche Pfr. Reinhard Dalchow, Pufendorf- 11, 10249 (Friedrichshain), T 417242-28, F -29, rdalchow@t-online.de
Umweltberatungsstelle Berlin e.V. Nikolsburger Pl. 6, 10717 (Wilmersdorf), T 8618778, F 8621885
Umweltbüro Berlin Pankow Hansa- 182A, 13088 (Weißensee), T 92091007 oder 92090480, F 92093007, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
Umweltforum Berlin Auferstehungskirche Pufendorf- 11, 10249 (Friedrichshain), T 5268021-0, F -10, www.umweltforum-berlin.de
Umweltforum Karlshorst c/o Warnheim, Heiligenberger - 12, 10318, T 5083266
Umweltladen Lichtenberg Türrschmidt- 21, 10317, T 5578313
Umweltladen Mitte See- 49, 13347 (Wedding), T 2009460-81, F -80, www.berlin.de/ba-mitte/org
Urgewald e.V. Prenzlauer Allee 230, 10405 (Prenzl. Berg), T 443391-68/-69, F- 33, www.urgewald.de
VCD - Verkehrsclub Deutschland *LandesGSt* Yorck- 48 10965 (Schöneberg), T 4463-664, F -703, www.vcd-berlin.de
BundesGSt Koch- 27, 10969 (Kreuzberg), T 030/280351-0, www.vcd.org
Vegetarische Alternative c/o Ingo Seubert, Fritsche- 29, 10585 (Charlottenburg), T 34389159, www.vebu.de
Verbraucher Initiative Elsen- 106, 12435 (Treptow), T 536073-3, F -45, www.verbraucher.org
Verbraucherzentrale Berlin Hardenbergplatz 2, 10623 (Charlottenb.), T 214850, F 2117201, www.vz-berlin.de
Volksbund Naturschutz Königin-Luise- 6-8, 14195 (Zehlend), T 84107131, F 83229321, www.vbnev.de
WEED *Weltwirtschaft, Ökologie, Entwicklung* Tor- 154, 10115 (Mitte), T 275-82163, F -96928, www.weed-online.org
Wurzelwerk e.V. *Food-Coop* Oder- 10, 10247 (Friedrichshain), T/F 2941216
WWF *Gruppe Berlin-Brandenburg* c/o Katharina Borcke, T 0163/2313241, wwf-gruppe-berlin@wwf.de
Zukunftsstiftung Landwirtschaft Marien- 19-20, 10117 (Mitte), T 24047146, F 27590312, www.zs-l.de

Fehler gefunden?
Bitte melden!
Tel. 44 33 91-47, -0
Fax -33
raberalf@grueneliga.de

Schulhofdschungel

Nähere Informationen:
Anke Ortmann und
Karen Thormeyer
Tel.: 44339149
schulhofdschungel@grueneliga.de
www.schulhofdschungel.de

Erlengast, Kranichfliege und kleine Braunelle - sie lauern im Schulhofdschungel!

Jetzt noch mitmachen beim bundesweiten Schulwettbewerb „Schulhofdschungel - Deutschlands artenreichster Schulhof gesucht!“ der GRÜNEN LIGA Berlin

Der Winter ist zwar noch nicht ganz vorbei, aber bald werden die ersten Knospen durchbrechen. Dann könnten sich junge Forscher/-innen in ihren Schulhofdschungel stürzen: Die GRÜNE LIGA ruft deutschlandweit Schulen mit ihren Schülern und Schülerinnen ab der fünften Klasse dazu auf, ihren Pausenhof einmal mit ganz anderen Augen zu betrachten.

„Durch den Wettbewerb werden die Schüler auf die Gefährdung der biologischen Vielfalt aufmerksam gemacht. Mittels Schaffung von Lebensräumen auf dem Schulhof leisten sie einen bemerkenswerten Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und schaffen grüne Orte im persönlichen Umfeld.“, so Clemens Pfeiffer von der GRÜNEN LIGA.

Grundlage für den Schulwettbewerb und Informationsportal ist die Website www.schulhofdschungel.de, auf der alle Informationen und umfassende Materialien zum Wettbewerb und Thema „Biologische Vielfalt“ zur Verfügung gestellt werden. Viele Tipps und Links unterstützen bei der Kartierung der Schulhöfe und der Entwicklung von naturnahen Umgestaltungsmaßnahmen.

Das Thema „Biologische Vielfalt“ ist gegenwärtiger denn je. Täglich sterben weltweit fast 100 Arten aus! Die Zerstörung von Lebensräumen und die globalen Veränderungen als Folge des Klimawandels beschleunigen den weltweiten Rückgang der Arten und ihrer Lebensräume. Ebenfalls in unseren Regionen sind die Auswirkungen des Klimawandels gravierend, der Rückgang der Artenvielfalt ist erschreckend.

Für alle, die noch mitmachen wollen, besteht weiterhin die Möglichkeit, in den bundesweiten Wettbewerb einzusteigen, denn Einsendeschluss ist erst am 13. Juni 2009. Die Arbeiten können in Form von Plakaten, Mappen, PowerPoint-Präsentationen oder auch kleinen Filmen und Modellen an die GRÜNE LIGA gesandt werden. Zu gewinnen gibt es unter anderem Geldpreise, Digitalkameras, Bücher, Getränke für ein Schulfest und Zeitschriftenabonnements.

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

gefördert durch:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

BfN Bundesamt für Naturschutz